

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

■ STREIK BEI TELEKOM AG:

Vorstand setzt sich durch – ver.di erkämpft Trostpflasterchen



Mit der Urabstimmung vom 28. und 29. Juni endete eine lange Auseinandersetzung um die Ausgliederung von 50.000 Beschäftigten der Call Center, des Kundendienstes und der technischen Infrastruktur der T-COM in neue Gesellschaften. Erklärtes Ziel der Geschäftsleitung war eine Kürzung der Lohnkosten um 20 bis 30 Prozent und eine Ersparnis von insgesamt 500 bis 900 Millionen Euro.

Die Empörung der betroffenen Telekom-Beschäftigten war groß, als der Vorstand die konkreten Bedingungen nannte, unter denen die Beschäftigten ausgegliedert werden sollten. Noch nach kleineren Zugeständnissen des Telekom-Vorstands rechnete ver.di ein Minus von 44,46 Prozent aus, die sich aus verschiedenen Formen der Arbeitszeitverlängerung und durch direkte Lohnkürzungen zusammensetzten. Und das nachdem der Konzern gerade eine Ausschüttung von 3,1 Mrd Euro an Dividenden beschlossen hatte.

Die Antwort von ver.di war die Forderung nach einem »Tarifvertrag Ausgliederungsschutz«. Ähnlich wie bei einem Kampf um einen Sozialtarifvertrag im Falle von Betriebs-schließungen geht es hierbei nicht um die Verhinderung der Ausgliederung, sondern um die Bedingungen, unter denen sie vollzogen werden soll. Diese Forderung hat den Vorteil, dass die Gewerkschaft zu seiner Durchsetzung zum Mittel des Arbeitskampfes aufrufen kann. Allerdings wird damit auch implizit die Ausgliederung als solche akzeptiert. Und streiken können auch nur die direkt von der Ausgliederung Betroffenen, nicht aber andere Beschäftigte des Unterneh-

mens, die die Folgen des Ausgliederung indirekt zu spüren bekommen. Die Vorstellung, durch einen solchen Streik die Kosten der Ausgliederung so hoch treiben zu können, dass das Unternehmen darauf lieber verzichtet, ist illusorisch. Diese Strategie wurde von den Betroffenen allerdings akzeptiert. Auch die gewerkschaftlichen Aktivisten hatten hierzu keine Alternative, auch wenn sie die Nachteile zum Teil deutlich erkannten.

Die Beteiligung an Warnstreiks während der Verhandlungsphase war sehr hoch, so wie später auch an der Urabstimmung. Obwohl es in der Geschichte der Telekom bisher nur Warnstreiks gab, machten die von Ausgliederung bedrohten Beschäftigten mit einer Zustimmung von 96,75 Prozent zum Streik deutlich, dass sie sich diese Zumutungen nicht gefallen lassen wollten. Der Streik begann am 10. Mai und dauerte mehr als fünf Wochen.

Es war von Anfang an klar, dass dieser Streik sich erst langfristig auswirken würde. Die Angestellten der Call Center und des Kundendienstes können keine Produktion stilllegen. Das Telefonnetz funktioniert weiter und nur bei Störungen oder bei der Neueinrichtung von Anschlüssen macht sich ein Streik bemerkbar. Etwa die Hälfte der Beschäftigten sind Beamte, die vom Streik ausgeschlossen waren. Sie erklärten sich in einer gesonderten Urabstimmung mit dem Streik solidarisch, wurden von der Gewerkschaft aber nicht in den Streik einbezogen und arbeiteten statt dessen weiter. Auch dadurch wurden die Auswirkun-

gen des Streiks reduziert. Dies gilt auch für den Einsatz von Leiharbeitern und Fremdfirmen, die sowohl im technischen Bereich als auch bei Call Centern regelmäßig im Einsatz sind.

Das Telekom-Management versuchte entsprechend lange Zeit die Folgen des Streiks klein zu reden. Gleichzeitig wurde auf die Streikenden Druck ausgeübt: Sie wurden zu Hause angerufen, wurden ohne Absprache mit der Streikleitung unter Androhung der Entlassung zu »Notdiensten« eingeteilt und Streikbrechern wurde eine Prämie versprochen. Von Beschäftigten einer Zeitarbeitsfirma in Kassel erwartete die Telekom, dass sie sich »auch unter Einsatz ihrer Ellenbogen« Zutritt zu ihrem Arbeitsplatz verschaffen. Als sich Arbeiter weigerten dieser Aufforderung Folge zu leisten, wurden sie von ihrer Firma entlassen.

Die Drohung: Ausgliederung auch ohne ver.di

Dieses Verhalten signalisiert einen Wechsel des Telekom-Vorstandes gegenüber den Gewerkschaften. Traditionell war dieser stets bemüht, seine Maßnahmen zur Umstrukturierung und Rationalisierung in Absprache mit den Gewerkschaften vorzunehmen. Die Ziele des Vorstandes konnten in der Vergangenheit so im Großen und Ganzen durchgesetzt werden, auch wenn im Detail einige Abstriche gemacht werden mussten. Ver.di konnte im Gegenzug eine Arbeitsplatzgarantie und die Sicherung der Reallöhne durchsetzen. Diese Zugeständnisse sollten aber nicht mehr gemacht werden und deshalb war die Telekom entschlossen, die Pläne zur Ausgliederung der 50.000 Beschäftigten bei gleichzeitiger Arbeitszeitverlängerung und Lohnsenkung notfalls auch gegen und ohne die Gewerkschaft durchzusetzen. Ver.di drohte zeitweise zwar damit, die Streiks auch in den neuen Gesellschaften fortzuführen, als es aber damit hätte ernst werden müssen, wich ver.di diesem Kampf aus.

Rein rechtlich wäre es für die Telekom kein Problem gewesen, die Ausgliederung auch ohne Einigung mit der Gewerkschaft durchzuziehen. Es hätte hierfür zwei Varianten gegeben: Die erste wäre die Gründung der drei neuen Tochtergesellschaften für Call Center, Technik und Infrastruktur und die Versetzung der Beschäftigten dorthin gewesen. Dies hätte für das Unternehmen den Nachteil gehabt, dass hierbei ohne Einigung mit ver.di die alten Tarifverträge noch ein Jahr gegolten hätten. Dies aber war nicht im Sinne des Erfinders.

Deshalb drohte der Vorstand mit einer zweiten Möglichkeit: Die Auszugliederten könnten – falls keine Einigung erzielt würde – in bereits bestehende, kleinere Tochtergesellschaften versetzt werden, für die bereits Tarifverträge existieren, die für einige Gruppen noch schlechter aussehen als diejenigen, die der Vorstand durchsetzen wollte. Dies waren für

die Angestellten der Call Center die T-Mobile KS (Kundenservice) und für die Techniker die Vivento Technical Services. Diese Möglichkeit nutzte der Vorstand als Mittel zur Erpressung und kündigte an, ab Mitte Juni alle Betroffenen per Brief über die Versetzung in diese Gesellschaften zu informieren. Falls die Angeschriebenen dieser Versetzung widersprechen sollten, wurde ihnen die Kündigung angedroht.

Möglich wurde diese Erpressung auch durch die in der Vergangenheit betriebene Tarifpolitik von ver.di, die jede Ausgliederung in neue Tochterunternehmen mittrug und für fast jede von ihnen einen eigenen Tarifvertrag abschloss entsprechend dem in der jeweiligen Gesellschaft herrschenden Kräfteverhältnis. Der im Telekom-Konzern herrschende Flickenteppich mit unzähligen Tarifverträgen zu sehr unterschiedlichen Bedingungen ermöglichte dem Vorstand diesen Schachzug, auf den ver.di im Rahmen ihrer Politik offensichtlich keine Antwort geben konnte. Als Reaktion hierauf wären Kampfmaßnahmen außerhalb des Tarifrechts notwendig gewesen. Der Streik hätte zwar auch nach Überführung in die neuen Gesellschaften fortgeführt werden können, hätte sich dann aber gegen einen geltenden Tarifvertrag gerichtet. Und das wäre nach der herrschenden Rechtsprechung illegal. Ein kollektiver Widerspruch gegen die Versetzungen wäre eine vorbereitende Aktion gewesen. Hierzu aber war ver.di nicht bereit. Die Angeschriebenen hätten daher ganz individuell auf die Versetzungen reagieren müssen, was zu einer gewissen Verunsicherung führte. Die hilflose »Strategie« von ver.di war angesichts dessen eine inoffizielle Auf-

INHALT HEFT Nr. 3 / 20.07.2007 JHG. 48

Telekom-Streik

Vorstand setzt sich durch –

ver.di erkämpft Trostpflasterchen 1

Kassel: Manpower-Beschäftigte 5

Berlin: 5

Hamburg: 6

Bremen: 7

Debatte: **Rationalisierungsprogramm TPM** 8

Gegen die Mitmacher und die »Fit«-Macher 8

Steigerung der Produktivität im Kapitalismus 11

IG Metall Berlin:

Der Versuch, Kritiker mundtot zu machen 14

Zur Diskussion um ein Grundeinkommen 16

Reise nach Israel

Arbeitslosigkeit und Migration 19

Kriegsdienstverweigerer in Israel 22

Dokumentiert:

Interview mit Roni Hammermann, Machsom Watch ... 27

Debatte: **Aspekte der Weltpolitik** 28

US-Politik: Statt Rückzug Widersprüche ausnutzen . 30

Bürgerliche Reformen im Nahen und Mittleren Osten 33

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSa e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

● **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenaustraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14 – 16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Braunschweig:** »Guten Morgen Buchladen«, Bülteweg 87 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Str.: Zeisehallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hanau:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestochen scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstr. 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller
Herstellung und Vertrieb: GFSa – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.

Alle Zuschriften nur an diese Adresse:

»GFSa e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg «

Internet: www.arbeiterpolitik.de · E-mail: arpo.berlin@gmx.de



forderung, die Frist für eine Reaktion auf das Schreiben möglichst lange hinauszuzögern, um so Zeit zu gewinnen. Jedoch rückte der Stichtag 1. Juli immer näher und seitens der Telekom wurde angekündigt, die Briefe demnächst zu versenden.

Nach zwei Wochen Streik schaltete sich auch die Bundesregierung in die Auseinandersetzung ein und forderte von Obermann eine Lösung des Konflikts. Laut Tagesspiegel hieß es in Regierungskreisen, es solle »möglichst in den nächsten Tagen klar sein, wie der Streik der Telekom-Mitarbeiter beendet werden kann.« (25.5.2007) Dabei sollte zwar auf ver.di zugegangen aber auch die angekündigten Sparziele realisiert werden: »Nach Ansicht des Bundes darf ein Kompromiss in dem Konflikt nicht so aussehen, dass die Telekom nur die Arbeitszeiten verlängert und die Gehälter der Mitarbeiter verschont«. Der Bund als Hauptaktionär machte so seinen Einfluss geltend, weil er die politischen Folgen des Streiks fürchtete. In mehreren Städten hielten die Streikenden Mahnwachen vor Parteibüros der SPD. Schließlich stimmten als Vertreter des Bundes im Aufsichtsrat auch zwei SPD-Mitglieder für die Pläne zur Ausgliederung. Wie sehr die SPD das Vertrauen der Lohnabhängigen verloren hat, zeigte sich auf einer Kundgebung in Mainz. Dort sollte Andrea Nahles für den SPD-Parteivorstand sprechen. Sie wurde aber von den Anwesenden gnadenlos ausgepiffen und musste ihre Rede vorzeitig beenden.

Mit dem später folgenden Angebot des neuen Telekom-Personalchefs Sattelberger zu neuen Verhandlungen und der Bereitschaft »über alles« zu reden, fühlte sich ver.di wieder in der Rolle des Sozialpartners bestätigt. Dass der Vorstand drohte, die Ausgliederung ganz ohne Zustimmung der Gewerkschaft durchzusetzen, wurde als Bruch der sozialpartnerschaftlichen Tradition im Unternehmen angesehen. Und Sattelberger sagte wohl auch zu, bei künftigen Vorhaben anders vorzugehen. »Und intern soll sich Sattelberger schon dafür stark machen, dass künftig enger mit Verdi kooperiert wird, um Konflikte wie den um T-Service ein für alle Mal zu vermeiden.« (Frankf. Rundschau, 14.6.2007). Ver.di fühlte sich wieder ins Boot geholt und war zu einem Abschluss bereit.

Obwohl mittlerweile die Folgen des Streiks in der Presse ausführlich behandelt wurden und die beruhigenden Worte der Telekom-Propaganda somit widerlegt wurden, ging die ver.di-Verhandlungsführung sofort auf dieses »Angebot« ein. Obwohl ver.di diese Offerte als ungenügend ablehnte, wurden die Verhandlungen dennoch auf dieser Basis fortgesetzt. Damit der Vorstand auf das Versenden der Versetzungsbriefe verzichtete, reduzierte die Gewerkschaft den Streik sogar schon während der Verhandlungen und nahm täglich meh-

rere Tausend aus dem Streik heraus. Eine für den 27. Juni geplante bundesweite Demonstration in Berlin wurde sofort abgesagt.

Bei den Streikenden stieß dieses Vorgehen auf Unverständnis und zum Teil auf offene Ablehnung. In manchen Orten waren die Beschäftigten nicht bereit, die Arbeit während der Verhandlungen wieder aufzunehmen und setzten lokal die Fortsetzung des Streiks durch. Unter den Streikaktivisten wurden zu diesem Zeitpunkt Möglichkeiten zur Steigerung des Streiks diskutiert. Vor allem über eine Einbeziehung der Beamten wurde nachgedacht. Umso überraschender kam für sie das Zurückfahren des Streiks und schließlich die schnelle Einigung auf einem derart niedrigen Niveau.

Gesellschaftliche Auseinandersetzung oder schwierige Tarifrunde ?

Ver.di betonte vor und während des Streiks gelegentlich, dass diese Auseinandersetzung einen exemplarischen Charakter und damit Bedeutung weit über die Telekom hinaus hätte. Der Streik wurde allerdings geführt wie eine – wenn auch besonders schwierige – Tarifaueinandersetzung. Der gesellschaftlichen Relevanz des Unternehmerangriffs wurde bei der Durchführung des Streiks von den Gewerkschaften in keiner Weise Rechnung getragen. Von anderen DGB-Gewerkschaften gab es Aktionen zur Unterstützung des Streiks nicht einmal im Ansatz. Aber auch innerhalb von ver.di stand der Fachbereich 9 (Telekommunikation und Informationstechnologie) ziemlich alleine da. Gemeinsame Aktionen gab es am Anfang der Auseinandersetzung an wenigen Orten mit den Druckern, solange es in deren Tarifbereich noch Verhandlungen um eine Lohnerhöhung gab. In Berlin gab es eine große Demonstration von Beschäftigten der Post gegen den Wegfall des Briefmonopols. Hieran beteiligten sich auch streikende Telekom-Beschäftigte. Dies dürften aber auch schon alle Fälle gewesen sein, in denen gemeinsame Aktionen mit anderen Arbeitergruppen zustande kamen. Selbst innerhalb des Telekom-Konzerns gab es keine nennenswerten Aktionen zur Unterstützung des Streiks. Zum Teil wurde nicht einmal verbale Unterstützung in Form einer Solidaritätsadresse ausgesprochen.

Ver.di hat aber auch nicht ernsthaft versucht eine solche Unterstützung zu organisieren.

So gab es praktisch keine Angebote, wie sich Lohnabhängige aus anderen Betrieben mit den Streikenden hätten solidarisieren können. Ein »Tag der Solidarität« wurde sehr kurzfristig einberufen, richtete sich neben den Streikenden vor allem an freigestellte Betriebsratsmitglieder anderer Betriebe, die während der Arbeitszeit an Kongressen und Demonstrationen teilnehmen konnten. Der »Tag der Solidarität« verkam somit mehr oder weniger zu einer Alibi-Veranstaltung.

Aber auch wirksamere Aktionen der Betroffenen selbst wurden nicht versucht. Alles bewegte sich in den vorgeschriebenen Bahnen, Regelverletzungen waren nicht vorgesehen. Die Beamten wurden in die Auseinandersetzung nicht mit einbezogen. Sie konnten parallel zur Urabstimmung ihre Solidarität mit dem Streik ausdrücken und die darauf folgende Streikzeit waren für sie ganz normale Arbeitstage. Bei Lehrern gibt es durchaus Erfahrungen mit der Beteiligung von Beamten an Warnstreiks: Sie erhielten einen Eintrag in die Personalakte und mussten ein Bußgeld

Das Ergebnis

Als am 20.06. die Verhandlungen zwischen ver.di und der Telekom über die Ausgliederung von 50.000 Beschäftigten abgeschlossen waren, lag das Ergebnis in Form eines 72-seitigen Dokuments vor. Dieses Papier mussten die Mitglieder der Tarifkommission in Windeseile durcharbeiten, da diese unmittelbar im Anschluss über Annahme oder Ablehnung des Kompromisses beraten sollte. Schon dieses Vorgehen zeigte, wie dringend es der Verhandlungskommission war, dieses Ergebnis unter Dach und Fach zu bringen. Ernsthafte Beratungen waren nicht gewünscht.

Im ausgehandelten Abschluss hat sich eindeutig der Telekom-Vorstand durchgesetzt. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde von 34 auf 38 Stunden erhöht, genau so wie vom Arbeitgeber gefordert. Darüber hinaus zählt der Samstag nun als Regelarbeitstag, was nicht zu seinen ursprünglichen Forderungen gehörte.

Geringe Zugeständnisse konnte ver.di in der Frage der Gehaltsfrage durchsetzen. Die Gehälter sollen nicht um neun Prozent gekürzt werden, wie von der Telekom gefordert, sondern »nur« um 6,5 Prozent. Für die ersten 18 Monate erhalten die Beschäftigten einen 100-prozentigen Ausgleich, der dann für 12 Monate auf 2/3 der Differenz und dann noch einmal auf 1/3 der Differenz gekürzt wird. So bleibt also 18 Monate das alte Entgelt erhalten und nach

42 Monaten ist die Absenkung um 6,5 Prozent vollständig durchgeführt. Lothar Schröder sagte zum Abschluss, dass es »auf dem Weg in die neuen Gesellschaften« keine Gehaltseinbußen gebe. Dies stimmt nur, wenn das Zitat ganz wörtlich genommen wird: Wenn die Beschäftigten nämlich in den neuen Gesellschaften angekommen sind, gibt es durchaus Lohnverluste. Ver.di lockt nun damit, dass es ab 1.1.2009 ja eine neue Lohnrunde gebe und die Verluste dann wieder ausgeglichen werden könnten. Diese Lohnrunde hätte es aber sowieso gegeben. Neueingestellte Arbeiter werden zu erheblich niedrigeren Gehältern (minus 30 Prozent) eingestellt. Wie bei der Arbeitszeitverlängerung konnte sich die Kapitalseite auch hier vollständig durchsetzen. Ganz nebenbei wurde noch vereinbart, den Entgelttarifvertrag für die restlichen Beschäftigten der Telekom AG (ca. 80.000 bei T-COM und Konzernzentrale) bis zum 31.12.2008 zu verlängern. Dies bedeutet eine Nullrunde für diese Beschäftigten, da der bestehende Tarifvertrag zum 31.6. hätte gekündigt werden können.

Positiv ist vor allem für ältere Beschäftigte die Übernahme von Tarifverträgen zu Rationalisierungsschutz, Betriebsrente und Altersteilzeit. Dies kann die anderen Verluste aber nicht ausgleichen. Durchgesetzt hat sich eindeutig der Konzern-Vorstand, der damit auch seine Einsparziele erreicht hat, wenn auch vielleicht eher an der unteren Grenze. ■

zahlen, das etwa in Höhe des Gehalts für die ausgefallene Arbeitszeit lag. Eine solche Aktion wäre auch für Telekom-Beamte ohne größere Gefahren möglich gewesen. Die Arbeitskraft der Beamten hätte auch über die Durchführung mehrtägiger Betriebsversammlungen zurückgehalten werden können.

Auch aus der Belegschaft selbst gab es nur wenige eigenständige Initiativen. Der Streik blieb so im Rahmen der von oben vorgegebenen Strategie und unten warteten die Betroffenen auf Anweisungen. So wurde nicht versucht andere Teile des Telekom-Konzerns für gemeinsame Aktionen zu gewinnen. Nur in einigen Niederlassungen gab es regelmäßig erscheinende Infos, mit denen Streikende und Interessierte aus anderen Betrieben über den Stand des Streiks vor Ort und auf Bundesebene informiert wurden.

Zurück zur Sozialpartnerschaft?

Falls der Telekom-Vorstand tatsächlich wieder zur Sozialpartnerschaft zurückkehren sollte, wäre aber auch dies kein Zurück zu den Zeiten vor dem Streik. Das Ergebnis der Verhandlungen macht deutlich wie stark die Rolle von ver.di in dieser »Partnerschaft« geschrumpft ist. Zugeständnisse unterschiedlicher Art machte die Gewerkschaft auch schon in der Vergangenheit und konnte im Gegenzug die Arbeitsplätze sichern und die Angriffe auf die Gehälter begrenzen. Das was früher in Verhandlungen möglich war, konnte jetzt aber nicht einmal in sechs Wochen Streik hart erkämpft werden. Die Zugeständnisse gehen nun ans Eingemachte und die Gegenleistungen des Unternehmers sind geradezu lächerlich. Wenn ver.di glaubt, auf dieser Basis im Konzern auch weiterhin als Sozialpartner agieren zu können, bedeutet dies für die Beschäftigten nichts Gutes. Wie das sprichwörtliche »Pfeifen im Walde« klingt es daher, wenn ver.di nach dem Abschluss andere Konzerne warnt, dem Beispiel der Tele-

kom zu folgen. »Pläne, verschiedene Tarifverträge innerhalb eines Unternehmens zu Lohndumpingzwecken zu benutzen, würden auf Widerstand stoßen, sagte ein ver.di-Sprecher.« (Berliner Zeitung, 22.6.2007).

Der Abschluss

Der Abschluss stieß bei den Streikenden überwiegend auf Unverständnis. Sie konnten nicht verstehen, weshalb nach sechs Wochen Streik ein so mageres Ergebnis akzeptiert werden sollte und die Vertreter/innen von ver.di, die in den Streikversammlungen das Ergebnis erklären sollten, hatten einen schweren Stand. Es bedurfte einer gewaltigen propagandistischen Anstrengung, um die Wogen zu glätten. Das Hauptargument in dieser Kampagne war das gleiche, das der

Trotz Unmut eine so hohe Zustimmung?

Immerhin haben 86 Prozent der Streikenden über das Verhandlungsergebnis abgestimmt, davon haben 73 Prozent für die Annahme gestimmt. Das ist gemessen an anderen Streikabschlüssen sehr hoch. **Warum?** Weil viele KollegInnen einen Altersteilzeitvertrag abgeschlossen haben (bisher ca. 15.000) oder einen solchen vorhaben abzuschließen. Weil sie vom Unternehmen aber auch von der ver.di-Streikführung eine massive Drohung erfahren hatten: Würde das Verhandlungsergebnis nicht angenommen, würden sie im Zuge der Zerschlagung der Konzernstrukturen in einen Bereich mit deutlich schlechteren Tarifbedingungen versetzt werden. Weil die in den Verhandlungen abgewendete nachträgliche Kürzung der Altersteilzeitverträge dann wieder zum Tragen käme. Weil die Streikenden in ihren langfristigen Plänen bedroht wurden, haben sie für die vermeintliche Sicherheit »Verhandlungsergebnis annehmen« gestimmt – mit Wut im Bauch. Auf denn – bis zum ver.di-Gewerkschaftstag ■



Vorstand zur Erpressung der Gewerkschaft benutzt hatte: Wenn ihr nicht zustimmt, werdet ihr in die bestehenden Gesellschaften verschoben und das wäre noch schlimmer. Die kritischen Kräfte waren zu schwach und zu unorganisiert, um der großen Unzufriedenheit eine politische Stoßrichtung zu geben und somit eine Perspektive für eine Weiterführung des Kampfes aufzuzeigen. So stimmten die Beschäftigten dem Abschluss zähneknirschend zu. Die hohe Zustimmung zum Verhandlungsergebnis (72 Prozent Ja-Stimmen) bedeutet keinesfalls, dass die Betroffenen mit dem Ergebnis zufrieden sind.

Trotz des mageren Ergebnisses war der Kampf nicht vergeblich. Erstmals in der Geschichte des Unternehmens haben Telekom-Beschäftigte aktiv gegen Pläne des Vorstands zur

Umstrukturierung gekämpft. Streikbruch war trotz der langen Zeit kein Thema. Sie konnten feststellen, dass sie die Kraft haben durch ihre Arbeitsverweigerung das Unternehmen in große Schwierigkeiten zu bringen. Sie haben erfahren, dass sie zusammenhalten und somit den Drohungen der Vorgesetzten widerstehen können. Vor allem für gewerkschaftlich Aktive waren dies wichtige Erfahrungen nach langen Jahren des Stillhaltens.

Zu befürchten ist allerdings, dass diese positiven Aspekte bei den meisten Kolleginnen und Kollegen von der Resignation über den schlechten Abschluss überlagert werden. Die kritische Aufarbeitung des Streiks und der Strategie von ver.di ist daher eine wichtige Aufgabe für die weitere Arbeit. Durch das Ergebnis der Urabstimmung wird es allerdings schwieriger werden eine solche Diskussion einzuleiten, weil von der ver.di-Führung die Zustimmung zum Ergebnis auch als Zustimmung zur Streikführung interpretiert werden wird.

Diese Diskussion ist jedoch dringend notwendig, um die in diesem Streik gemachten Erfahrungen für weitere Auseinandersetzungen zu nutzen. Die Kapitalvertreter sind durch das Ergebnis noch forscher geworden. Obermann hat gleich nach der Urabstimmung verlauten lassen, dass der »Konzernumbau« nun forciert und auch solche Teile verkauft werden sollen, die zum Kerngeschäft gehören. Ab 2011 besteht auch für den neuen Bereich T-Service die Möglichkeit des Verkaufs.

10.07.07 ■

■ KASSEL

Manpower-Leiharbeiter lehnen Streikbruch bei der Telekom ab!

Für Empörung in großen Teilen der Bevölkerung sorgte die Leiharbeitsfirma Manpower. Am 14./15. Mai kündigte sie fünf Kolleginnen und Kollegen, weil die sich geweigert hatten, als Streikbrecher bei der Telekom zu arbeiten. »Wir sind zum 20. April extra zum Einsatz bei der Telekom von Manpower beschäftigt worden«, berichtet Zeitarbeiter Florian S. »Mehrfach hat man versucht uns durch den Hintereingang reinzubekommen oder man hat uns kurzfristig angerufen, wenn eines der Tore schwächer besetzt war, um in den Betrieb zu gelangen«, schildert der 25jährige Fluggerätemechaniker die Vorgehensweise der Leiharbeitsfirma und ergänzt: »Schließlich haben wir uns geweigert, als Streikbrecher eingesetzt zu werden, was unser gutes Recht war.« »Am Montag ... wurde uns dann von der Firma Manpower im Rahmen der Probezeit ohne Angabe von Gründen fristlos gekündigt, mit der Option, wieder eingestellt zu werden, wenn der Streik bei der Telekom beendet sei«, sagt die 25jährige Industriekauffrau Vanessa F.« (Nordhessische NZ, 16.5.07)

Am 16. Mai versammelten sich 200 Kolleginnen und Kollegen vor dem Firmensitz von Manpower in der Kasseler Innenstadt, um ihre Solidarität mit den Gekündigten auszudrücken. Besondere Empörung verursachte der offensichtliche Bruch geltender Gesetze und die Folgenlosigkeit dieses Rechtsbruchs. Laut Paragraph 17 des im Juli 2003 zwischen dem Bundesverband Zeitarbeit Personal-Dienstleistungen und den DGB-Gewerkschaften geschlossenen Manteltarifvertrag heißt es: »Mitarbeiter werden nicht in Betrieben eingesetzt, die durch einen rechtmäßigen Arbeitskampf unmittelbar betroffen sind.« Auch nach dem Arbeitnehmerüberlas-

sungsgesetz haben Leiharbeiter die Möglichkeit, ihre Arbeitsleistung in einem bestreikten Betrieb zu verweigern und können ihren Arbeitsgeber aufzufordern, sie in einem nicht-bestreikten Betrieb einzusetzen.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatten es die Streikenden geschafft, Streikbrecher aus dem Betrieb herauszuhalten: »Am Nachmittag (15. Mai) eskalierte die Situation vor dem bestreikten Telekom-Gebäude. Diesmal sollten Mitarbeiter des Zeitarbeitsunternehmens Adecco den Streik brechen. Stefan Bohn, Leiter der Kasseler Adecco-Zentrale, war sogar persönlich erschienen, um Druck auf die Streikleitung auszuüben. Sein Versuch, Einlass für sich und seine Mitarbeiter zu erhalten, scheiterte jedoch am Widerstand der Streikenden.« (HNA, 16.5.07) Wenige Tage später gelang es der Telekom doch, Streikbrecher einzuschleusen. Besonders erbittert waren die streikenden Kolleginnen und Kollegen, dass der Rechtsbruch keine Folgen für die Telekom und die Streikbruchfirmen haben wird. Sie fragen sich, welchen Wert Gesetze und Tarifverträge eigentlich haben, wenn es angesichts der realen Interessenlagen und Machtverhältnisse nicht gelingt, sie anzuwenden.

10.07.07 ■

■ BERLIN

Öffentlichkeitswirksame Aktionen fehlten

Der Telekom-Konzern verfügt in der Hauptstadt über mehrere Niederlassungen. Zum zentralen Treffpunkt der Streikenden wurde deshalb der Hof der ver.di-Zentrale. Dort trugen sich die Kolleginnen und Kollegen in die Streiklisten ein, dort erhielten sie auch die Informationen über den Stand der Auseinandersetzung und über geplante Aktionen. Diese

hielten sich allerdings in Grenzen. Und wer vor der ver.di-Zentrale stand oder vorbeifuhr, dem bot sich das normale Gesicht eines riesigen Verwaltungsgebäudes. Kein großes Transparent, keine Streikenden vor dem Eingang, nichts, was optisch auf diesen wichtigen Arbeitskampf aufmerksam machte.

Der Arbeitskampf wurde von den zuständigen Gewerkschaftsgremien im Rahmen der üblichen sozialpartnerschaftlichen Regeln und Verhaltensweisen geführt. Die radikalen Reden, z.B. man könne notfalls auch bis in den Herbst hinein streiken, waren der Stimmung unter den Telekom-Beschäftigten geschuldet. Die Praxis im Verlauf des fünfwöchigen Arbeitskampfes entsprach dem nicht. Die wenigen Kundgebungen und Aktionen waren nicht begleitet von einer entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit, in die man die Streikenden hätte einbinden können. Diese übten allerdings auch keinen Druck auf ihre gewerkschaftlichen Vertreter und Funktionäre aus, um dem Streik mehr Nachdruck und Durchschlagskraft zu verleihen. Vertreter anderer Gewerkschaften waren auf den wenigen Kundgebungen kaum und wenn nur als Einzelpersonen vertreten.

Zu den wenigen öffentlichen Aktionen zählten u.a. eine:

- Kundgebung der Streikenden vor dem Roten Rathaus,
- symbolische Blockade vor der Telekom-Niederlassung in der Holzhauser Straße,
- gemeinsame Kundgebung während des Warnstreiks bei der Bundesdruckerei mit anschließendem Marsch zur ver.di-Zentrale

Typisch für die Führung des Arbeitskampfes war die zentrale Kundgebung gegen die Pläne der Liberalisierung der Postdienste. Über 20.000 Kolleginnen und Kollegen aus dem Bundesgebiet hatte ver.di nach Berlin mobilisiert. Doch der gerade stattfindende Telekom-Arbeitskampf spielte in den Reden nur eine untergeordnete Rolle. Stattdessen die Betonung der konstruktiven Rolle, die ver.di bei der Post einzunehmen gedenkt, frei nach dem Motto: »Gegen Liberalisierung ohne Sachverstand«. Im Mittelpunkt der Kritik standen die CSU und ihr Wirtschaftsminister, während man die Hoffnungen der Postler auf die Parlamentarier der SPD zu lenken versuchte, die den Liberalisierungsplänen des Wirtschaftsministeriums Einhalt gebieten sollen. Dass es gerade die Vertreter der SPD im Aufsichtsrat der Telekom waren, die mit ihrer Zustimmung zur Ausgliederung den Arbeitskampf erzwungen hatten, das verschwiegen die gewerkschaftlichen Spitzenredner.

Bemerkenswert dagegen die Stellungnahme eines Kollegen, der auf der Kundgebung vor dem Roten Rathaus das Wort ergriff und für seine Rede viel Beifall der Kolleginnen und Kollegen erhielt: »... Dies ist kein lumpiger Tarifstreit um ein paar Prozente mehr oder weniger Bezahlung, wie er üblicherweise mit lustigen Gesichtern und hübschen Mützen und flotten Trillerpfeifen und bunten Westen geschmückt wird, bei guter Laune und Kaffee und Kuchen, dies ist ein richtungsweisender Kampf, ein richtiger Kampf, ein nackter Existenzkampf, ein rücksichtsloser Kampf um unsere Zukunft und die Zukunft unserer ebenso fleißigen Kollegen in gänzlich anderen Branchen, dies ist ein Kampf um die Zukunft unserer aller Familien. Hier wird ein Zeichen gesetzt, ob man weiterhin mit uns machen kann, was immer man will.

Ich habe Angst, dass unser Durchhaltevermögen erlahmen könnte und das man uns am Ende wieder einfängt, mit

den ewigen falschen Versprechungen und den erneut annehmbar scheinenden Verlockungen, damit wir unsere Arbeit wieder aufnehmen. ...Wir müssen siegen, und wenn wir uns einig sind und bleiben, werden wir auch siegen! Und diese unsere Einigkeit und Kampfbereitschaft muss auch unsere Gewerkschaft wissen. Sie muss von uns wissen, dass wir nicht bereit sein werden, den faulen Kompromiss hinzunehmen, der vielleicht schon für uns bereit liegt. Und sie muss wissen, dass wir sie nicht darum bitten, dass wir streiken dürfen, sondern dass wir sie auffordern, alle Hebel anzusetzen, alle Register zu ziehen, die für einen erfolgreichen Kampf nötig sind. Sie muss wissen, dass wir zu einem tatsächlich wirkungsvollen Streik bereit sind, und dass wir wissen, dass partielle und temporäre Arbeitsniederlegungen uns hierbei nicht weiterhelfen werden. Dieser Streik muss schonungslos geführt werden und nicht behutsam, er muss spürbar sein, er muss Auswirkungen haben, sonst wird er leise und ohne Erfolg verpuffen. Diese Kampfansage der Konzernleitung richtet sich gegen jeden von uns und also sollte sich auch jeder dagegen wehren dürfen...«

Die Befürchtungen des Kollegen traten ein. Der Streik verpuffte ohne Erfolg, an seinem Ende stand eine bisher einmalige Absenkung der tariflichen Leistungen. Auf heftigen Unmut stieß der »Kompromiss« am Donnerstag, auf der ersten Streikversammlung nach Bekanntgabe des Ergebnisses. Am darauf folgenden Tag hatten sich die verantwortlichen Funktionsträger besser vorbereitet. Sie übernahmen dabei die Drohungen der Telekomleitung, um die Streikenden auf Linie zu bringen. Würde die erzielte Vereinbarung abgelehnt, so käme alles noch viel schlimmer. Der Konzern könne dann rechtlich, wie angedroht, die Ausgliederung vornehmen und ohne gewerkschaftlichen Gegenpart die Arbeitsbedingungen einseitig bestimmen. Die Urabstimmung brachte dann auch in Berlin eine große Mehrheit für die Annahme des Verhandlungsergebnisses. Als Zustimmung und Zufriedenheit mit der gewerkschaftlichen Streikführung und dem erzielten Ergebnis lässt sich das allerdings nicht werten. Es fehlte an Selbstvertrauen und einer in der Belegschaft anerkannten Kraft, die nicht nur in Worten sondern auch praktisch eine Alternative hätte aufzeigen können, nachdem klar war, dass der ver.di-Vorstand die Auseinandersetzung unter allen Umständen beenden wollte. ■

■ HAMBURG

Mahnwache vor der Hamburger SPD-Parteizentrale

Die Idee kam von streikenden Telekom-Kollegen, realisiert wurde es dann zusammen mit der lokalen Streikleitung anlässlich eines Marsches von rund 300 Streikenden zur SPD-Parteizentrale. Am 12. Juni, in der 5. Streikwoche, war es die Scheinheiligkeit der sozialdemokratischen Politik, die die Kollegen zur SPD-Parteizentrale brachte und nicht zur CDU, wie es der Landesvorsitzende Wolfgang Rose sich lieber gewünscht hätte (er will künftig auf zwei Hochzeiten tanzen: Verdi-Landesvorsitzender bleiben und für die SPD in die Bürgerschaft einziehen).

Dass die Streikenden an die SPD einen völlig anderen Anspruch hatten, war schon daran zu sehen, dass sich für die



geplante Drei-Schichten-Mahnwache reichlich mehr Leute zur Verfügung stellten als tatsächlich notwendig waren.

Auf der verdi-Internetseite wird über den Fortgang der Demo vor dem SPD-Haus berichtet, dass der SPD-Chef Ingo Egloff eine Resolution entgegen nahm und drei weitere Funktionäre sich mit den Streikenden solidarisierten. Von dem mitgebrachten Transparent, gegenüber dem Eingang des Parteihauses angebracht (siehe oben), gibt es keine Information und kein Bild. Stattdessen einige Zitate aus der übergebenen Resolution, die die Erwartungshaltung der Streikenden gegenüber dem Unternehmen und der SPD zum Ausdruck bringen.

Die Verfasser der Resolution hatten aber auch ein deutliches Urteil zur Haltung der SPD: » *Einige Parteienvertreter haben sich in der öffentlichen Debatte bereits nachhaltig öffentlich disqualifiziert. Weder auf deren Kompetenz noch auf ihr Engagement können wir bauen. Die SPD ist jedoch nicht nur traditionell tief in der Arbeiterbewegung verwurzelt, sie befindet sich auch in der Regierungsverantwortung. Um so verwerflicher ist es, dass gerade diese Partei es nicht geschlossen für erforderlich hält, unsere Anliegen mit dem nötigen Nachdruck zu unterstützen und uns ... zur Seite zu stehen. Geradezu unerträglich ist es, in welcher Form sich Sozialdemokraten ... im Aufsichtsrat der Telekom präsentieren. Eine Filetierung des Konzerns zur Befriedigung kurzfristiger Renditebegehren ist weder mit ihrem parlamentarischen Auftrag noch ihren sozialdemokratischen Wurzeln zu vereinbaren.*

Aufsichtsräte sind zumindest gesetzlich verpflichtet, den Vorstand in seiner Arbeit zu kontrollieren ... Sich allerdings hinzustellen und anzumerken, man wolle sich nicht in die Arbeit des Vorstandes einmischen, ist geradezu als Affront gegenüber ihrem gesetzlichen Auftrag ... und den Interessen aller Beschäftigten der Telekom zu verstehen.«

Einen Tag später, die Mahnwache hatte sich eingerichtet, u.a. mit oben abgelichtetem Transparent, hatte der gerade gekürte neue Bürgermeisterkandidat, Michael Naumann, seinen Einstand bei den Streikenden: Er beschimpfte sie, sein Freund »Peer Steinbrück ... und ... ich habe letztens erst mit Obermann gesprochen – die Gewerkschaft ist ja selber schuld, wenn sie solche Billig-Tarife abschließt...« Der ehemalige Kulturstaatssekretär in der Regierung Schröder hatte

wohl bisher keinen Kontakt zur arbeitenden Bevölkerung, man muss es ihm deshalb wohl nachsehen. Offenbar hat ihm oben im Parteihaus jemand klar gemacht, dass solche Äußerungen das Ansehen der Partei nicht verbessern würden. Naumann hat sich dann in einem kleinen Kreis (nicht vor der Mahnwache) für die Forderungen der Streikenden verständnisvoll gezeigt, »das wußte ich ja nicht...«.

■ BREMEN

Telekom-Gewerkschafter um Solidarität bemüht

In Bremen waren die betrieblichen ver.di-Funktionäre bestrebt in die anderen Gewerkschaften und in die Bremer Öffentlichkeit hineinzuwirken. Ca. 400 Telekomkollegen nahmen zu Anfang mit ihren Fahnen an einer Kundgebung der Bremer IG Metall zur Metalltarifrunde teil. Der ver.di-Redner konnte sich auf dem Bahnhofsvorplatz an mehrere tausend Metaller wenden und die Probleme der Telekomkollegen darlegen. Einige tausend Daimlerkollegen der Fröhschicht waren bei einem Warnstreik vom Werk in Sebaldsbrück zum Hauptbahnhof marschiert. Gestra- und Airbuskollegen waren auch anwesend.

Mit einem Demonstrationzug vom Bremer Westen durch die Neustadt nach Habenhausen versuchten die Telekomkollegen die Bremer Bevölkerung auf ihren Kampf aufmerksam zu machen. Radio Bremen machte auf die Demo aufmerksam und das Bremer Fernsehen setzte sich mit dem Streik auseinander.

Anders als in vorherigen Tarifauseinandersetzungen informierte ver.di auch die einzelnen Fachbereiche, sodass die Informationen über die Probleme der Telekom-Beschäftigten zu den Betriebsräten gelangten.

»Ihr habt bei unserer Solidaritätsaktion gefehlt. Wir haben eure Unterstützung vermisst«, so wurde ein Arcelor-Betriebsrat in Bremen von einem Telekom-Kollegen angesprochen. Der Telekom-BR hat also darauf geachtet, wer dabei war, und wer nicht. Und auf der Bremer Hütte musste daraufhin thematisiert werden, dass so etwas nicht passieren darf.

Vorbemerkung

Gerd Balko hatte mit nicht nachlassendem Engagement als klassenbewusster Gewerkschafter und ehemaliger Betriebsrat der Klöckner Hütte in Bremen (heute Arcelor-Mittal) in der Arpo Nr. 3/06 zu TPM Stellung genommen. TPM ist ein Programm zur Produktivitätssteigerung (störungsfreie Produktion). In der folgenden Ausgabe der Arpo (Nr. 2/07) kritisierte Achim Heier als Leiter des IGM-Vertrauenskörpers von Arcelor Bremen die Auffassungen Gerd Balkos.

Wir drucken nachfolgend eine leicht gekürzte Antwort von Gerd Balko ab. (Der vollständige Text kann unter www.stahlnetz.net im Internet nachgelesen werden.) Dieser Antwort folgt die Stellungnahme einiger Genossen aus der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik.

Red. ■

Gegen die Mitmacher und die »Fit«-Macher

Lieber Achim,

... ich habe mich mit meinem Gesundheitszustand nun wahrhaftig nicht deshalb abgequält, um eine Generalsabrechnung zu inszenieren oder ein Untergangsszenario an die Wand zu malen, wie du mir unterstellst. Meine Motivation, mich kritisch bis zuletzt gegen eine verhängnisvolle falsche Gewerkschaftspolitik zu stellen, beruht zum großen Teil auf meiner Lebenserfahrung mit den radikalen, sozialen und politischen Veränderungen. Am eigenen Leib habe ich erfahren, was Rechtlosigkeit ist.

... Vor Ort im Betrieb ist die unmittelbare Solidarität der Kollegen, auch wenn sie sich oft nur indirekt und moralisch äußert, ein wesentlicher Machtfaktor. Damit konnten und können sie sich auch heute noch vor groben Ungerechtigkeiten und kleinen Gemeinheiten gegenüber den betrieblichen Instanzen oft besser schützen und durchsetzen als mit irgendwelchen abstrakten Gesetzen. Diese Solidarität soll jetzt indirekt durch TPM zerstört werden.

... Zu den äußeren Machtbedingungen gehört im Kapitalismus die Arbeitslosigkeit. Das ist der Knüppel, womit sich die Unternehmer direkt und indirekt immer wieder durchsetzen. Und da sind wir schon am Knackpunkt meiner Kritik. Arbeitslosigkeit ist ein systemnotwendiges, politisches Machtmittel. Ohne Arbeitslosigkeit würde das kapitalistische System auf Dauer nicht funktionieren. Die Arbeitslosigkeit abschaffen zu wollen ohne das kapitalistische System abzuschaffen, ist genau so unsinnig, wie die Sklaven zu befreien und die Sklaverei bei behalten zu wollen. Unabhängig von der unterschiedlichen Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit ist es noch keiner Macht innerhalb des kapitalistischen Systems gelungen die Arbeitslosigkeit auf Dauer abzuschaffen.

Die ganze Verlogenheit über Arbeitsplatzbeschaffung, Arbeitsplatzzerhaltung, Arbeitsplatzsicherung usw. dient in Wirklichkeit nur der Systemerhaltung. Arbeitsplätze werden nicht geschaffen, sondern entstehen nur dann und dort, wo sich der Unternehmer einen Profit verspricht. Diese alte Binsenweisheit ist in Gewerkschaftskreisen schon immer be-

kannt gewesen. Aber trotzdem setzt sich die Unternehmerideologie besonders in der Gewerkschaftsführung immer wieder durch. Das beruht nicht auf irgendwelchen bösen Absichten oder »Klassenverrat«, sondern auf der politischen Alternativlosigkeit gegenüber dem kapitalistischen System. So wie du mir in deiner Fragestellung unterstellst hast: Was soll der Betriebsrat denn tun, wenn der Unternehmer damit droht, das ganze Werk zu schließen? Darauf teile ich dir hier die Antwort noch einmal schriftlich mit.

Kein noch so starker Betriebsrat, keine noch so starke Gewerkschaft und auch keine noch so radikalisierte Belegschaft haben die Kraft und die Macht, so etwas zu verhindern. Auch 1992 bei der akuten Bedrohung durch die Klöcknerpleite, wo von der gesamten Arbeitnehmervertretung der Widerstand optimal organisiert wurde, haben für die Werks-erhaltung noch ganz andere wichtige Faktoren eine Rolle gespielt als der massive gewerkschaftspolitische Druck.

Genau das Gegenteil von 1992 ist 2002 auf der Hütte ohne akute Bedrohung vom Betriebsrat inszeniert worden. Der Betriebsrat hat zuerst dem Rationalisierungsprogramm »Fit« zugestimmt und dann die Belegschaft mit einer Angstkampagne über angebliche Werksschließung eingeschüchert. Mit dem Totschlagargument, die Hütte würde nur weiterexistieren, wenn Betriebsrat, Belegschaft und Gewerkschaft sich beim Kosteneinsparungsprogramm »Fit« aktiv am Arbeitsplatz- und Sozialabbau beteiligen würden.

Seitdem sind die Begriffe Widerstand, Kampf usw. aus eurem Sprachgebrauch gelöscht worden. Stattdessen habt ihr die Sprache ... der Mitmacher und »Fit-Macher« eingeführt. Diese politische Wende war die Folgeerscheinung einer zehnjährigen Entpolitisierung der betrieblichen Arbeitnehmervertreter und der Belegschaft. ... Die aktive Unterstützung der Unternehmerpolitik durch den Betriebsrat für »Fit« war dann der entscheidende Durchbruch für TPM. Falls du es immer noch nicht gemerkt hast, es geht mir hier nicht um irgendwelche Fehler der Arbeitnehmervertretung, es geht hier um eine fundamentale Änderung der bisherigen Gewerkschaftspolitik auf der Hütte.

Dabei kritisiere ich nicht ein aus den bestehenden Verhältnissen bestimmtes Maß an systemnotwendiger Zusammenarbeit mit dem Unternehmer. Das hat es früher auch gegeben und ist unabhängig von der politischen Zusammensetzung der Arbeitnehmervertretungen auch heute notwendig. Meine Kritik richtete sich gegen die freiwillige Umwandlung des Betriebsrates zu einer betrieblichen Unternehmerinstanz, wo die Arbeitnehmervertretung versucht den Rationalisierungsprozess in einen Dauerzustand zu versetzen. Auch wenn tatsächlich der Standort dadurch gerettet werden könnte, was keiner beweisen kann, wäre es aus gewerkschaftlicher und gesellschaftlicher Sicht falsch.

Das politische Umkippen der Arbeitnehmervertreter mit der sofortigen Zustimmung in der ARCELOR-Aufsichtsrats-sitzung auf der Bremer Hütte im Juni 2002 war ein klassisches Beispiel von Schwäche eines entpolitisierten Betriebsrates. In einem langjährigen Prozess hatten sich nach der großen politischen Wende 1990 und der Klöckner-Pleite 1992 im Betriebsrat die »ökonomischen Mitmacher« anstelle der rebellischen, konsequenten Belegschaftsvertreter durchgesetzt. Die politische Mutation, die sich vorher in einem

schleichenden Prozess schon deutlich bemerkbar machte, wurde mit der Zustimmung und dem aktiven Mitmachen bei dem Arbeitsplatz und Sozialabbauprogramm »Fit« dann offen proklamiert. Wenn ihr politisch ein bisschen weiter denken würdet, müsstet ihr wissen, dass jeder verstärkte Konkurrenzkampf im Kapitalismus letztendlich immer auf Kosten der Lohnabhängigen ausgetragen wird. Das ist vollkommen unabhängig von der momentanen Betroffenheit einer Belegschaft. Bei dem derzeitigen Stahlabsatz durch den China-Boom, wo Milliarden Gewinne von den GIGA-Konzernen eingesackt werden, bekommt die Belegschaft kaum einen müden Euro und auch keinen Arbeitsplatz zurück, den der Konzern mit eurer aktiven Hilfe abgebaut hat. Falls ein Werk in der sich heute schnell verändernden Unternehmensstrategie nicht mehr passt, werden sie es – unabhängig von modern oder veraltet – abstoßen.

... Deine politische Naivität äußert sich in dem Satz, wo du auf eventuelle Überforderungen in Bezug auf Arbeitszeit durch TPM behauptest: »*Dagegen haben wir Tarifverträge*«, die wir verteidigen werden. Wie wollt ihr etwas verteidigen, wenn ihr nicht mehr kämpfen wollt und dadurch auch keine Macht mehr habt? Die Streitaxt des Klassenkampfes habt ihr schon lange vor »Fit« in die Rumpelkammer der Geschichte gestellt. Seitdem ist der Begriff »Kampf, kämpfen« aus eurem Sprachgebrauch verschwunden. Infolgedessen braucht ihr auch nichts verteidigen. ... Ihr habt die Logik des Unternehmers übernommen, wobei ihr euch noch ein bisschen schämt und ständig versucht den »vernünftigen Arbeitnehmervertreter« herauszustellen.

... Wenn Gewerkschafter und Betriebsratvorsitzende sich als gewählte Mandatsvertreter zum Boss und Chef in aller Öffentlichkeit küren und danach bezahlen lassen, dann bedarf es keiner Diskussion mehr über Klasse und Klassenkampf. ... Die Katastrophen von 1914 und 1939 sind nicht von einem politisch naiven Kaiser oder einem verrückten Hitler verursacht worden, sondern von Millionen kleinen »Mitmachern« vorbereitet und ermöglicht worden. Alle haben es gut gemeint. So wie ihr heute glaubt, »wenn es der Hütte bzw. euren Unternehmen gut geht, dann geht es auch der Belegschaft gut«. Es ist derselbe fatale Trugschluss wie 1914, als die Masse der Menschen glaubten – oder man ihnen das eingeredet hat – wenn es Deutschland und dem Kaiser gut geht, dann geht es auch uns gut. Aus dieser blutigen Geschichte habt ihr nichts gelernt und wollt auch nichts lernen.

Genauso wie die Masse der deutschen Arbeiterschaft vor hundert Jahren in Verbindung mit der Reichsgründung und der wirtschaftlichen und sozialen Aufschwungphase von 1871 bis 1914 geglaubt hat, sie hätte die kapitalistische Verelendung und Unterdrückung überwunden, genauso wird von der Masse heute geglaubt, dass wachsende »Ungeheuer« durch soziale Opfergaben und Lobgesänge ruhig stellen zu können.

... Es waren keine Klassenverräter, keine Bonzen, keine politisch verkommenen, gekauften Subjekte, die die Streitaxt des Klassenkampfes vor 1914 in die Ecke stellten und die Arbeiterklasse für Kaiser, Volk und Vaterland in den Krieg ziehen ließen. Was ihr heute wieder im Kleinen glaubt, die Arbeitsplätze und den Standort durch aktive Mithilfe im Konkurrenzkampf zu retten, hat damals die Masse der Arbeiterschaft auch geglaubt. Wenn sie sich in der Obhut des ehemaligen Klassegegners begeben und ein Blutopfer bringen, dann könnte man endgültig vom vaterlandslosen Gesel-

len zum geachteten Bürger aufsteigen. Dass sie vorher jahrzehntelang von ihren Herrschaften mit Ausbeutung, politischer Unterdrückung und Zuchthausstrafen drangsaliert worden sind und erst durch aufopferungsvolle Kämpfe als politischer Faktor wahrgenommen worden sind, wurde von den »Mitmachern« verdrängt. Wenn ich eure Jubelpamphlete mit den Lobgesängen auf das gute Unternehmen ARCELOR lese, bekomme ich das Gefühl, als ob ihr mit der »Zeitmaschine« hundert Jahre zurück gefahren seid.

Ihr seid wieder mit derselben Naivität wie die deutschen Arbeiter vor hundert Jahren in den Glauben verfallen, wenn ihr euer Unternehmen durch Mithilfe im Konkurrenzkampf groß und stark macht, dann sind der Standort und die Arbeitsplätze gesichert. Selbst wenn der Unternehmer so etwas wollte, lässt die innere kapitalistische Gesetzmäßigkeit es nicht zu.

... Politische fortschrittliche Schulungen und Weiterbildung von Arbeitern durch Parteien und andere Organisationen sind mit der großen Wende verschwunden. Selbstlose, linke überzeugte Gewerkschaftsfunktionäre, die sich mit den Kollegen auch ernsthaft auseinandersetzen konnten, waren schon immer Mangelware und sind jetzt vom Aussterben bedroht. Infolgedessen können in der Arbeiterschaft von der emanzipatorischen, linken Seite keine politischen Impulse mehr entstehen. Wodurch Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit immer mehr zur bürokratischen Verwaltungsarbeit verkommt.

Solche bürokratische Verknöcherungen sind früher von »Links« kritisiert und bekämpft worden. Heute dagegen wissen und merken die meisten Funktionäre überhaupt nicht mehr, dass sie politisch kastriert und zu Bürokraten umfunktioniert worden sind. Das ist auch eine der Schwächen bei dem kontinuierlichen Sozialabbau in allen Bereichen. Außer symbolischen Trillerpfeifenkonzerten und Verscherbeln der sozialen Substanz hat die politisch befangene Arbeitnehmervertretung nichts mehr entgegen zu setzen.

... Alle linken Gruppierungen die sich vorher noch fundamental mit dem Kapitalismus auseinander gesetzt haben sind verschwunden oder bedeutungslos geworden. Viele vereinzelte Altlinke sind politisch von der Rolle während andere die Fronten gewechselt haben. Bei der Entpolitisierung der Gewerkschaften und besonders im unteren Funktionärsbereich hat diese Entwicklung bei zunehmendem ideologischen Druck des Unternehmers die gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeit wesentlich beeinträchtigt. Anstatt nach vorne sich eine Perspektive zu erkämpfen, hat man sich wie auf der Bremer Hütte unter die Fittiche seines Unternehmers verkrochen, wo man versucht den Konkurrenzkampf mit aktiver Beihilfe des Betriebsrates noch zusätzlich anzuheizen.

Das ist immer wieder der Punkt meiner Kritik. Gewerkschafter müssen auch beim Rückzug auf ihre Würde, Moral, und politische Sauberkeit achten. Sie müssen stolz sein auf das, was sie in ihre Geschichte erreicht haben, es als ihr Eigentum betrachten und verteidigen. Vor allen Dingen müssen sie politisch Autonom bleiben. Dazu bedarf es besonders heute der Selbstkritik, der täglichen Selbstkontrolle und vor allen Dingen des Mutes dazu.

Die wesentlichen veränderten Bedingungen

Vier wesentliche Komponenten haben Anfang der 90er Jahre zu einer im kapitalistischen System einmaligen weltweiten

Rationalisierungswelle mit einem massenhaften Arbeitsplatzabbau, Arbeitsplatzumbau und einer massenhaften Arbeitsplatzentwertung geführt.

1. Die ausgereifte so genannte dritte technische Revolution mit der Elektronisierung aller Bereiche durch Computer und Roboter.
2. Der Zusammenbruch des Sozialismus hat entscheidend zu dem Machtverlust in den sozialen Bewegungen, und besonders in den Gewerkschaften beigetragen. Die flankierende politische Unterstützung von Staat, Parteien und Gruppierungen ist ins Gegenteil umgeschlagen.
3. Das unerschöpfliche Potenzial an konsumhungrigen zum großen Teil gut qualifizierten Billiglohnarbeitern aus den östlichen Anrainerstaaten, die als Konkurrenzmasse gegen ihre westlichen Kollegen von den Unternehmen eiskalt ausgespielt werden. Ständige Drohungen mit Produktionsauslagerungen in Billiglohnländer.
4. Anwendung und Durchführung von wissenschaftlich ausgereiften Arbeitsmethoden, die schon in den 80er Jahren entwickelt, aber zuerst mit der Massenarbeitslosigkeit und dem Machtverlust der Gewerkschaften in den 90er Jahren richtig in Schwung kamen.

Die alte Arbeitswelt aus der Nachkriegszeit bzw. Sozialstaatsperiode wird in einem ständig beschleunigten, aber kaum durchschaubaren Prozess zerstört. ... Nachdem die Expansion für das Kapital grenzenlos ist, wird besonders in Deutschland versucht, den sozialen Ballast mit all seinen tariflichen und staatlichen Bindungen los zu werden. Wie erfolgreich sie dabei waren und sind, kann man in den täglichen Medienberichten über ständigen massenhaften Arbeitsplatzabbau, Arbeitsplatzumbau, Arbeitsplatzentwertung erfahren.

Das wäre alles nicht so schnell und einfach möglich gewesen, wenn nicht die »lieben Sozialdemokraten« in der Regierung von Rot/Grün unter Führung von Bundeskanzler Schröder die gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen hätten. Mit dem immer noch dominierenden Einfluss bei den Gewerkschaften hat Rot/Grün bei der sozialen Entrechtung (Hartz IV usw.) die wesentlichen Voraussetzungen für die Umwandlung von Existenz **sichernden** »Arbeitsplätzen« in Billiglohnjobs geschaffen. Ein gigantischer Lohnabbau ist unter der Flagge der Flexibilisierung eingeleitet worden, wodurch ein zunehmendes Potenzial an entrechteten Billiglohnarbeitern als Konkurrenzmasse gegen die immer weniger werdenden Stammebelegschaften von den Unternehmen eingesetzt werden können.

Als gottgewollt und unausweichlich wird die Globalisierung von den Apologeten der freien Marktwirtschaft der Menschheit dargestellt. Man müsse nur die richtige Leistung erbringen und an die heilsamen Kräfte des Marktes glauben: Die Gebetsformeln der Effektivität, der Rationalität, der Produktivität, der Mobilität und der Modernität beherrschen, um als »Mitmacher« und »Fit Macher« im Kreis der »Plusmacher« und »Plattmacher« anerkannt und aufgenommen zu werden.

Nach der Wende in den späten 90er Jahren und der Entideologisierung sowie der Entpolitisierung im Allgemeinen und insbesondere bei den Gewerkschaften ist eine neue Generation an Funktionären nachgewachsen. Sie hat fast überhaupt keine lebendige Beziehung mehr zur Vor- und Nachkriegsgeneration mit all den ganz anderen Problemen

und militanten Konflikten. Besonders auffällig ist die politische Mutation auf der ehemaligen Klöckner Hütte in Bremen. Wo von einer relativ autonomen Arbeitnehmervertretung eine konsequente, konfliktträchtige Politik gegen den allmächtigen Unternehmer und seine Helferhelfer betrieben wurde.

Neinsager und Rebellen waren gefragt, und nicht Jasager und »Mitmacher«. Selbstverständlich mussten damals auch Kompromisse gemacht werden, aber nur nach Ausschöpfung aller gewerkschaftlichen und juristischen Möglichkeiten. Um den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit sichtbar zu machen, wurde die Belegschaft so weit wie möglich in die Auseinandersetzungen mit einbezogen.

... Die grundsätzliche Akzeptanz der globalen kapitalistischen Expansion hat die Gewerkschaften in eine verantwortungslose Sprach- und Widerstandslosigkeit gebracht. Betroffen sind besonders betriebliche Gewerkschaftsvertreter, die unter ständigem ideologischen Trommelfeuer der sozialen Erpressung in den Betrieben geistig immer weniger etwas entgegen zu setzen haben.

Mit gezielten, allumfassenden Medienkampagnen und einem Heer gut bezahlter Fürsprecher aus Wirtschaft, Wissenschaft, Parteien und Gewerkschaften wird die Ideologie der Globalisierung mit all seinen weltweiten barbarischen Auswüchsen zu einer gottgewollten, nicht mehr änderbaren Schöpfung heilig gesprochen. Alle Widersprüche und Lügen mögen sie noch so plump und dumm sein, werden zum Glaubensbekenntnis dogmatisiert. Seien es die Märchen von den leeren Kassen, von den Rote Zahlen als Begründung für Lohn und Arbeitsplatzabbau, vom Standort retten, von der Rente mit 67, von der Mindestlohnregelung, die Arbeitsplätze vernichtet, vom Kündigungsschutz, der Neueinstellungen verhindert, von der Modernisierung, die Arbeitsplätze schafft und sichert usw.

Zum großen Teil sind diese allgemeinen und betriebspolitischen Lügen gut in Halbwahrheiten verpackt. Sie werden oft von betrieblichen Gewerkschaftsfunktionären politisch undifferenziert nachgeplappert. Dabei tragen sie als Verstärker zu der politischen Befangenheit und Widerstandslosigkeit der Belegschaften bei. ...

Den ökonomischen Zwängen politisch nicht unterwerfen.

Auch die dritte Nachkriegsgeneration muss zur Kenntnis nehmen, dass sie sich eine eigene politische Position erkämpfen muss. Wie schwer das auch heute ist, sich aus dem allumfassenden kapitalistischen Spinnengeflecht frei zu machen und frei zu halten, wird nur dem deutlich, der sich mit dem System und seinen »Mitmachern« ernsthaft auseinandersetzt. Nur wer das kapitalistische System als Ganzheit versteht, kann seine innere Gesetzmäßigkeit, seine innere Dynamik und seine Widersprüche erkennen. Jeder Betriebsrat oder Gewerkschaftler ist sofort in Argumentationsnot, wenn er sich bei der Durchsetzung eigener Interessen den ökonomischen Zwängen seines Unternehmens unterwirft.

Genau so wenig wie sich ein kapitalistisches Unternehmen prinzipiell gegenüber seinen lieben Mitarbeiter »sozial« verhalten darf, genau so wenig darf prinzipiell ein Arbeitnehmervertreter sich ökonomisch »verständlich« zeigen. Wenn das Kapital bzw. die Unternehmer in der Sozialstaatsperiode sich wegen der bestehenden Machtverhältnisse sozial ver-

halten oder mit sozialen Mitteln Arbeitskräfte auf dem leeren Arbeitsmarkt bei anderen abwerben mussten, dann geschah das nicht aus sozialer Einsicht. Da darf man sich von Ausnahmen und auch langfristigen Besonderheiten nicht täuschen lassen. Wie schnell die soziale Maske fallen gelassen werden muss und die ehemaligen lieben Mitarbeiter von ihren jahrzehntelangen sozialen Errungenschaften zum Zweck der Profitmaximierung enteignet werden, wird uns z.Zt. von der Telekom vorgeführt.

Selbst solche Vorzeigeunternehmen wie Daimler und VW ... versuchen sich jetzt mit allen Mitteln und ohne ökonomische Not aus der einst viel gelobten Sozialpartnerschaft zu verabschieden. Sie werden Betriebsräte solange zur Produktionssicherung benutzen, solange wie sie gebraucht werden und keine Stunde länger. Dass man Betriebsräte nicht nur indirekt, auch direkt kaufen kann hat die Affäre bei Siemens deutlich gemacht.

Es vergeht kein Tag ohne Skandalberichte. Ob in der Industrie, bei den Behörden, im Gesundheitswesen, Krankenhäusern, im Sport. Der jüngste Dopingsskandal bei der Telekom deutet nur den systembedingten pervers gewordenen Konkurrenzkampf um mehr Leistung und mehr Geld in allen Bereichen an. Wer glaubt, dass die bis zur physischen Zerstörung angeforderte Höchstleistung im Profisport eine separate Entwicklung ist, braucht sich nur einmal in der schönen neuen Arbeitswelt umzuschauen.

... Die Selektion und Auswahlmethoden der Arbeitsplatzbewerber durch die Unternehmen hat schon lange perverse Formen angenommen. In Wirklichkeit sind die angeblich hohen qualitativen Anforderungen nur ein Mittel zum Zweck, um die Neueingestellten in eine Schablone der betrieblichen Unterordnung zu pressen. Sie müssen gegenüber der alten Stammebelegschaft die Fähigkeit mitbringen für weit weniger Lohn, längere Arbeitszeiten, weniger Rechte, ohne zu meutern mehr zu leisten. Dabei werden sie in ein betriebliches System der Selbstausbeutung integriert, wo sie unter den Vorzeichen von »Eigenverantwortung« und »betrieblicher Mitbestimmung« sich selbst und die eigenen Kollegen zu Höchstleistungen antreiben müssen.

Besonders in den Gewerkschaftsschwachen Dienstleistungsbereichen haben sich in den letzten Jahren diese Methoden in vielerlei Formen durchgesetzt. Dass diese neue »Selbstausbeutungsmethode« in den noch relativ gewerkschaftsstarken Großbetrieben mit aktiver Hilfe von Betriebsräten betrieben wird, habe ich versucht in der TPM Kritik deutlich zu machen. Der Glaube, sich betriebspolitisch irgendwie durchwursteln zu können, indem man gemeinsam mit seinem Unternehmen den Konkurrenzkampf noch zusätzlich anheizt, ist besonders in den letzten Jahren zu einem gefährlichen sozialpolitischen Irrglauben geworden.

Es gibt kein zurück mehr in den Sozialstaat der Nachkriegszeit. Auch kein zwischenzeitlicher Wirtschaftsaufschwung wird an diesem sozialen Abwärtstrend etwas ändern.

... Die zunehmende Masse der Überflüssigen, Langzeitarbeitslosen, Sozialhilfeempfänger, Billiglohnarbeiter, Leiharbeiter, Wanderarbeiter und alle Verdammten dieser Erde

sind politisch ohnmächtig. Sie werden nur noch als Schacherobjekte und Konkurrenzmasse gegenüber den noch fest Beschäftigten benutzt. ... Ein Musterbeispiel in dieser Beziehung war das Modell 5000 x 5000 bei Volkswagen, wo der Arbeitsdirektor Hartz und seine »gut bezahlten Betriebsräte« mit 5.000 Beschäftigten aus 40.000 arbeitslosen Bewerbern VW zu einem kostengünstigen Musterbetrieb verholphen haben.

Dieses Modell ist in der Öffentlichkeit mit Lobgesängen gefeiert worden. Heute fragt keiner mehr danach, wie die Arbeitsbedingungen und Verdienstmöglichkeiten im Vergleich zu den alten VW-Verhältnissen sind. ...

Gerd Balko ■

Zur Diskussion um TPM: Steigerung der Produktivität im Kapitalismus

Achim Heier erkennt TPM als »ein Managementsystem zu Erhöhung der Produktivität und damit des Gewinns«. Er will durch die Mitarbeit bei TPM dem Interesse vieler Kollegen entgegenkommen, »anspruchsvolle Arbeit« im Betrieb zu leisten und nicht mehr von »kleinsten Entscheidungen ausgeschlossen zu bleiben«. Er will bei TPM die Arbeitnehmerinteressen durch Mitsprache, Qualifikation und Verbesserung der Arbeitsqualität behaupten. Er sieht es als eine tagtägliche gewerkschaftliche Aufgabe an zu verhindern, dass die »Arbeitgeber mit TPM von den Arbeitnehmern viel bekommen und möglichst wenig geben«. Mit Tarifverträgen soll verhindert werden, dass der Unternehmer Arbeitszeit und Freizeit der Beschäftigten nach seinen Interessen ausrichtet. Konzerninterne Konkurrenz soll durch gemeinsame Anforderungen an TPM eingedämmt werden.

Die vorherrschende Einstellung des Betriebsrates der Bremer Hütte zu produktivitätssteigernden Programmen drückte der jetzige 2. Betriebsratsvorsitzende Klaus Hering bei der Einführung von »FIT«¹⁾ aus: »Das Ziel einer Verbesserung der Wirtschaftlichkeit ist richtig und nötig. Für ein so ehrgeiziges Ziel ist es aber notwendig vorher eine Vision für ein modernes Stahlunternehmen zu entwickeln.« ... Der Weg, die Verantwortung für die Zukunft des Unternehmens mit zu übernehmen und damit mit eigenen Initiativen den Standort zu sichern, ist unbequem und verlangt der Belegschaft und den Interessenvertretungen einiges ab, aber er bietet die Chance eine gute Perspektive für viele zu erhalten. ... Wir wollen sowohl durch die Verfahrensregeln als auch durch die eigenen Ziele deutlich machen, dass es nicht darum geht ein Projekt des Vorstands zu unterstützen, sondern dass wir aktiv Einfluss nehmen wollen, wie zukünftig in diesem Unternehmen gearbeitet und mit Menschen umgegangen wird.« Das ist nichts Anderes als Unterordnung unter die Ziele der Kapitaleigner: Das Unternehmen muss die Kapitaleigner zufrieden stellen.

Für Achim Heier hat die Befriedigung der Kollegen durch ihre Arbeit eine zentrale Bedeutung. Wir wollen im weiteren etwas ausführlicher auf die Produktivitätssteigerung im Kapitalismus eingehen. Denn selbst wenn eine höhere Befriedigung einzelner erreicht wird, so geht es bei

1) Mit lancierten Meldungen in den Medien, die Bremer Hütte würde stillgelegt werden, wurde die Belegschaft der Bremer Hütte und Druck gesetzt und so das FIT-Programm vom Unternehmer durchgesetzt. Mit dem Ziel, die Personalkosten um 40 Prozent zu senken, wurde auch die Stammebelegschaft ohne betriebsbedingte Kündigungen um 1/3 abgebaut.

TPM wesentlich um Produktivitätssteigerung – mit weniger Arbeitskraft soll mehr produziert werden.

Erfahrungen der deutschen Gewerkschaften

Gewerkschaften mussten sich seit je her zu produktivitätssteigernden Programmen verhalten. Wir wollen deshalb auf eine Erfahrung der deutschen Gewerkschaften genauer eingehen.

In den 1920er Jahren sind deutsche Gewerkschaftsführer in die USA gefahren und begeistert mit dem Glauben zurückgekehrt, die Lösung der sozialen Probleme gefunden zu haben. Im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) verbreitete sich die Auffassung, die Krisengesetze des Kapitalismus seien nicht mehr wirksam. Im enormen Aufstieg der US-amerikanischen Industrie sahen die deutschen Gewerkschaftsführer den Schlüssel zur Lösung der sozialen Probleme. Jenseits des Ozeans sahen sie das Arbeiterparadies heranreifen. Also musste man nur die Produktionsmethoden der USA – die Fließbandarbeit – übernehmen, um den sozialen Unfrieden aus der Welt zu schaffen.

»Produktion! Immer mehr Produktion!« das war die neue Losung der Gewerkschaften. Politisch bedeutete sie, die Beschäftigten in den Betrieben zu bewegen, die Modernisierung des Produktionsapparates so gut wie möglich zu fördern – wie es Klaus Hering bei Einführung des FIT-Programms auch tat. Das bedeutete damals, wie auch bei Klaus Hering heute, Unterordnung unter die Interessen des Unternehmers. Deshalb sind die Erfahrungen aus der Weimarer Republik von Interesse.

In den »Richtlinien zur Wirtschaftspolitik« der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hieß es 1925: Oberster Gesichtspunkt einer auf weite Sicht angelegten Wirtschaftspolitik müsse darin bestehen, »dass die Notwendigkeit einer durchgreifenden Reinigung und Rationalisierung des Wirtschaftslebens anerkannt wird«. Und Fritz Tarnow vertrat sogar die Meinung, dass die Unternehmer unfreiwillig Aufgaben übernehmen, für deren Erfüllung bisher allein die Gewerkschaften gekämpft haben und diese eigentlich überflüssig würden. »Dass auf einer gewissen Höhe der Industrialisierung selbst die Unternehmer (unter dem Gesichtspunkt den Absatz zu sichern) die Notwendigkeit hoher Löhne begreifen, ist also nicht so erstaunlich, wie es zunächst erscheint.« ... »Die Arbeiterschaft hat alle Ursache, die weitere Technisierung als einen günstigen Faktor für die Hebung ihrer sozialen Lage zu fördern.« (Fritz Tarnow, Vorsitzender des Holzarbeiterverbandes und ADGB-Vorstandsmitglied des ADGB, in seiner Schrift »Warum arm sein?«)

Die Rationalisierung setzte sich in fast allen Industriebranchen durch und die Gewerkschaftsführer triumphierten. Doch die Arbeitslosigkeit in Deutschland war schon 1926 dreimal und 1927 achtmal höher als in der Zeit zwischen 1907 und 1913. Bis 1929 stieg die Arbeitslosigkeit dann – schon vor der Weltwirtschaftskrise – bis auf über 3 Millionen an. Dabei hatte die Produktion 1929 einen Höchststand erreicht. Die Steigerung der Produktivkräfte mittels Rationalisierung war also nicht, wie die sozialdemokratische und die ADGB-Führungen der lohnabhängigen Bevölkerung einreden wollten, das Wundermittel gegen Arbeitslosigkeit und Armut. Produktivkraftsteigerung war in den zwanziger Jahren und ist heute unter den Bedingungen kapitalistischer Produktionsweise Antrieb zur Arbeitslosigkeit.

Nur die Ausbeutung der Arbeitskraft erzeugt den Mehrwert. Deshalb ist das Kapital unablässig bestrebt, die Ergiebigkeit der Arbeitskraft durch immer weitere Vervollkommnung der Produktionsmittel und der Organisierung zu steigern; dazu gehören eben auch Programme wie TPM. Gleichzeitig drängen die Verwertungsbedürfnisse der wachsenden Kapitalmassen auch zu einer ständigen Erweiterung der Produktionsmittel. Die Konkurrenz zwingt die Konzerne zur Steigerung der Produktivität. Die dadurch geschaffene Produktivität gerät in Widerspruch zu den gewinnbringenden Absatzmöglichkeiten: Insgesamt werden also Überkapazitäten geschaffen.

Die Steigerung der Produktivität – wie sie TPM beabsichtigt – erhält ihren Anstoß durch die Erwartung des Kapitalisten auf einen eigenen Vorteil. Sie hat ihre zwei Seiten: Die Fähigkeit, mit weniger Menschen mehr zu produzieren, beinhaltet ja einen Segen für die Menschheit, führt jedoch im Kapitalismus immer wieder zu weiterem Personalabbau. Damit werden u.a. berufliche und Lebensperspektiven von Jugendlichen zerstört. Der Unternehmer plant nur für den eigenen Betrieb, gesellschaftlich wird im Kapitalismus nicht geplant, hier herrscht vernichtender Konkurrenzkampf.

Heute kommt hinzu, dass wir bereits einen Sockel von Millionen arbeitsfähiger und arbeitswilliger Menschen haben, die nicht mehr zum Erzielen von Profit gebraucht werden. Die dadurch aus dem Betrieb gedrängten Arbeiter und Auszubildenden überlässt der Unternehmer der Allgemeinheit; ebenso junge Menschen, die erst gar nicht in eine Berufsausbildung kommen. So geraten der Anspruch und die Möglichkeit einiger Beschäftigter, »mit ihrem Können ernst genommen werden zu wollen«, »anspruchsvolle Arbeit« im Betrieb zu leisten und nicht mehr von »kleinsten Entscheidungen ausgeschlossen zu bleiben« in einen Gegensatz zum Interesse von Millionen, überhaupt menschenwürdige Arbeit zu bekommen. Durch die Steigerung der Produktivkräfte wird also im Kapitalismus die Zahl der Menschen, die für die Erwirtschaftung von Profit nicht mehr gebraucht wird, ständig weiter erhöht.

Deshalb kann man mit Otto Bauer im Kapitalismus von einer Fehlentwicklung in der Produktivkraftsteigerung sprechen; denn diese Entwicklung richtet sich gegen die Interessen der großen Masse der Lohnabhängigen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, Bedingungen zu schaffen, unter denen die Entwicklung der Produktivkräfte zum Nutzen der gesamten Menschheit werden kann.

Auf die Massenarbeitslosigkeit in der Weltwirtschaftskrise hatten die deutschen Gewerkschaftsführer durch ihre Fixierung auf Produktivitätssteigerung als Lösung der sozialen Probleme keine Antwort. Gewerkschaftspolitik, die darauf aus ist, in der Produktivitätssteigerung ihr Heil zu suchen, versagt gesellschaftlich.

Produktivitätssteigerung und Gewerkschaften heute

Dieter Reinken, der als Ortsbevollmächtigter der IGM in Bremen Programme zur Steigerung der Produktivität der Unternehmen (wie FIT, TPM) unterstützt, hat diese gesellschaftliche Wirklichkeit in einem Kommentar zum 1. Mai in der Sonntagsausgabe des Weser Kurier bejammert:

■ »Wir haben allein in Bremen 10 000 Menschen, die ihre Billigjobs mit staatlichen Transferleistungen aufbessern müssen, um über die Runden zu kommen. Das finanzieren wir alle und subventionieren damit die Niedriglöhne. ...

- *Die Bereitschaft Billigjobs anzunehmen, hat in dem Maße zugenommen, wie die Kürzungen der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, die Sorge, in Hartz IV abzustürzen, die angebotenen Arbeitsverträge mit ständig wiederkehrenden Befristungen und die ausgedehnte Arbeitnehmerüberlassung, die die Angst vor der eigenen Zukunft zur Alltagserfahrung werden lassen. ...*
- *Personalabbau in den Betrieben und Verwaltungen trotz exzellenter Gewinne, Abbau von Ausbildungsplätzen ... mit lautstarker Forderung nach Einschnitten bei den Tarifverträgen – wir erleben das täglich. ...*
- *Die jetzt gerade verabschiedete »Rente mit 67« erleben meine Kollegen besonders in Schichtbetrieben und Bandfertigung geradezu als Krönung einer Kette von Entscheidungen gegen ihre Interessen. ...*
- *Alles wird den Betroffenen treuherzig als Folge von Globalisierung und unabänderlicher wirtschaftlicher Logik verkauft. ... Politik greift nicht korrigierend ein, sondern entscheidet zusätzlich gegen die Leistungsträger in den Betrieben.« ... (Kurier am Sonntag, 29.4.07)*

Kein Wort darüber, dass die jahrzehntelang anhaltende Arbeitslosigkeit von Millionen Menschen schon eine Auswirkung der Produktivitätssteigerung ist. Durch deren Druck werden die Lohnabhängigen in prekäre Arbeitsverhältnisse gezwungen.

Bei der Globalisierung der kapitalistischen Produktionsweise ist jede Einzelbelegschaft – bleibt sie isoliert – der Erpressung durch das Unternehmen ausgeliefert. Fehlt eine gewerkschaftliche und politische Alternative, so folgt die Mehrheit der Belegschaften dem Konkurrenzdenken der Unternehmer. Was bleibt ihnen anderes übrig?

Die Stärkung des eigenen Standortes, also der Konkurrenz unter Belegschaften verschiedener Firmen, ist in NRW schon offizielles Programm der IG Metall. Bezirksleiter Wetzel fordert die Belegschaften mit dem Slogan *»besser statt billiger«* dazu auf. Das heißt Unterordnung unter die Interessen des Unternehmers. Welche Aufgabe hat dann noch eine Gewerkschaft, die doch gegründet worden ist, um die Konkurrenz unter den Arbeitern aufzuheben? Stark sein können die Lohnabhängigen nur durch die Solidarität über die Grenzen des Einzelbetriebes, letztlich auch über die Grenzen der Staaten hinweg. Und, wenn ein gemeinsamer politischer Wille sie eint, wie es Karl Marx ausdrückte.

Während Achim Heier die Interessen der Belegschaft mit Tarifverträgen sichern will, rühmen sich Gewerkschaftsführer der Flexibilität ihrer Tarifverträge: Durch das Nachgeben der Gewerkschaften gegenüber den Unternehmerverbänden wurden die Flächentarifverträge so durchlöchert, dass ihr Schutzcharakter in Frage gestellt ist. Die vielen Öffnungsklauseln ermöglichen es den Unternehmern, soziale Standards zu senken.

Antrag auf Arbeitszeitverkürzung

Für den IGM-Gewerkschaftstag hat der Vertrauenskörper von Arcelor einen Antrag zur 30-Stunden-Woche gestellt. Viele Anträge wandern in den Papierkorb. Doch eine breite Diskussion der schriftlichen Begründung des Antrags würde der Belegschaft politisch weiterhelfen. Denn möglichst viele Kolleginnen und Kollegen sollten sich damit auseinandersetzen, wie wir den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit aufneh-

men können. Dabei wird automatisch thematisiert: Jeder Arbeitsplatzabbau führt zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit.

Ökonomisch sind die Kapitaleigner im Kapitalismus immer die Stärkeren. Deshalb ist es wichtig, den Kollegen die gegensätzlichen Interessen von Kapital und Arbeit bei allen Fragen ins Bewusstsein zu heben und ihnen damit zu helfen, sich auf ihre Stärke – das solidarische Handeln für ihre Klasseninteressen – zu besinnen.

Kollege Reinken sieht, wie stark die Belegschaften, die ganze lohnabhängige Bevölkerung, durch die Politik von Regierung und Kapital in Bedrängnis geraten. Die über allen schwebende Drohung, in ein prekäres Arbeitsverhältnis gedrückt oder arbeitslos zu werden, schwächt die Kampfkraft der Belegschaften – auch in der alltäglichen Auseinandersetzung (z.B. um TPM). Dieter Reinken bleibt beim Jammern und Achim Heiers Abwehrstrategie zur Verteidigung der Arbeiterinteressen bei Arcelor-Mittal kann erst wirksam werden, wenn Kampfkraft in der Belegschaft entsteht. Das wird erschwert, wenn der IGM-Funktionärskörper auf der Hütte die »Sicherung der Arbeitsplätze« als eine gemeinsame Aufgabe mit der Unternehmensführung begreift.

Zudem sind im Kapitalismus alle Erfolge der Lohnabhängigen vorübergehend, wie Otto Bauer schon die Klassenkämpfe nach dem 1. Weltkrieg auswertete: *»Hat die Arbeiterklasse den Unternehmern den Achtstundentag aufgezwungen, so antwortet die Unternehmerklasse mit dem Zwang zur Intensivierung der Arbeit. Setzt das Selbstbewusstsein der Arbeiterklasse den alten, demütigenden Antreiberverfahren verstärkten Widerstand entgegen, so antwortet die Unternehmerklasse, indem sie die Antreibermethoden differenziert.«* (aus dem Buch des Austromarxisten Otto Bauer, *Rationalisierung – Fehlrationalisierung*, erschienen 1931. Otto Bauer war führender Kopf der Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs, die auf ihrem Linzer Parteitag 1926 das von ihm mit erarbeitete Programm beschloss.) Jede Lohnerhöhung wird also stets von den Unternehmern mit dem Bestreben beantwortet werden, sich durch erhöhte Aussaugung der menschlichen Arbeitskraft schadlos zu halten.

Dieter Reinken beklagt in seinem Zeitungskommentar die Rente mit 67. Sie ist ein politischer Angriff auf den sozialen Standard der Lohnabhängigen. Als die Mobilisierung der Kollegen anstand, war Reinken passiv, schwieg in der Delegiertenversammlung der Bremer IG Metall. Auch bei Arcelor-Mittal wurden deshalb nur einzelne Vertrauensleute aktiv. Reinken nutzte nicht die durch den Hauptvorstand ermöglichte Gelegenheit, mit einer frühzeitigen offenen Diskussion in der Mitgliedschaft eine breite Mobilisierung zu organisieren, mit dem Ziel eines massenhaften politischen Protestes. Der Politische Kampf muss heute den herkömmlichen gewerkschaftlichen Kampf begleiten. Mit Tarifverträgen alleine werden die Interessen der Lohnabhängigen nicht mehr gesichert. Durch die Passivität ihrer Führung verlieren die Gewerkschaftsmitglieder weiteres Vertrauen in ihre Gewerkschaft.

Genossen der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik ■



■ DAIMLERCHRYSLER IN BERLIN-MARIENFELDE

Der Versuch, Kritiker aus der IG Metall zu drängen

Seit mehreren Wochen treffen sich an jedem Mittwoch nach Schichtende um 14.00 Uhr bis zu 100 Kolleginnen und Kollegen von DaimlerCrysler in Berlin-Marienfelde vor dem Werkstor. Sie wollen ihren Protest gegen die Abgruppierung, die mit der Einführung des Entgelt Rahmen Tarifvertrages (ERA) verbunden ist, öffentlich machen. Hintergrund bildet die Weigerung der Betriebsratsspitze, den vorhandenen Unmut aufzunehmen (siehe Protestschreiben der IVG).

Die in die Kritik geratenen Betriebsräte versuchen stattdessen, die Sprecher des Unmuts zu isolieren. Sie forderten diese zur Niederlegung ihrer Betriebsrats- und Gewerkschaftsfunktionen auf. Rückendeckung erhalten sie dabei von der zuständigen Sekretärin für DC und Mitgliedern aus der Ortsverwaltung der IGM Berlin. Der Spielraum, den die Unternehmer sozialpartnerschaftlich agierenden Betriebsräten und Gewerkschaftsvorständen zugestehen, ist mittlerweile so eng, dass diese für die Kolleginnen und Kollegen

nichts mehr rausholen können. Stattdessen versuchen sie mit Maulkorbberlassen und administrativen Maßnahmen (Vorwurf des gewerkschaftsschädigenden Verhaltens) die Kritiker zum Schweigen zu bringen.

Eigenständige Aktivitäten, die sich der Kontrolle durch die Gewerkschaftsinstanzen und Betriebsratsspitzen entziehen, hofft man so unterbinden zu können. Schon zum Ende des Streiks beim Bosch Siemens Hausgerätewerk hatte man dem Vertrauenskörperleiter mit einem Untersuchungsverfahren gedroht, sollte die Belegschaft die Auseinandersetzung gegen die Empfehlung der IG Metall weiterführen. »Ein Gastmandat [für den Gewerkschaftstag der IGM] sollte für einen Vertreter von BSH reserviert werden. Als dafür der VK- und Streikleiter Hüsseyin Akyurt vorgeschlagen wurde, kam als schlagendes Gegenargument, dass dieser knapp an einem Ausschlussverfahren vorbei geschrammt sei.« (aus der BSH-Streikdokumentation).

Protestschreiben der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken, beschlossen auf dem 9. IVG-Kongress in Stuttgart am 1. Juli 2007:

- Für gemeinsame Entlohnung von Arbeitern und Angestellten
- Gegen die Absenkung der Löhne und die Aufspaltung von Belegschaften durch ERA
- Gegen den verschärften Angriff der Unternehmer auf unsere Existenzgrundlage
- Für ein anderes gewerkschaftliches Handeln: Demokratisch und solidarisch

Das von der IG Metall 2003 ausgehandelte Entgelt Rahmen Abkommen (ERA) sorgt in vielen Metallbetrieben für Konflikte, da es über kurz oder lang den Unternehmen ermöglicht, eine massive Lohnkürzung vorzunehmen und eine Aufspaltung der Belegschaften bedeutet.

Aus Berichten verschiedener gewerkschaftlicher Strukturen und Betriebsräte wissen wir, dass die Unternehmer ERA

als »Jahrhundertchance« nutzen oder nutzen wollen, und deswegen inzwischen viele KollegInnen ERA mit »Entgeltreduzierungsabkommen« übersetzen. Bei DaimlerChrysler in Berlin-Marienfelde gibt es seit November 2006 Proteste, die Kollegen beschwerten sich beim Betriebsrat über die neuen Eingruppierungen und im Februar forderten über 1.000 Kollegen mit einer Unterschriftenaktion eine außerordentliche Betriebsversammlung zum Thema ERA.

Widerrechtlich hat der Betriebsrat diese verweigert und er erhält dazu auch noch die Unterstützung des Ortsvorstands der IG Metall Berlin. Stattdessen wird den beiden mutigen IG-Metall-Funktionären Mustafa Efe und Martin Franke gewerkschaftsschädigendes Verhalten vorgeworfen, verschiedene Betriebsräte fordern sie zum Rücktritt auf, und es wird ihnen mit Funktionsverbot und Untersuchungsverfahren gedroht. Seit Mai treffen sich nun die Kollegen jeden Mittwoch um 14.00 Uhr trotz massiver Drohungen seitens der Werksleitung vorm Tor, um über die Verschlechterungen durch ERA und wie man dagegen vorgehen kann zu diskutieren.

Auf der ordentlichen Betriebsversammlung am 20. Juni machten sich die Kollegen ordentlich Luft und es gelang nicht einmal dem vom IG Metall Vorstand abgeordneten Kollegen Guggemoss die Situation zu befrieden. Im Gegenteil, es wurde unzweideutig klar: Betriebsrat und IG Metall wollen die Unruhe durch die Disziplinierung und durch Sanktionen gegen die beiden mutigen Betriebsräte und Vertrauensleute Mustafa Efe und Martin Franke ersticken. Und nun kursiert das Gerücht, dass die Werkleitung durch die fristlose Kündigung der beiden die Unruhe endgültig auf die Straße verweisen will.

Wir verlangen von IG Metall und Betriebsrat sich eindeutig auf die Seite der Belegschaft zu stellen. Bei Coperion Stuttgart führte ein 2-tägiger Streik dazu, dass alle Arbeiter bei gleicher Lohnhöhe in ERA überführt werden. Deswegen rufen wir dazu auf, den berechtigten Protest zu koordinieren und gemeinsam Aktionen anzustreben. Eine Form kann sein, ebenfalls jeden Mittwoch um 14:00 Uhr vor dem Werkstor den Protest öffentlichkeitswirksam zu machen. Verbreitet diese Nachrichten in Eurem Lebens- und Arbeitsbereich

und schreibt Protestbriefe. Machen wir die Solidarität praktisch: Protestieren wir lautstark in den betrieblichen und gewerkschaftlichen Strukturen (Bezirksversammlungen, Verwaltungsstellen etc.) gegen das undemokratische Vorgehen der IG Metall.

Protestbriefe an:

Werkleitung Marienfelde von DaimlerChrysler:

Thomas.Uhr@daimlerchrysler.com

Betriebsrat des Werks Marienfelde:

Ute.Hass@daimlerchrysler.com

Ortsvorstand der IG Metall Berlin:

Alte Jakobstr. 149, 10969 Berlin, z.Hd. Arno Hager

Bundsvorstand der IG Metall:

Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt/M

sowie **Solidaritätsbriefe** an den Kollegen Mustafa Efe:

m.ef2006@yahoo.de

Von allen Schreiben bitte eine Kopie an: Vera Musmann, Karl-Kunger-Str. 1, 12435 Berlin, vera_musmann@freenet.de senden

Notwendige Dokumentation erschienen

Jenseits der Rituale vergangener Jahrzehnte gibt es seit 2004 ein Wiederaufflammen von scharfen betrieblichen Auseinandersetzungen: Opel/Bochum (2004), Gate Gourmet/Düsseldorf (½ Jahr Streik), BSH/Berlin, Freudenberg, TRW und etliche andere mehr – und jetzt die Besetzung der Fahrradfabrik Bike Systems in Nordhausen/Thüringen. So sehr sich diese Kämpfe in Charakter und Verlauf unterscheiden, so sehr haben sie eines gemeinsam: ihre **Eigenständigkeit**. Der Handlungsimpetus liegt bei den Belegschaften und nicht beim Gewerkschaftsapparat. Und in einigen Auseinandersetzungen, Opel, Gate Gourmet und BSH gerieten die Belegschaften in harte Konfrontation zu den Gewerkschaftsführungen, die ihrer Rolle als Sozialpartner des Kapitals gerecht werden müssen.

Für Opel/Bochum (*»Sechs Tage der Selbstermächtigung«*) und Gate Gourmet (*»...auf den Geschmack gekommen«*) liegen Bücher vor, jetzt ist auch zu BSH/Berlin eine Dokumentation erschienen: *»Es geht nicht nur um unsere Haut«*. Die BSH-Belegschaft hatte 21 Tage gestreikt und in dieser Zeit einen Solidaritätsmarsch nach München zur Siemens-Zentrale organisiert. Diese Aktion war politisch etwas Neues. Eine Gruppe der Belegschaft lief viele Produktionsstandorte und Städte an, um Kontakt zu suchen, Solidarität einzufordern und aufmerksam zu machen. Der Höhepunkt sollte der Besuch der Siemens-Zentrale sein.

Das war der Bosch-Siemens-Konzernleitung zu brisant, besonders da von anderen Konzernteilen wie BenQ Delegationen nach München unterwegs waren. Um diese heikle Situation zu verhindern, wandte sich Siemens-Vorstand Jürgen Radomski an Berthold Huber (Vize-Chef IGM). Huber pfeift den von der IGM bezahlten Bus zurück, der kurz vor München steht. Radomski gesteht die Aussetzung der Schließung von BSH/Berlin zu: von 616 Arbeitsplätzen bleiben 400 erhalten, die jährlich 8,6 Mill. Euro Einsparung erarbeiten sollen. In der Urabstimmung in Berlin sind dann 67 Prozent für eine Fortführung des Streiks, laut Satzung hätten mindestens 75 Prozent für eine Fortführung des Streikstim-

men müssen. Die Wut ist riesengroß, so daß in diesen Stunden eine Besetzung des Werkes in der Luft lag.

In der Dokumentation wird akribisch und anschaulich geschildert, wie es mit tatkräftiger Unterstützung des Gewerkschaftsapparates zum Anlaufen des Streiks kam und wie zu eben diesem Apparat in den täglichen Aktionen die unvereinbaren Gegensätze entstanden. Wenn wir aus bisherigen Auseinandersetzungen für die Zukunft lernen wollen, brauchen wir die Aufarbeitung in Büchern, Dokumentationen und Filmen. Unsere Aufgabe ist aber nicht nur, die Kämpfe zu analysieren sondern zukünftig auch organisiert zu unterstützen. Dafür sind die drei Publikationen Pflichtlektüre. *Die BSH-Dokumentation ist gegen Voreinsendung von 5 EUR zu beziehen über die Vertriebsadresse der »Arbeiterpolitik« (siehe Seite 2)*





Zur Diskussion um ein »Grundeinkommen«

Schon in den achtziger Jahren wurde über ein Grundeinkommen diskutiert, und seitdem erschien dieses Thema immer wieder auf der politischen Agenda derjenigen Strömungen in der linken Szene, die sich mit den von Lohn- und sonstiger Erwerbsarbeit Ausgegrenzten befassen. Die »Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen« (BAG-SHI) z.B. widmete dieser Forderung eine ganze Bundestagung im Mai 1998 und fasste einen detaillierten Beschluss zur Ausgestaltung eines Existenzgeldes.

Es folgten weitere Kongresse und Diskussionsbeiträge, verstärkt durch die Auseinandersetzung mit der Hartz-Gesetzgebung der SPD-/Grüne-Koalition 2004. Die Gründe für diese Bemühungen, die zu inzwischen sehr kontroversen Positionen führten, liegen auf der Hand: Immer intensiver wird bewusst, dass die Erwerbslosigkeit sich zu dauerhafter Ausgrenzung eines wachsenden Teils der Bevölkerung verfestigt; dennoch wird gleichzeitig der Abbau von Lohnersatz- und anderen Sozialleistungen vorangetrieben. Um die drohende gesellschaftliche Desintegration beherrschbar zu halten, verschärft der Staat zudem seine Sanktionsmechanismen und Kontrollapparate.

Der Widerstand gegen soziale Ausgrenzung hat viele Facetten. Grundlegend ist die Frage, wie menschliche Existenz – individuell und gesellschaftlich – gesichert werden kann. Die Bedingungen, unter denen das notwendige Einkommen erwirtschaftet wird, bestimmen wesentlich mit über die Ausgestaltung des Zusammenlebens und der individuellen Entfaltungsmöglichkeiten. »Von Arbeit muss man leben können – und ohne Arbeit auch«, ist eine in diesem Zusammenhang gern gebrauchte Verallgemeinerung. Die Positionen gehen mittlerweile jedoch recht weit auseinander, wenn es um konkrete Forderungen oder gar Modelle geht.

Die Gewerkschaften setzen weiterhin auf Tariflöhne für die Beschäftigten, die im Sinne des Lohnabstandgebotes deutlich über Lohnersatzleistungen zu liegen haben. In ihrem Mindestlohn-Konzept fehlt daher eine Forderung nach Erhöhung der Sozialleistungen für Erwerbslose. Auf der anderen Seite stehen Positionen im Bereich der nichtgewerkschaftlichen Sozialinitiativen, denen der Zusammenhang von Lohnarbeit und Transferleistungen ihrerseits gleichgültig zu sein scheint. Diesem grundlegenden Mangel versuchen antikapitalistische Linke mit Überlegungen zu

begegnen, die das gemeinsame Klasseninteresse der Lohnabhängigen – beschäftigt oder nicht – gegen das Kapital in den Mittelpunkt stellen. Aber sogar einige Vertreter der Unternehmerschaft haben ein spezifisches Interesse an Grundsicherung für alle formuliert, weil sie meinen, mit geeigneten Modellen die Existenz und Produktivität des Kapitalismus in der BRD langfristig sozialfriedlich absichern zu können. Der folgende Artikel versucht in diesen Widersprüchen eine Orientierung zu geben.

Verarmung und Ausgrenzung

Die Verarmung in dieser Gesellschaft und zugleich die soziale Polarisierung zwischen Arm und Reich nimmt immer weiter. Schon jetzt müssen laut WSI (Wirtschafts- und Sozialpolitisches Institut der Gewerkschaften) 20 Prozent der BundesbürgerInnen als arm gelten. Regierungsberichte gehen von deutlich niedrigeren Zahlen aus. Das Statistische Bundesamt nennt für 2005 die Zahl 10,6 Mio. Menschen in Deutschland als armutsgefährdet. Dort wird definiert, dass arm ist, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Pro-Kopf-Einkommens hat (z.B. allein stehende Person: 856 EUR). Für einen realistischeren Armutsbegriff muss man freilich weitere Bedingungen hinzufügen, z.B. den Zugang zu Bildung, zu Mobilität, zum Gesundheitswesen oder die Qualität der Beschäftigungsverhältnisse. Unter diesen Voraussetzungen kommt man zu deutlich höheren Armutszahlen als die Regierenden zugeben wollen. Seit Durchsetzung der Hartz-Gesetze gilt der Verarmungsprozess »an den Rändern der Gesellschaft« schon nahezu als normal.

Inzwischen ist aber auch die bisherige Mittelschicht in immer stärkerem Maße davon bedroht, in die Armut abzugleiten, etwa durch Verlust des Arbeitsplatzes, oder nur noch in einem »prekären Wohlstand« leben zu können. Eine Ursache dafür ist der Abbau der früher »normalen« Vollarbeitsplätze. Seit 1991 ist deren Anteil um 20 Prozent zurückgegangen. Gleichzeitig ist auf der anderen Seite die Zahl der Geringverdienenden mit Teilzeitarbeitsplätzen im gleichen Zeitraum um 80 Prozent gestiegen. Dazu kommt, dass auch Löhne für Vollzeitarbeitsbeschäftigte längst nicht immer ausreichend sind.

Im »Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht« der Bundesregierung vom März 2005 hieß es zutreffend: »Armut und soziale Ausgrenzung sind nicht nur Randphänomene, Ar-

mutrisiken können auch die Mitte der Gesellschaft bedrohen«. Ein Drittel der deutschen Bevölkerung hat inzwischen Angst vor der drohenden Armut. Diese Erscheinung beschreiben inzwischen auch Sozialforscher und Überschuldungsexperten mit ihrer Befürchtung, dass der gesellschaftliche Zusammenhang abbröckele, politisch zu messen an abnehmender Wahlbeteiligung oder der Wahl angeblicher oder wirklicher Extreme des Parteienspektrums.

Die materielle Verarmung hat Folgewirkungen: Die betroffenen Menschen fühlen sich sozial ausgegrenzt, sie merken, dass sie besondere Schwierigkeiten haben. Das ist nicht einfach ein Gefühl, sondern Realität. An vielem, was lange Zeit auch für die Menschen am unteren Ende der sozialen Stufenleiter normal war, können sie nicht mehr teilhaben. Der Besuch eines Fußballspiels wird zum Luxus. Im Alg-II-Regelsatz (345 EUR/Monat) sind für »Freizeitveranstaltungen« pro Monat nur 4,63 EUR vorgesehen. Studien ergeben, dass Arztbesuche von ALG-II-Empfängern infolge der Belastung mit Zuzahlungen und Praxisgebühren abnehmen. Armut fördert Krankheit und vorzeitige Sterblichkeit. Dass lohnarbeitende Eltern ihren Kindern mangels eigener Bildung bei den Schularbeiten wenig helfen können, war bisher schon normal. Aber nun wird es für einen Alg-II-Empfänger sogar unmöglich, ausreichend Schulbücher zu besorgen. Die Kinderarmut selbst hat in letzter Zeit deutlich zugenommen. In Ostdeutschland sind bereits 25 Prozent betroffen. Es gibt Regionen, wo sie inzwischen 30 – 40 Prozent beträgt, allerdings auch im Westen, etwa in einigen Stadtteilen von Hamburg und Bremen.

Wachsende Teile der lohnabhängigen Bevölkerung können von ihrem Erwerbseinkommen allein nicht mehr leben, andere haben immer weniger Aussicht auf Jobs und sind von weiteren Kürzungen ihrer Sozialbezüge bedroht. Hierdurch verschlechtern sich auch die politischen Bedingungen für soziale Kämpfe und solidarisches Verhalten der Lohnarbeitenden und Erwerbslosen. Dies muss die Ausgangslage für die Debatte um Formen der Grundsicherung wie Mindestlohn und Existenzgeld sein.

»Bedingungsloses« Grundeinkommen?

Unter den BefürworterInnen der Idee eines Grundeinkommens ohne Arbeit geht der Streit in erster Linie um die Frage, ob es »bedingungslos« gewährt werden soll. Die Alternative dazu lautet, es an gewisse Auflagen zu binden, wie sie in Sozialsystemen bürgerliche Gesellschaften eben üblich sind. Als »Bedingungen« in diesem Sinne sind zu verstehen: Bedürftigkeitsprüfung (einschließlich der Unterstützung durch Angehörige) und Zumutbarkeitsregelungen für die Vermittlung in Erwerbsarbeit. Selbstverständlich müssen hierzu die Bestimmungen politisch nicht in der Weise akzeptiert werden, in der sie derzeit in SGB III (regelt Arbeitslosengeld I und Arbeitsvermittlung) und SGB II (regelt Arbeitslosengeld II, 1-EUR-Jobs und dgl.) gelten. Diese Regeln sind natürlich dazu da, um ein Auskommen ohne Lohnarbeit im Kapitalismus zu erschweren.

Gerade deshalb fordern AnhängerInnen des »bedingungslosen Grundeinkommens« eben die Befreiung von solchen Beschränkungen. Diese Konzeption von Grundeinkommen lehnt Lohnarbeit und Geld nicht ab, sondern fußt geradezu darauf. Die Art der Produktion, ihre Verteilung, der Markt, die Konsumtion – alles soll bleiben, wie es ist, nur die Verfügung über Geld soll »gerechter« organisiert werden.

Arbeit, Wert und Geld bleiben die wichtigsten Maßstäbe, an denen sich weiterhin alle Individuen messen lassen müssen – nur dass sie es angeblich freiwillig tun oder lassen können. Wer arbeitet, bekommt eben noch seinen Lohn oben drauf. Der kapitalistische Geldkreislauf geht weiter wie bisher, er soll nur optimiert werden, indem alle daran teilhaben. Dies mag besser sein als der jetzt bestehende Zustand, aber es wirft die Frage auf, ob dies eine realistische gesellschaftliche Perspektive sein kann.

Dahinter steckt die Vorstellung der BefürworterInnen, dass Kapitalismus durchaus funktioniert und eine gesunde Kuh ist, die nur richtig gemolken werden muss, damit alle was davon haben. »Geld ist genug da« lautet der – abstrakt richtige – Kernsatz. Aber ob es akzeptabel ist, dass unser Leben vom Geld bestimmt wird, scheint ebenso wenig eine Überlegung wert zu sein wie die Betrachtung darüber, wie es erzeugt und verteilt wird und welche sozialen, ökologischen usw. Folgen diese Produktionsweise hat. Nicht die ökonomischen Zwangsmittel werden kritisiert, sondern der Umstand, dass daran nicht alle partizipieren. Dieser Ansatz hat mit der vorgegebenen, subjektiv wohl auch ernst gemeinten Emanzipation der sozial Schwachen genauso wenig zu tun, wie er die Abschaffung der Armut in der Realität voranbringen kann. Das Interesse des Kapitals an möglichst geringen Lohnkosten lässt sich so nicht aus der Welt schaffen. Dazu gehört in dieser Logik eben auch ein möglichst geringes Niveau sozialer Sicherheit, weil sonst die ökonomische Erpressbarkeit der Lohnarbeitenden abgefedert würde.

Der richtige Gedanke beim Grundeinkommen ist grundsätzlich die Sicherung der materiellen Existenz, der Teilhabe am sozialen Leben und der Repressionsfreiheit bei der Beantragung von Sozialleistungen. Dafür lohnt es sich zu kämpfen, denn jeder soziale Kampf in kapitalistischen Verhältnissen dreht sich um Geld. Beschränkt man sich jedoch auf diese Idee im Hier und Jetzt, ohne die ökonomischen Zwangsmechanismen des Kapitalismus anzugreifen bzw. in Frage zu stellen, so droht dem Existenzgeld lediglich das Schicksal einer weiteren Transferleistung, realistisch betrachtet: eines Armengeldes, das von der heutigen Sozialhilfe/Alg II nicht sehr weit entfernt ist.

Breitflächige Lohnsubvention

Definitionsgemäß würde es für alle Menschen dieser Gesellschaft gelten. Millionen von Lohnabhängigen würden nicht mehr den Lohn vom Unternehmer bekommen, sondern teilweise oder ganz aus Steuermitteln beziehen. Damit aber verwandelt sich das Grundeinkommen in eine massive flächendeckende Lohnsubvention, denn die Unternehmer brauchen diesen Teil der Lohnkosten nicht mehr aus ihrer eigenen Kasse zu bezahlen.

Auf diese Weise drohen das Tarifsystem und die Sozialversicherungen weiter ausgehöhlt zu werden. Die erforderlichen Steuermittel würden überwiegend den Lohnerwerbstätigen abgepresst. Denen gerät der Klassengegner völlig aus dem Blick. Statt den Lohn in Tarifauseinandersetzungen mittels der Gewerkschaften von den Kapitalisten zu erkämpfen bzw. auszuhandeln, gewöhnen sich die Lohnabhängigen an das »Teilen in der Klasse« über die öffentlichen Haushalte. Zum Teil gibt es das ja schon, wenn etwa GewerkschaftsvertreterInnen sich die Forderungen der Unternehmerverbände nach Senkung der immer noch fälschlich so genannten Lohnnebenkosten zu eigen machen, die der Finanzierung unserer



Sozialversicherungen dienen. Dafür wird die Erhöhung der Mehrwertsteuer hingenommen. Durch niedrigere »Arbeitskosten« soll die Konkurrenzfähigkeit hiesiger Unternehmen gefördert werden. Die Unternehmer steigern ihren Profit, aber die Lohnabhängigen, auch die Erwerbslosen, zahlen mit weiterem Sozialabbau und mit Aufschlägen in der Gesundheitsversorgung, weil die Sozialversicherung immer weniger einnimmt.

In ähnlicher Weise läuft das System des »bedingungslosen Grundeinkommens« auf eine Art Volksgemeinschaft hinaus, die sich für die Konkurrenz auf dem Weltmarkt rüstet. Die hierfür nicht mehr benötigten Teile der Bevölkerung werden dauerhaft ausgegrenzt, um die »produktiven« Lohnarbeitenden auf »sozialfriedliche« Weise umso fester an die Standort- und Profitlogik zu binden. Dies schwächt das Klassenbewusstsein (hier: die gemeinsame Interessenlage von Lohnarbeitenden und Erwerbslosen) und die Kampf- und Tariffähigkeit der Beschäftigten; es untergräbt letztlich deren Solidarität mit den Erwerbslosen. Aus diesem Grunde gibt es

auch Vertreter des Unternehmerlagers, die ein »bedingungsloses« Grundeinkommen propagieren (besonders bekannt: der Drogeriekettenbesitzer Götz Werner, die FDP und schon 1972 Kurt Biedenkopf, CDU).

Kampf für reale Verbesserungen

Es kommt hier zunächst darauf an, die Lage der Erwerbslosen durch eigenständige, bedarfsdeckende Grundsicherung zu erleichtern und ihnen gegen individuelle Repression, Missbrauch als Lohndrücker und Streikbrecher wider Willen etc. den Rücken zu stärken. Für ein Grundeinkommen sehen wir die Notwendigkeit im Interesse aller Lohnabhängigen besonders aus zwei Gründen:

1. Stärkung des Widerstandes gegen Sozialabbau und Verschärfung der Ausbeutung (z.B. 1-EUR-Jobs, welche konsequenterweise abzuschaffen wären);
2. die Unfähigkeit des Kapitals, Vollbeschäftigung wiederherzustellen – anders ausgedrückt, die dauerhafte Ausgrenzung von Menschen aus dem Erwerbsleben, die nicht einfach hingenommen werden kann.

Eine Grundsicherung erscheint zur Belebung der Konfliktfähigkeit von Gewerkschaften und sozialen Initiativen notwendig, sinnvoll am besten in der Unterstützung der von erheblichen Teilen der sozialen Bewegung (z.B. am 21. Oktober 2006) getragenen Forderung: Erhöhung des Alg-II-Regelsatzes auf 500 EUR, verbunden mit der Beseitigung von Repressionen und Schikanen der Hartz-IV-Behörden gegen Erwerbslose (aber nicht als »bedingungsloses Grundeinkommen«). In diesen Zusammenhang gehören dann auch der allgemein verbindliche, einheitliche und existenzsichernde Mindestlohn (10 EUR) und die Verkürzung der Arbeitszeit auf 30 Stunden pro Woche. Dieses Forderungspaket übersteigt die derzeit vorhandene Kampfkraft, zeigt aber eine politische Perspektive auf, die das halbherzige und zersplitterte Tarifgeschäft der Gewerkschaften für ihre Mitglieder kaum noch zu bieten hat.

13.5.2007 ■



**Solidarität:
G8-Repression
blockieren!**

Rote Hilfe e.V.
Konto 191 100 462
BLZ 440 100 46
Postbank Dortmund
Stichwort: G8-Gipfel

Solidarisieren - Spenden - Beitreten



Rote Hilfe e.V.
Bundesvorstand
Postfach 3255
37022 Göttingen

bundesvorstand@rote-hilfe.de
Telefon: 0551 - 770 8008
Fax: 0551 - 770 8009

www.rote-hilfe.de



■ EINDRÜCKE VON EINEM BESUCH IN ISRAEL

Arbeitslosigkeit und Migration

Mauer in Jerusalem. Bewohner des Vorortes Abu Dis, der unmittelbar »hinter dieser Mauer liegt, können nur noch über einen Checkpoint in die Stadt einreisen.

Ende April 2007 hatte das Workers Advice Center (WAC), eine gewerkschaftliche Vereinigung jüdischer und arabischer Israelis zu einer Delegationsreise eingeladen: Die Situation der Beschäftigten in der israelischen Landwirtschaft wollte die WAC ihren ausländischen Gästen zeigen. Gewerkschafter aus den USA, Spanien, Thailand, Deutschland und den besetzten palästinensischen Gebieten nahmen als Delegierte an der Rundreise teil. Es war die zweite Reise dieser Art. Die erste hatte 2004 stattgefunden und sich mit den Arbeitsverhältnissen im israelischen Bauwesen beschäftigt.

Im Zentrum der Konferenz 2007 standen die Arbeitsverhältnisse und Entlohnungsbedingungen der nicht-jüdischen Beschäftigten auf den Farmen in Israel. Da aber deren soziale Situation nicht losgelöst von den Lebensverhältnissen der palästinensischen ArbeiterInnen in den besetzten Gebieten betrachtet werden kann, spielte auch die Auseinandersetzung mit deren Lage eine wichtige Rolle.

Umfangreiches Programm

Die Organisatoren hatten die Konferenz gut vorbereitet. Die Delegierten bekamen so einen tiefen Einblick in die israelische wie die palästinensische Gesellschaft, der ihnen erlaubte, die komplizierten Verhältnisse der Region ein Stück weit besser als bisher zu verstehen.

Die Delegierten hörten während der achttägigen Reise mehrere Referate zur Situation der Beschäftigten in Israel, wobei der Schwerpunkt jeweils die Lage in der Landwirtschaft war. Sie sprachen mit Vertretern zweier Ministerien (Landwirtschaft, Industrie, Arbeit und Handel) und debattierten mit dem Vorsitzenden des Knessetausschusses für Migration. Ferner bekamen sie von Vertretern verschiedener NGOs Hintergrundinformationen zur Lage der Arbeitsmigranten in Israel. Sie hörten Vorträge über die wirtschaftliche Entwicklung Israels, das in den letzten Jahren zu einem Musterland neoliberaler Strategen geworden ist, und über die geschichtliche Entwicklung der Region und die Etappen

der Landnahme Israels, das war wichtiges Hintergrundwissen für die Kontakte und Besichtigungen.

Während des Besuches auf einer israelischen Farm konnten die Tagungsteilnehmer mit dem Eigentümer des Betriebes und den bei ihm beschäftigten jüdischen, thailändischen und arabischen ArbeiterInnen sprechen. Letztere sind beim WAC organisiert. Bei dem Botschafter Thailands informierten sich die Delegierten über dessen Aktivitäten zur Verbesserung der sozialen und ökonomischen Situation seiner in Israel beschäftigten Landsleute. Mit Funktionären der Gewerkschaft Histadrut sprachen sie über deren Arbeit in der Agrarwirtschaft.

Im WAC Center der arabischen Stadt Kufr Kara erfuhren die Delegierten etwas über die Frauenkooperative Syndyanna und erhielten in der anschließenden Diskussion interessante Informationen über die Arbeits- und Einkommenssituation der arabischen Familien in Israel. In Jerusalem bekamen die Tagungsteilnehmer Anschauungsunterricht über die Folgen des Mauerbaus, die vom Staat forcierte Zerstörung von Häusern im arabischen Teil der Stadt und die offensive Siedlungspolitik. Im Jerusalemer Vorort Abu Dis wie auch in Ramallah und Nablus sprachen sie mit palästinensischen Gewerkschaftern und nahmen am Ende des Kongresses an der einzigen Maidemonstration Israels in Tel Aviv teil.

Die wichtigsten Ergebnisse und Eindrücke der Reise sollen hier kurz dargestellt werden.

Zur Lage der Beschäftigten in der Landwirtschaft Israels

Während des Golfkrieges 1991 und dann wieder im April 1993 riegelte Israel die besetzten Gebiete vollständig ab. Die Regierung rechtfertigt ihr Vorgehen mit der Behauptung, die Sicherheit Israels sei gefährdet. In einigen Bereichen der Wirtschaft kam es daraufhin zu einem Mangel an Arbeits-

kräften, besonders in der Landwirtschaft und im Bauwesen. Die Regierung deckte diesen Bedarf, indem sie ohne Plan und Kontrolle Migranten ins Land holte. 2001 hatte die Zahl der Migranten die 300.000 Marke erreicht. Das waren 12,5 Prozent der gesamten Arbeiterschaft Israels. In anderen industrialisierten Ländern des Westens beträgt der Anteil knapp die Hälfte. Heute sind in der israelischen Landwirtschaft etwa 26.000 Migranten beschäftigt, im Bauwesen sind es 10.000, ebenso viele in der Tourismusbranche und etwa 44.000 in der Hauspflege.

In den Agrarbetrieben Israels werden vornehmlich Arbeitskräfte aus Thailand eingesetzt. Sie bekommen bei Vertragsabschluss eine Arbeitsgenehmigung für fünf Jahre. Um an dieses begehrte Dokument zu kommen, müssen sie an den thailändischen Arbeitsvermittler bis zu 10.000 Dollar Provision zahlen. Dieser behält davon nach Einschätzung des thailändischen Botschafters etwa 30 Prozent, bezahlt den Flug und die Visa-Gebühren. Der Rest geht an den israelischen Arbeitsvermittler sowie an den Farmer, der die Arbeitserlaubnis besorgt hat. In Israel wird die Gewichtung umgekehrt gesehen.

Da die bitterarmen Thailänder das Geld für die Arbeitserlaubnis nicht haben, müssen sie es sich entweder auf dem schwarzen Markt besorgen (hier sind etwa 5 Prozent Zinsen pro Monat zu zahlen) oder aber, sofern sie Grund und Boden besitzen, ihr kleines Stück Land bei Banken als Sicherheit verpfänden. Wegen der hohen Schulden sind die thailändischen Arbeiter leicht erpressbar. Sie haben panische Angst, ihre Arbeitsstelle zu verlieren und so ihre Familie in den finanziellen Ruin zu stürzen. Die Farmer nutzen diese Abhängigkeit aus. Sie zahlen den Migranten nur knapp 60 Prozent des Mindestlohnes und übergeben den verbliebenen Betrag oft verspätet, manchmal erst nach mehreren Monaten; sie unterschlagen Überstunden, verlängern nahezu beliebigen Arbeitstag, vermieten die bei ihnen Beschäftigten in Zeiten geringen Arbeitsanfalls an andere Unternehmer, kassieren ihre Pässe und versuchen sowohl beim Gesundheitsschutz wie bei den Unterkunftsbedingungen legitime Ansprüche der Arbeitsmigranten zu unterlaufen.

Auch wenn für die thailändischen Beschäftigten formal die gleichen Rechte gelten wie für die israelischen Arbeitskräfte, so können sie diese kaum in Anspruch nehmen. Sie sprechen die Sprache des Landes nur unzulänglich und haben kein Geld, in die Städte zu fahren, um sich bei Rechtsanwälten beraten zu lassen. Außerdem würde jede längere Abwesenheit von den Farmern schnell bemerkt werden. Die Migranten fürchten, dass eine öffentliche Beschwerde oder gar ein Gerichtsverfahren sie den Arbeitsplatz kostet. Denn ihre Arbeitserlaubnis ist fest an einen Arbeitgeber gekoppelt. Verlieren sie ihre Stelle, ohne dass ein anderer Farmer sie anstellt, sind sie »illegal« im Lande und können leicht in ihr Heimatland abgeschoben werden. WAC bezeichnet diesen Zustand zu Recht als moderne Sklaverei.

Eine Änderung der faktischen Rechtlosigkeit der Arbeitsmigranten wird nach Auffassung von WAC nur möglich sein, wenn insbesondere die Unternehmen, die Arbeitskräfte vermitteln, verpflichtet werden, den LandarbeiterInnen die vollen sozialen Rechte zu gewähren. Dies wird nur gelingen, wenn dieser Prozess unter der Kontrolle von gewerkschaftlichen Organisationen stattfindet.

Grundsätzlich muss, so heißt es in der abschließenden Resolution der Teilnehmer, den arabischen Arbeitskräften



Arabische LandarbeiterInnen bei der Avocado-Ernte. Die Früchte werden nach Europa exportiert.

wieder uneingeschränkter Zugang zu den Arbeitsstellen in der Landwirtschaft gewährt werden. Derzeit sind sie nur befristet auf den Farmen beschäftigt. Sie werden nur eingestellt, wenn der einzelne Farmer nicht genügend thailändische Arbeitskräfte vom Staat zugewiesen bekommen hat oder wenn saisonale Spitzen, wie sie während der Erntezeit bestehen, abgedeckt werden müssen. WAC versucht, diese Arbeitskräfte zu organisieren.

Gewerkschaftliche Organisation durch WAC

Die Arbeit des WAC beschränkt sich nicht darauf, freie Stellen mit arabischen ArbeiterInnen besetzen zu wollen. Es knüpft die Vermittlung von Arbeitskräften an elementare rechtliche Bedingungen. So müssen die Farmer den Mindestlohn zahlen (er liegt umgerechnet bei etwa 4,00 EUR), die gesetzliche Überstundenvergütung entrichten, bestehende Tarifverträge anerkennen und sonstige rechtliche Regelungen, die in Israel nur in geringem Maße bestehen, beachten.

Die Farmer haben zwar zusätzliche Kosten, wenn sie bei WAC organisierte ArbeiterInnen einstellen. Doch sie haben den Vorteil, hoch motivierte Arbeitskräfte zu bekommen, die pünktlich ihre Arbeit antreten, Interesse an ihrem Job haben und zuverlässig arbeiten. Sie sind engagiert, weil sie den Lohn erhalten, den der Farmer auszahlt. Ihre nicht bei WAC organisierten KollegInnen bekommen nur einen Teil des Gehaltes. Die Differenz behält ihr Vermittler. In der israelischen Landwirtschaft ist es nicht üblich, dass Beschäftigte auf der Grundlage von Einzelarbeitsverträgen angestellt werden. Die Farmer beauftragen einen Subunternehmer, zu einem Festpreis eine bestimmte Arbeit zu verrichten, etwa die Früchte der Avocado-Bäume zu ernten. Letzterer organisiert für diesen Auftrag Arbeitskräfte. Deren Lohn hängt u. a. davon ab, ob der Subunternehmer die Arbeit gut organisiert und eine vernünftigen Preis ausgehandelt hat. Häufig schwankt der Lohn der Beschäftigten von Monat zu Monat. Deshalb kommt es immer wieder zu Konflikten mit den Vermittlern. Unter diesen Bedingungen ist es verständlich, dass das Interesse der FarmerarbeiterInnen an ihrer Arbeit nicht sonderlich groß ist.

Teile der israelischen Gesellschaft, denen diese Zustände bisher gleichgültig waren, zeigen sich mittlerweile aufge-



Schwerbewaffnete Soldaten kontrollieren die Ein- und Ausreise aus der palästinensischen Stadt Nablus. Sie ist vollständig vom Umland abgeriegelt. Jeder, der die Stadt verlassen oder besuchen will, wird streng kontrolliert.



Werbeplakat für ein Siedlungsprojekt am Stadtrand von Jerusalem

schlossen gegenüber einer Änderung der Beschäftigungssituation in der Landwirtschaft. Wie die Delegierten in ihren Gesprächen erfahren konnten, reicht die Liste derjenigen, die den einheimischen ArbeiterInnen in der Landwirtschaft Vorrang geben wollen, bis in einzelne Ministerien. Zur Begründung ihrer Auffassung führen sie allein ökonomische Erwägungen an. Eine Beendigung der Arbeitsmigration oder doch wenigstens ihre Begrenzung hätte den Vorteil, dass der Staat Sozialhilfe und sonstige Leistungen sparen würde und Kaufkraft im Land bliebe. Auch könnte der Staat sich so vor der zunehmenden Schwarzarbeit von Arbeitsmigranten schützen: Auf einen Beschäftigten mit Arbeitserlaubnis kommt derzeit einer, der ohne Papiere arbeitet.

In der Landwirtschaft sind diese Argumente bisher nicht auf fruchtbaren Boden gefallen. Nicht zuletzt durch die konzentrierte Lobbyarbeit der Farmer und der Zeitarbeitsfirmen, die an der Vermittlung und Ausbeutung der Arbeitsmigranten gut verdienen, ist deren Zahl im April 2007 sogar noch um 3.000 aufgestockt worden. Lediglich im Bau- und Tourismussektor hat es in den letzten Jahren einen Rückgang des Einsatzes von ausländischen Arbeitskräften gegeben.

Zur Lage in der Westbank

Während der arabische Teil der Bevölkerung Israels noch Anspruch auf staatliche Unterstützung bei Arbeitslosigkeit besitzt, erhalten die Bewohner der Westbank und des Gaza-Streifens im Falle der Arbeitslosigkeit nahezu nichts. Die palästinensische Autonomiebehörde hat kaum Einnahmen. Zuwendungen aus dem Ausland resp. den USA und Europa sind nach dem Sieg der Hamas bei den letzten Wahlen weitgehend gestrichen worden. Und die wenigen Beträge, die aus diesen Quellen noch ins Land fließen, gehen an diejenigen, die den Geldgebern politisch nahe stehen.

Jahrzehntelang haben viele Palästinenser ihre kärgliche Existenz mit Jobs in Jerusalem oder anderen grenznahen Gebieten aufgebessert. Mit dem Bau der Mauer Anfang 2000 und der Errichtung eines unerbittlichen Kontrollsystems an den Checkpoints wurden quasi von Heute auf Morgen mehrere zehntausend Palästinenser aus den umliegenden Städten und Dörfern arbeitslos. Arbeit in Israel ist kaum noch zu bekommen und wenn, dann nur unter entwürdigenden Bedingungen. Die israelischen Unternehmen in den Siedlun-

gen der Westbank, aber auch die palästinensischen Unternehmer, nutzen dies brutal aus. Sie versuchen die eh schon miserablen Arbeitsbedingungen weiter zu verschlechtern und die Löhne noch abzusenken.

Die Arbeitgeber in den Siedlungen agieren dabei in einem rechtsfreien Raum: Israelisches Arbeitsrecht gilt formell in den besetzten Gebieten nicht und in der Westbank geltendes Recht ist von den Beschäftigten und den Gewerkschaften nicht durchsetzbar, weil die Arbeitgeber israelische Staatsbürger sind.

Fatah und Hamas haben bisher die Lage der Palästinenser im Gaza-Streifen und in der Westbank nicht verbessern können. Beiden ist gemein, dass ihre politischen Vorstellungen über eine nationalistische Perspektive nicht hinausreichen. Denn allein die Gründung eines Staates, so sie denn überhaupt möglich sein wird, wird die zentralen Probleme der palästinensischen ArbeiterInnen nicht lösen können, wenn sie nicht mit einer grundlegenden Änderung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse verbunden ist.

Eine Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in den besetzten Gebieten wird aber nicht durchführbar sein, wenn nicht auch in Israel eine Kraft wächst, die einen solchen Prozess aktiv unterstützt. Insofern kann die von einem Teil der arabischen ArbeiterInnen Israels und Palästinas erhobene Forderung nach einem diskriminierungsfreien Zugang zu den Arbeitsplätzen in Israel ein erster Schritt sein, um die tiefe Spaltung der Arbeiterklasse der Region zu überwinden.

In diesen Kampf um kollektive Arbeitsrechte können perspektivisch auch die nicht-arabischen ArbeiterInnen Israels einbezogen werden. Sie haben in den letzten zwanzig Jahren durch die Umstellung der Arbeitsbeziehungen von tarifvertraglich abgesicherten zu einzelvertraglichen Regelungen nahezu alle Schutzrechte verloren, die der Willkür der Unternehmer Schranken setzen. Objektiv haben sie den gleichen Gegner wie die arabischen ArbeiterInnen. Bis sie sich allerdings in diese Auseinandersetzung einschalten, müssen auch sie noch ihre religiösen und nationalistischen Überzeugungen abstreifen, die verhindern, dass sie sich als Teil der Arbeiterklasse begreifen.

Kriegsdienstverweigerer in Israel

»Eine reguläre Armee, so stark sie auch ist, kann keine Guerillakämpfer niederringen, die von einer verzweifelten Bevölkerung unterstützt werden. Ganz im Gegenteil: Umso stärker die Armee ist, umso geringer sind ihre Chancen. Sie kann Dutzende und Hunderte töten, ganze Viertel zerstören, große Mengen von Menschen aus ihren Häusern vertreiben – all das wird nichts helfen. Ein Guerillakrieg kann nur durch einen Kompromiss und eine friedliche Lösung beigelegt werden.« (Uri Avnery)

Diese Erkenntnis von Uri Avnery teilt nur eine kleine Minderheit jüdischer Israelis, der Mehrheit erscheint das Militär als Garant für die Sicherheit und den Zusammenhalt der jüdischen Gemeinschaft: Die zionistische Staatspropaganda, dass Israel als »Zufluchtsort aller Juden« umgeben ist von Feinden und ohne permanente »Wehrhaftigkeit« dem Untergang geweiht sei, fällt immer noch auf fruchtbaren Boden. Die Armee stellt sozusagen das Herz des Staates Israels dar: Hier wird die kulturell und sozial zerrissene, polarisierte Gesellschaft zusammengeschweißt, hier wird der Jugend das Feindbild von den terroristischen Palästinensern eingetrichtert und die »Belagerungsmentalität« gefestigt. Jedes militärische Massaker israelischer Soldaten an der palästinensischen Zivilbevölkerung ist in den offiziellen Verlautbarungen eine Defensivmaßnahme, jeder militärische Überfall auf die Nachbarländer ein Vergeltungsschlag, jede Drangsalierung und Demütigung palästinensischer Zivilisten ein notwendiger Schutz vor Attentätern. Diese Haltung durchzieht die Geschichte Israels seit der Staatsgründung und ist noch heute aktuell. Um die territoriale Ausdehnung zu begründen mussten alle moralischen Schranken überwunden werden und war jedes Mittel recht. Schon Moshe Dayan, »Kriegsheld« und Verteidigungsminister von 1967 bis 1974, kennzeichnete diese »Aktionen« als »Lebensnerv: »Sie...helfen uns in der Bevölkerung und Armee eine hohe Spannung aufrechtzuerhalten Um junge Männer in den Negev zu bringen, müssen wir hinausschreien, dass er in Gefahr ist.« (zit. n. d. Tagebüchern v. Moshe Sharett, 26.5.55, S.1021. Besprechung in der Beilage zur ARPO, Nr. 2/Juni 98)

Umso größeren Respekt und Unterstützung verdienen diejenigen Friedensinitiativen in Israel, die nicht nur Kriegsdienstverweigerer aktiv unterstützen, sondern auch mit großem persönlichem Mut im wahrsten Sinne des Wortes Mauern und Checkpoints überwinden, um sich an die Seite von Palästinensern zu stellen, die gegen ihre Enteignung und Vertreibung durch das Militär kämpfen. Diese Gruppen, die grundsätzliche Kritik am Zionismus, an der Besatzungs- und Vertreibungspolitik des israelischen Staates üben, stellen heute eine gesellschaftliche Minderheit dar und werden außerhalb Israels kaum wahrgenommen.

Die nach dem ersten Libanonkrieg erstarkte Friedensbewegung – hier bekannt unter dem Namen »Peace Now« – ist kein politischer Faktor mehr. Und die noch vorhandene, geschrumpfte Friedensbewegung ist gespalten – wie auch die Motive den Kriegsdienst zu verweigern vielfältig sind: Während eine linke Minderheit einen ethnisch jüdischen Staat ablehnt und die Auseinandersetzung mit den Palästinensern in der jüdischen Staatsgründung bzw. in der jüdi-

schen Kolonisation arabischer Gebiete sieht, stellt die Mehrheit der »Friedensbewegten« in Israel den Staat und seine andere »Ethnien« ausschließende Verfassung nicht in Frage. Dieser Teil der Friedensbewegung, an dem sich auch viele Kriegsdienstverweigerer orientieren, sieht den Konflikt mit den Palästinensern ausschließlich als Konsequenz der im Jahr 1967 erfolgten israelischen Besatzung des Gazastreifens, der Westbank und Ostjerusalems. Demzufolge verweigern sie vor allem den Dienst in den besetzten Gebieten, da die unrechtmäßige Besatzungspolitik die Sicherheit des Staates Israel gefährde, den es aber grundsätzlich zu verteidigen gelte.

Dieser Grundsatzkonflikt: Ablehnung des zionistischen Staates und Entwicklung einer gemeinsamen Perspektive auf einer neuen gesellschaftlichen Grundlage einerseits und grundsätzliche Unterstützung eines jüdischen Staates, aber in den Grenzen von vor 1967 andererseits bricht in Kriegzeiten immer wieder auf, auch wenn es ansonsten Berührungspunkte und sogar gemeinsames Handeln gibt. Bestes Beispiel ist der jüngste Libanonkrieg: Hier standen Teile der Friedensbewegung mit ihrer ideologischen Rechtfertigung des Krieges als Verteidigungskrieg auf der Seite der israelischen Rechten. Ihre abstruse Begründung: Die Sicherheit Israels sei durch die Angriffe der Hisbollah gefährdet.

Die wohl bekannteste Verweigerungsgruppe mit dieser Zielsetzung kam aus der Armee selbst und damit aus der Mitte der israelischen Gesellschaft. 2003 weigerten sich 27 israelische Piloten Einsätze im Westjordanland und im Gaza zu fliegen und schrieben in einem über die Staatsgrenzen Israels hinaus bekannt gewordenen Brief: »Es ist uns egal, ob wir im Gefängnis sitzen und unsere Freunde verlieren, wir müssen unser Land retten (...). Die andauernde Besetzung verletzt die Sicherheit des Landes in kritischer Art und Weise (...). Wir, für die die israelische Armee und Luftwaffe ein integraler Bestandteil unseres Seins ist und die wir nach wie vor dem Staat Israel dienen, weigern uns, illegale und unmoralische Angriffe der Art auszuführen, wie sie Israel in den besetzten Gebieten durchführt.« Anlass dieser Aktion war der gezielte Abwurf einer Bombe auf das Haus des bekannten Hamas-Mitglieds Salah Schahada, bei dem auch seine Frau und 9 Kinder und Jugendliche getötet wurden. Zwar hatten schon 52 Reservisten im Januar 2002 unter dem Logo des Davidssterns in einem Brief an die Regierung erklärt, dass sie nicht mehr bereit seien das Vorgehen der Armee in den besetzten Gebieten zu tolerieren und über 200 Gymnasiasten hatten sich öffentlich zur Kriegsdienstverweigerung bekannt, aber keine Aktion hatte eine solche öffentliche Diskussion ausgelöst wie die der Piloten. Der ehemalige Präsident Ezer Weizmann sprach von einem »Krebsgeschwür, das man sofort herausschneiden muss, bevor es wächst«.

Er empfahl den Beteiligten »den Schwanz zwischen die Beine zu klemmen und die Luftwaffe so schnell wie möglich zu verlassen«. Alle beteiligten Piloten, die noch aktiv im Militärdienst standen, wurden inzwischen suspendiert und öffentlich als Vaterlandsverräter beschimpft, obwohl sie doch nach ihrem eigenen Verständnis nur die Sicherheit und letztendlich das Überleben Israels im Sinne hatten. Der Hintergrund dieser Entrüstung liegt im Elite-Status der israeli-

schen Luftwaffe begründet – Piloten gelten als »Nationalhelden« mit Vorbildfunktion für die Jugend.

Inzwischen ist das »Krebsgeschwür« weiter gewachsen: Immer mehr junge Wehrpflichtige und vor allem Reservisten entziehen sich dem Kriegsdienst; aber heute nehmen nur Einzelne wegen ihrer grundsätzlichen und öffentlichen Ablehnung der israelischen Militärpolitik Gefängnisstrafen in Kauf.

Im Allgemeinen werden bekennende Verweigerer von den Militärgerichten zunächst zu mehrwöchigen Arreststrafen verurteilt, einer Art »Beugehaft«, die mehrfach wiederholt werden kann. Ist dann der Verweigerer immer noch nicht »einsichtig«, kann eine Verurteilung zu einer mehrjährigen Haftstrafe in einem Militärgefängnis erfolgen.

Bis 2004 war die Verhängung solcher Haftstrafen aus Gründen der Abschreckung übliche Praxis, geworden, während es in den Jahren davor in den meisten Fällen bei Arreststrafen blieb. Danach wurde der Verweigerer wegen Unfähigkeit ausgemustert.

Der Hintergrund für diese Verschärfung stellte die Tatsache dar, dass schon in den 90er Jahren immer mehr Reservisten nicht ihren Dienst antraten, so dass zunehmend fast ausschließlich unerfahrene, junge Wehrpflichtige in den besetzten Gebieten eingesetzt werden mussten. Jetzt aber hatte die Armeeführung ein neues Problem: Etliche dieser jungen Leute, die gerade die Schulbank verlassen hatten, konnten die brutalen Erfahrungen nicht in Einklang bringen mit den Werten der angeblichen israelischen Demokratie, die ihnen in der Schule gepredigt wurden: Als Teil einer Besatzungsarmee bekamen und bekommen sie auch heute den ganzen Hass der palästinensischen Bevölkerung zu spüren, müssen erleben wie Palästinenser an den Checkpoints gedemütigt und drangsaliert, wie ganze Dörfer zerstört und Frauen und Kinder getötet werden. Manch einer dieser Wehrpflichtigen, der aus dieser Erfahrung heraus den weiteren Dienst verweigerte, kehrte dann als Unterstützer der palästinensischen Bevölkerung gegen die Besatzungspolitik zurück. Gerade diese Verweigerungsbewegung unter Schülern und jungen Wehrpflichtigen stellt für die Armeeführung und den israelischen Staat – falls sich diese Bewegung verbreitern sollte – eine Bedrohung dar, die sie durch besonders harte Urteile eindämmen will.

Einen kleinen Einblick in das, was junge Wehrdienstverweigerer bewegt, wenn sie mit dem Alltag der Palästinenser konfrontiert werden, gibt ein offener Brief des damals 20jährigen Daniel Tsal vom 01.04.2004 an den Verteidigungsminister Shaul Mofaz: (.....) *»Als ich vor zwei Jahren den 1. Einberufungsbefehl erhielt, war es ganz klar für mich, dass ich beim IDF (israelische Armee, d. Verf.) dienen würde. Auch wenn ich deutlich viel Kritik gegenüber dem militärischen System hatte, dachte ich nicht daran zu verweigern oder mich vor dem Dienst zu drücken. In meinem Elternhaus wurde ich mit Werten der Gleichheit und Toleranz erzogen. (.....) Aber da ich bis vor einem Jahr keine wirkliche Vorstellung vom Wesen der Besatzung hatte, von ihrer Härte und ihrem Einfluss auf die beiden betroffenen Völker, konnte ich das militärische System nicht als etwas sehen, das direkt mit den Werten kollidiert, die mich meine Eltern lehrten. (...) Ich verstand die Schwere der Handlungen nicht, die mein Land gegenüber dem palästinensischen Volk verübt. Ich verstand nicht, dass die Mehrheit des palästinensischen Volkes nur ein Leben zwischen Checkpoints, Bulldozern, dem Zerstören*

von Bäumen, der Demütigung und dem Töten kennt. Als ich noch das Gymnasium besuchte, sah ich Muhammads Bachris Film »Jenin, Jenin«. Dieser Film hat mich tief bewegt. Er hat mich erschreckt, weil ich verstand, was die israelische Besatzung ausmacht und was sie bedeutet. Doch immer noch glaubte ich, daß ich dem Einsatzbefehl nachkommen würde. Seitdem las ich viel über das Problem, besuchte die besetzten Gebiete viele Male, nahm an freiwilligen Einsätzen von Chalnot teil, einer Organisation, in der israelische und palästinensische Jugendliche zusammenarbeiten und humanitäre Arbeit in den besetzten Gebieten tun. Ich beteiligte mich auch an einigen Ta'ayusch Aktivitäten und war Zeuge bei der Arbeit meiner Mutter beim Checkpoint-Watch. (...) Als ich einen jugendlichen Soldaten, der eben erst sein Abitur hinter sich gebracht hat, beobachtete, wie er mit herablassender Mimik den nächsten herbeiwinkt und ihm zu verstehen gibt, seine Tasche zu öffnen, verstand ich die unhörbare Wahrheit, die Wahrheit der Besatzung: Neunzehnjährige beherrschen eine ganze Bevölkerung, Männer, Frauen und Kinder. Die Verbrechen, von denen man zuweilen hört, dass ein Soldat in dieser oder jener Weise handelt, sind nichts als die unvermeidliche Konsequenz dieser Besatzung. Das schlimmste Verbrechen im Lande ist heute die Beherrschung und Unterdrückung des palästinensischen Volkes durch das israelische Volk. Wenn ein 18 Jahre alter Soldat nach Gutdünken entscheidet, wie und wann er jemanden kontrolliert, wenn dieser 18 jährige seine Waffe gegen eine hilflose Bevölkerung richtet - so ist es dies, was ein wirkliches Verbrechen ausmacht, ein Verbrechen, das vom Staat aus begangen wird - und gegen genau dieses protestiere ich.«(www.arendt-art.de/deutsch/palestina/texte/kriegsdienstverweigerer_daniel_tsal.htm 29.12.06)

Heute sind die weitaus meisten der Kriegsdienstverweigerer jedoch »graue Verweigerer«, die sich nicht politisch bekennen, sondern sich mit Hilfe von psychiatrischen und medizinischen Gutachten vor dem Militärdienst »drücken«. Etliche dieser »grauen Verweigerer« sind Kinder der gesellschaftlichen Elite; sie wollen studieren – am liebsten in den USA – und sehen den Militärdienst als verlorene Zeit an, andere sind russische Einwanderer, die in den 90er Jahren aus wirtschaftlichen Gründen nach Israel gekommen sind und sich sowieso nicht mit dem zionistischen Staatsverständnis identifizieren. Zwischen diesem Teil der Gesellschaft und der Armee gibt es eine Art stillschweigende Übereinkunft die graue Verweigerung zu dulden, während die vereinzelte politisch motivierte Verweigerung mit aller Härte verfolgt wird.

Aber die insgesamt wachsende Zahl an Wehrpflichtigen und Reservisten, die sich vor dem Wehrdienst drücken, zeigt, dass der Mythos von einer »Armee des Volkes«, die das Überleben Israels garantiert, beginnt langsam brüchig zu werden. Das, was die Armee im Inneren leisten soll, nämlich eine zunehmend sozial und kulturell auseinander fallende und polarisierte Gesellschaft zusammenzuschweißen, gelingt immer weniger. Die israelische Armee droht ihre Rolle als »Schule der jüdischen Nation« zu verlieren. Welche Bedeutung die Verweigerung in der Armee zu dienen hat, wird deutlich, wenn man den Stellenwert kennt, den die Armee für die gesamte israelische Gesellschaft hat: Die Wehrpflicht greift in Israel auf die gesamte jüdische Bevölkerung zu. Alle jüdischen Frauen und Männer sind wehrpflichtig und werden mit 18 Jahren einberufen. Ein Recht auf Kriegs-

dienstverweigerung existiert nicht. Nur Frauen billigt man unter bestimmten Umständen Ausnahmeregelungen zu. Die Dauer des Militärdienstes beträgt für Männer 3 Jahre, für Frauen 20 Monate. Nach Ablauf des regulären Militärdienstes leisten Männer bis zu ihrem 50. Lebensjahr mindestens einmal jährlich einen einmonatigen Reservedienst ab. Ausgenommen von diesem Militärdienst sind natürlich die palästinensischen Männer und Frauen, aber auch Schüler und Studenten jüdisch religiös-orthodoxer Lehranstalten.

Weil die israelische Linke um die Bedeutung, die eine Schwächung der israelischen Armee für die herrschende Klasse in Israel hat, weiß, ist sie bereit über alle Differenzen hinweg auch diejenigen Kriegsdienstverweigerer zu unterstützen, die den Staat Israel grundsätzlich nicht in Frage stellen, aber eine vollständige Räumung der besetzten Gebiete fordern und damit eine der Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden. Außerdem wurde so mancher junge Verweigerer, der zunächst »nur« aus moralischen Gründen den Einsatz in den besetzten Gebieten oder die Befolgung »unmoralischer Befehle« verweigerte, durch die konkreten Erfahrungen mit der Militärgerichtsbarkeit und der darauffolgenden Haft in Militärgefängnissen zu einer radikalen Ablehnung des zionistischen Staates »erzogen«.

Yesh Gvul (Es gibt eine Grenze), die älteste Verweigererorganisation, hauptsächlich von Reservisten, die ihren Ursprung im ersten Libanonkrieg hat, Shministin, eine Organisation von Oberschülern und New Profile, die verweigernde Wehrpflichtige berät und Sommercamps für junge Israelis und Palästinenser organisiert, unterstützen auch so genannte selektive Verweigerer, die »nur« die Besatzungspolitik ablehnen. Auch die israelische Militärgerichtsbarkeit mache keinen Unterschied, argumentiert in diesem Zusammenhang ein Aktivist von New Profile, außerdem stelle die Verweigererbewegung in ihrer Gesamtheit eine Schwächung der israelischen Armee dar und mache Widersprüche innerhalb der israelischen Gesellschaft deutlich.

So organisierte Yesh Gvul gemeinsam mit anderen Gruppen am 12. August 2006 eine Kundgebung zur Unterstützung aller inhaftierten Verweigerer vor dem Militärgefängnis Nr. 6 in der Nähe von Haifa. Auf dieser Kundgebung sprach auch ein junger Palästinenser von der »Vereinigung für Bürgerrechte« über die Bedeutung, die die Verweigerungsbewegung für die palästinensische Bevölkerung habe: *»Ich möchte allen Verweigerern in israelischen Gefängnissen sagen, dass ihr Händler des Friedens seid – für unser aller Frieden. Wegen Euch glauben die arabischen Bürger Israels noch daran, dass wir einen gemeinsamen Platz hier haben und zusammenleben können. Ich kann für mich selbst sprechen. Oft war ich an dem Punkt aufzugeben, dem Rassismus nachzugeben, den ich fühle. Aber ich bin mir bewusst, dass dieser Krieg uns erfassen will, (...) damit arabische gegen jüdische Menschen stehen, palästinensische und libanesisch gegen israelische. Wir weigern uns, den »Neuen Nahen Osten« zu akzeptieren, das wird uns nur einen neuen Irak in Israel bringen.«* (Khulood Badawi, zitiert nach »Israel: Stimmen für Frieden und Verständigung«, Connection e.V., Nov. 2006)

Noch ist der »Dialog von unten«, den einige israelische Gruppen mit PalästinenserInnen führen sehr begrenzt. Er wird erst dann Gewicht und Bedeutung bekommen und den realen Verlauf politischer Entwicklungen beeinflussen können, wenn soziale Proteste der arbeitenden Bevölkerung in Israel sich mit dem Kampf gegen die Besatzung und Unter-

drückung der palästinensischen Bevölkerung verbinden. In den Auseinandersetzungen, die die arbeitende Bevölkerung in Israel gegen Arbeitslosigkeit, sinkende Löhne und Sozialabbau schon heute führt, »sickert« langsam die Erkenntnis ein, dass die Kriege, die Israel angeblich wegen seiner Bedrohung durch die arabischen Nachbarn führen muss und die »Sicherung« vor der »terroristischen« palästinensischen Bevölkerung durch Checkpoints, Apartheidmauer und Besatzungsarmee auch von der einfachen Bevölkerung in Israel bezahlt wird und den sozialen Niedergang befördert. Ein großes Hindernis auf dem Weg hin zu einer Verständigung von unten ist die Vorstellung von Israel als »Staat der Juden«. Diese rassistische Volksgemeinschaftsideologie verwischt ideologisch die existierenden Klassenunterschiede in Israel und räumt noch dem ärmsten orientalisches-jüdischen Israeli quasi durch seine Zugehörigkeit zum »Judentum« Exklusivrechte gegenüber der arabischen Bevölkerung ein.

Ein erster kleiner Schritt für die notwendige Überwindung der durch die zionistische Klassenpolitik verschärften Spaltung zwischen jüdischer und arabischer Bevölkerung, die eine Voraussetzung für die Suche nach einem Ausgleich ist, sind deshalb die Friedens- und Menschenrechtsgruppen in Israel, die durch ihre konkrete Solidarität und Zusammenarbeit mit der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten zeigen, dass ein gemeinsamer Kampf und eine gemeinsame Perspektive trotz allen Hasses noch möglich sind. Sie leisten wie auch die bewussten Kriegsdienstverweigerer einen aktiven Beitrag gegen die Besatzung. Ohne ein Ende der Besatzung wird es jedoch keinen Frieden geben. Wir sollten deshalb alle unsere Möglichkeiten prüfen um oppositionelle Gruppen zu unterstützen, die israelische Kriegsdienstverweigerer organisieren, sie während der Zeit der Gefangenschaft betreuen und ihnen bei den Prozessen helfen.

Dieser innerisraelische Widerstand muss unbedingt in der BRD bekannt gemacht werden, denn er widerlegt durch seine Praxis die »Totschlagargumente«, dass nur durch die bedingungslose Unterstützung Israels die Sicherheit der jüdischen Bevölkerung gewährleistet und jede Kritik an Israel antisemitisch sei.

D. B., HH 22.03.07 ■

Bericht eines jungen Kriegsdienstverweigerers

Im Folgenden dokumentieren wir in gekürzter und leicht überarbeiteter Fassung den Vortrag, den der israelische Kriegsdienstverweigerer Haggai Matar am 15. 11. 06 auf einer Veranstaltung in Hamburg hielt. Er unterstützt die Organisation »New Profile«, die sich gegen die umfassende Militarisierung der israelischen Gesellschaft wendet, grundsätzliche Kritik an der israelischen Politik übt, Sommercamps für Jugendliche organisiert und Kriegsdienstverweigerer unterstützt. In dieser linken, antimilitaristischen Gruppe sind vor allem viele Frauen organisiert.

Dokumentation:

»Von 2002 bis 2004 war ich insgesamt fast 2 Jahre wegen Kriegsdienstverweigerung in israelischen Gefängnissen. Dabei bin ich mit der Vorstellung aufgewachsen nach der Schule in die israelische Armee zu gehen.

Das gesamte Bildungswesen ist militarisiert. Schon in der Grundschule werden am Unabhängigkeitstag Flaggen der

verschiedenen Armeeeinheiten gehisst und von den Kindern Dankesbriefe und kleine Geschenke an aktiv dienende Soldaten geschickt. In den letzten beiden Schuljahren kommen sogenannte Soldatenlehrer in die Klassen, um durch ein Grundtraining für die angestrebte Verzahnung mit der Armee zu sorgen. Sie helfen aber auch bei den Hausaufgaben.

Soldaten sind überall als positive Leitbilder präsent. Im Straßenbild, in den Schulen, in den Medien, in der Werbung. Sie sind die Kinder Israels, um die sich jeder sorgen soll. Hinzu kommt, dass Posten in der Schulleitung oder andere hohe Führungspositionen in Unternehmen und im Gesellschaftsapparat von ehemaligen Militärs besetzt werden.

In israelischen Schulen wird im Religions- und Geschichtsunterricht die Verfolgung der Juden als unausweichliche Folgekette in der Menschheitsgeschichte dargestellt, von den alten Ägyptern über die spanische Conquista mit der Verfolgung durch die Katholiken bis zum Holocaust und der aktuellen Situation heute. Eine Reise nach Auschwitz ist im letzten Schuljahr obligatorisch. So werden die Schüler ideologisch auf eine einzige Alternative vorbereitet: Entweder Israel mit der Waffe zu verteidigen oder den Holocaust erneut zu erleben.

Dieses Denken prägt die Mehrheit der Gesellschaft. Da wird das Gefühl vermittelt, dass es für jeden Verpflichtung sein muss in der Armee zu dienen. (...) Um auf meinen Weg zurück zu kommen. Mein Bruch mit diesem gesellschaftlichen Konsens hängt mit der ersten Intifada 1987 zusammen. Die nachfolgende Politik Israels hat zu einer scharfen Trennung zwischen Israelis und Palästinensern geführt. Vor der Intifada gab es einen Austausch zwischen beiden Bevölkerungsgruppen, auch weil Palästinenser als billige Arbeitskräfte nach Israel kamen. Israelis gingen über die Grenze, um z.B. in Palästina handgemachte billige Möbel zu kaufen. Weil die israelische Regierung begann, die Palästinenser in ihren Gebieten einzuschließen, sahen sich die israelischen Unternehmer nach billigen Ersatzarbeitskräften um. Das waren Arbeiter aus Rumänien, den Philippinen und China, die zum Teil noch billiger waren als die Palästinenser. Es gibt also auch keine Jobs mehr, zu denen die Palästinenser zurückkehren könnten.

Sie befinden sich auf der Westbank und im Gazastreifen wie in einem großen Gefängnis. Die scharfe Trennung hat die zunehmende Dämonisierung des jeweils anderen auf beiden Seiten einfacher gemacht. Palästinenser werden in Israel nur noch als Feinde wahrgenommen. Die Mehrheit der Migranten aus Russland, die in den 90er Jahren gekommen sind und der heute 25jährigen haben noch nie einen Palästinenser persönlich kennengelernt, es sei denn als Soldaten der Besatzungsarmee.

Mir bot sich durch einen Lehrer meiner Schule, der eine Sommer-Akademie mit israelischen und palästinensischen SchülerInnen organisierte, die seltene Gelegenheit, zum erstenmal in meinem Leben mit Palästinensern zusammenzutreffen. Von ihnen erfuhr ich, was es heißt, als Palästinenser unter israelischer Besatzung leben zu müssen. Diese Begegnung hat mich dazu gebracht, über unser gemeinsames Problem nachzudenken und mich veranlasst die Westbank aufzusuchen, um mehr über die Wahrheit zu erfahren. Nach diesen Erfahrungen habe ich mich in verschiedene Bewegungen eingebracht. Zum Beispiel nahm ich an der Kampagne gegen die Zerstörung palästinensischer Häuser teil. Wir organisierten Nahrungsmittelkonvois gegen den Willen der

Auszüge aus der Verteidigungsrede von Adam Maon, 24.06.2003, veröffentl. von Gush Shalom. Adam Maon musste nach mehrmonatigem Arrest gemeinsam mit vier weiteren Kriegsdienstverweigerern – darunter auch Haggai Matar – eine einjährige Haftstrafe im Militärgefängnis Karmel antreten.

».....Falls Avery (ein fanatischer Siedler, d. Red.) und seine Bande in mein Haus einbrächen und mich ausrauben, würde das selbstverständlich niemand mehr als einmal dulden. Und wenn die Bewohner von Yanoun (arabisches Dorf in der Westbank, d. Red.) eine Siedlung überfielen, wäre die Armee natürlich sofort da. Aber wenn Avery und seine Bande Palästinenser/innen terrorisieren, tun sie das absolut straflos oder werden gar dabei unterstützt. Die vernünftige Mehrheit gebietet in diesen Fällen den Terroristen nicht Einhalt, sondern finanziert und verteidigt sie und arbeitet mit ihnen zusammen. Menschen, die im Grunde nichts mit diesen Fanatikern zu tun haben, verteidigen sie, machen einen Unterschied zwischen ihnen und ihren Opfern und bieten der israelischen Armee die gesetzliche Grundlage für ihre Taten, mit denen sie die kriminellen Siedlungsprojekte voranbringt: beispielsweise mittels der Annektierung palästinensischer Ländereien, angeblich für militärische Zwecke, in Wirklichkeit aber zum Bau neuer Siedlungen und für ähnliche Vorhaben. Wenn die israelische Armee zum Werkzeug in den Händen solcher Fanatiker verkommt, werden alle Soldaten, sei es aus mangelndem Verstand oder aus Laschheit, selber zu Fanatikern. Wenn man bei der Besetzung mitmacht, wird man daran mitschuldig...« ■

Besatzungsarmee. Wir haben dies nicht nur als humanitäre Hilfe, sondern vor allem als Unterstützung des Kampfes gegen die Besatzung verstanden.

Während der 2. Intifada wurde es für uns immer schwieriger, in die besetzten Gebiete zu gelangen. Während verschiedener Besuche hatte ich Gelegenheit die Repressalien und Brutalität der Besatzungsarmee kennen zu lernen, die sich Mühe gab, jeden Versuch von Zusammenarbeit zwischen Israelis und Palästinensern zu verhindern. Ich habe Zerstörungen von lebenswichtigen Brunnen gesehen, einem Zeltlager, das von den Vereinten Nationen gespendet wurde. Ganze Dörfer wurden plattgemacht und die Bewohner dadurch gezwungen ins Exil zu gehen.

Mit zunehmender Erkenntnis wuchsen bei mir Zweifel, ob es unter diesen Voraussetzungen richtig wäre in der israelischen Armee zu dienen. Ich hätte Trainer für Rekruten werden können, um nicht in die besetzten Gebiete zu müssen, aber dann hätte ich andere junge Menschen ausgebildet, damit sie statt mir in die besetzten Gebiete gingen. Ich hätte auch einen Posten im Aufklärungsbereich gefunden, aber dann hätte meine Aufgabe darin bestanden, den Piloten Angriffsziele zu geben. Solche Überlegungen brachten mich dazu, den Kriegsdienst zu verweigern. Ich habe meine Kriegsdienstverweigerung nicht als persönliche Entscheidung begriffen, sondern als Ausdruck einer politischen Position und deshalb war ich bereit den Preis zu zahlen, damit die Öffentlichkeit davon erfährt. (.....)

In den letzten Jahren hat sich die Lage der palästinensischen Bevölkerung immer weiter verschärft: Seit 3 Jahren

Auszüge aus einem Brief, den der Reservist Chaim Feldman an seinen Verbindungsoffizier schrieb, bevor er sich weigerte als Besatzungssoldat zu dienen. Er wurde zunächst für 21 Tage inhaftiert.

»..... Stellen Sie sich nur vor, was es für ein wunderbares Land sein könnte, wenn wir uns einander nähern könnten und wenn wir alle arabisch sprechen lernen würden, bevor wir englisch lernen. Aber nein, wir lernten nicht die große Lektion aus dem Holocaust. Wir hassen weiter, und wir isolieren uns noch immer innerhalb unseres polnischen Ghettos. (...) Nun, im Juli 2004, bin ich dabei, den Kampf gegen die Trans-Israel-Autobahn zu koordinieren, die die Höhen von Menasche zu zerstören droht. Unser Zelt steht unter Oliven- und Pfirsichbäumen des Kapher Kara'a Dorfes, dessen Bäume zerstört werden sollen. Außerdem bin ich aktiv im Kampf gegen diese schreckliche Apartheidmauer, die nur noch mehr Hass gegen uns weckt von Seiten der Palästinenser und der israelischen Araber. In den verarmten Lagern der Palästinenser werde ich mit noch anderen helfen, Gärten und Parzellen anzulegen, damit dort Gemüse angebaut werden kann. (...) Außerdem muss ich meine arbeitslosen Eltern unterstützenbitte nehmen Sie mir deshalb die kriminelle Bürde ab. (...) Selbst wenn Sie entscheiden, mich für zwei Jahre ins Gefängnis zu schicken, werde ich verweigern. Ich bedaure nichts. Dies ist besser als ein krimineller in IDF-Uniform.« ■

wird in der Westbank eine Apartheidmauer errichtet, die Palästinenser von ihrem Land, oft auch von ihren Familien trennt. Soziale Kontakte werden unterbrochen, Kinder können nicht mehr die Schule wie bisher besuchen. Zusätzlich werden in der Westbank neue Siedlungen errichtet. Im Gazastreifen entwickelt sich aktuell eine humanitäre Katastrophe: Dadurch, dass die EU und die USA Unterstützungsgelder eingestellt haben, seit die Hamas gewählt wurde, kann die Regierung den Angestellten keine Löhne mehr zahlen; hinzu kommen Ausfälle der Stromversorgung und der Mangel an Lebensmitteln.

Als Widerstand dagegen hat sich in der israelischen Gesellschaft eine kleine, aber sehr konsequente Bewegung herausgebildet, die versucht die israelische Politik zu verändern. Gemeinsam mit Palästinensern kämpfen sie gewaltlos gegen den Mauerbau, etwa im Dorf Benin, das durch die Mauer von seinen Ländereien abgeschnitten wurde. Diese gemeinsamen Demonstrationen werden von der Armee argwöhnisch beobachtet, wenn sie diese nicht durch Anwendung von Gewalt verhindern kann. Diese Aktionen sind ein wichtiger Teil des Widerstandes in Israel.

Besonders nach den Erfahrungen des letzten Krieges gegen den Libanon sehen diese Gruppen die Notwendigkeit Brücken herzustellen zwischen denen, die für soziale Verbesserungen kämpfen und der Anti-Kriegsbewegung. Die Voraussetzungen für ein soches Bündnis haben sich in den letzten Jahren verbessert.

Dazu muss man wissen, dass es in den letzten 20 Jahren zu radikalen Veränderungen in der israelischen Wirtschaft gekommen ist, zu Privatisierungen großen Umfangs. Das Investitionskapital stammt aus den USA und aus der EU. Diese wirtschaftlichen Veränderungen haben verheerende

Auszüge aus dem Brief von Daniel Tsal an den Verteidigungsminister Shaul Mofaz vom 01.04.04.

»....Es ist wie unter anderen Völkern, dass es auch unter den Palästinensern radikale Organisationen gibt. Die Frage ist nicht, warum sie existieren, sondern wie sie zu solcher Macht kommen. Mir scheint es, dass dies die Folge einer Situation ist, in der eine Bevölkerung unter einer Besatzung leidet. Viele der Leute, die die täglichen Demütigungen durchmachen, werden frustriert und dann gewalttätig oder unterstützen dies wenigstens. (...) Wenn ein junger Mensch in meinem Alter – oder jünger – bereit ist, einen Sprengstoffgürtel umzumachen und Selbstmord zu begehen und dabei andere, unschuldige Leute zu töten, muss ich mich fragen: warum? Warum will er mich, einen Israeli, töten – warum ist er bereit Selbstmord zu begehen; denn dieser junge Mensch hätte noch ein ganzes Leben vor sich. Ich kann nach vorne schauen, ich werde reisen, mich verlieben, lernen und studieren können – aber dieser junge Mann ist ohne Hoffnung. Er weiß, wie sein zukünftiges Leben aussieht – ein tägliches Leben voller Leiden. Ein Leben unter Besatzung.«

Lesehinweis:

Ausführliche und sehr lesenswerte Berichte und Einschätzungen zur israelischen Friedensbewegung und zum israelischen Widerstand gegen die Besatzung finden sich in zwei Broschüren von Connection e.V., Offenbach: www.connection-ev.de:

»Widerstand gegen Terror, Krieg und Besatzung«, 3/2004

»Israel: Stimmen für Frieden und Verständigung«, 6/2006

Auswirkungen auf das Leben kleiner Leute. Die Arbeitslosigkeit stieg drastisch. Viele Beschäftigte arbeiten in 2 bis 3 Jobs, um nicht unter der Armutsgrenze leben zu müssen. Wie stark soziale Fragen die Gesellschaft bewegen, kann man am letzten Wahlkampf ablesen, in dem die Parteien Wahlprogramme mit zum Teil »sozialistisch« klingenden Inhalten in den Mittelpunkt des Wahlkampfes rückten, obwohl natürlich keine Partei ernsthaft die Absicht hegte, ihre Versprechungen zu realisieren. In dieser Situation bot der Libanonkrieg einen Ausweg, weil er die sozialen Fragen in den Hintergrund drängte.

Der Begriff der Sicherheit in der israelischen Gesellschaft meint in erster Linie militärische Sicherheit und weniger die Sicherheit von Arbeitsplätzen, wie überhaupt soziale Sicherheit hinter der nationalen rangiert. Der Krieg trifft vor allem den ärmeren Teil der israelischen Gesellschaft, der überwiegend im Norden wohnt, doppelt. Zum einen waren sie es, die während der Kampfhandlungen von Raketen getroffen wurden, zum anderen sind sie es, die den Krieg bezahlen durch Abbau der Sozialleistungen wie Kürzung des Arbeitslosengeldes und anderes mehr, während die Reichen verschont bleiben. (...)«

Januar 2007 ■

»Wir sind Zeugen dessen, was ihr in den besetzten Gebieten macht.«

Interview mit Roni Hammermann, Mitgründerin von »Machsom Watch«

2001 wurde die israelische Frauenorganisation »Machsom Watch« gegründet, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, das Geschehen an den israelischen Checkpoints in der palästinensischen Westbank und in der Umgebung von Jerusalem vor Ort zu beobachten und für die israelische Öffentlichkeit zu dokumentieren. Dabei geht es den Frauen auch darum, Übergriffe und Brutalitäten gegenüber den PalästinenserInnen durch ihre Anwesenheit zu verhindern. 2001 waren es nur eine Handvoll jüdisch-israelischer Frauen, die angesichts der unmenschlichen Behandlung der Palästinenserinnen und Palästinenser an den Checkpoints ihre Solidarität ausdrücken wollten – heute sind es etwa 450 Frauen, die regelmäßig in kleinen Gruppen 32 Checkpoints in der Westbank und der Umgebung von Jerusalem aufsuchen, Übergriffe öffentlich machen und auch einschreiten, wenn es notwendig ist. (Weitere Informationen unter www.machsom-watch.org).

Roni Hammermann, in Israel und Wien aufgewachsen, ist eine der Initiatorinnen. Im November 2006 war sie auf einer Diskussionsveranstaltung in Hamburg.

Was ist Ihr Motiv für Ihr Engagement bei »Machsom Watch«?

Für mein Engagement spielt der Holocaust eine zentrale Rolle: Mein jüdisch-orthodoxer, aus Ungarn stammender Großvater wurde in Auschwitz mit seinem jüngsten Sohn von den Nazis ermordet. Vor seinem Tod hat er dort einen jungen Lagerinsassen aus seiner Heimatstadt getroffen und ihn angefleht, alles zu tun, um am Leben zu bleiben, damit er erzählen kann, was er in Auschwitz erlebt hat. Dieser junge Mann hat tatsächlich überlebt und seine Erfahrungen an die Familie meiner Mutter weitergegeben. Ich habe diese schrecklichen Erlebnisse als ein Vermächtnis meines Großvaters gesehen, als einen Auftrag bewusst hinzusehen, wenn irgendwo Unterdrückung, Unrecht und Verfolgung geschieht. Damit bin ich aufgewachsen: zu sehen, zu hören, mich umzusehen, mir nichts einreden zu lassen, kritisch die Realität zu beurteilen, damit es nie wieder dazu kommt, dass andere Menschen gemordet werden, ohne dass ich dagegen meine Stimme erhebe. Trotz aller grundlegenden Unterschiede zwischen dem Nationalsozialismus und der aktuellen Situation in Israel und den besetzten Gebieten: Wenn man moralisch zwischen dem eigenen Leiden und dem Leiden der anderen unterscheidet, dann ist man eben moralisch nicht ernst zu nehmen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man gegen Antisemitismus kämpft und gleichzeitig die Unterdrückung eines anderen Volkes bejaht.

Welche Auswirkungen haben die Checkpoints?

Die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit machen ein normales Leben für die Palästinenser fast unmöglich.

Menschen, die zur Arbeit, in die Schule, zum Studium, zum Arzt, zu einem Familienbesuch oder einfach zur Bank gehen wollen, müssen immer wenigstens einen oder gleich

mehrere Checkpoints passieren. An diesen Checkpoints kommt es zu ständigen Auseinandersetzungen und Reibungen zwischen der palästinensischen Zivilbevölkerung und der israelischen Armee. Wenn man als Palästinenserin aus dem Haus geht, weiß man noch nicht, wann man zur Arbeit kommt und es ist völlig unklar, wie lange man unterwegs sein wird und ob es überhaupt möglich sein wird, dort anzukommen. An den bewachten Checkpoints wird ununterbrochen nach Bewilligungen gefragt: »Haben Sie die entsprechende Bewilligung, dort hinzugehen?«

Wenn man aus Nablus in eine andere Stadt oder in ein Dorf will, wenn man also aus Nablus heraus will, muss man eine Bewilligung haben. Wenn man nach Ost-Jerusalem will, wo die Palästinenser ja ihre besser ausgestatteten Spitäler haben, muss man auch wieder eine Bewilligung haben – aber eine andere Art der Bewilligung, dort braucht man eine Einreisebewilligung nach Israel.

Die Dörfer sind von den Straßen abgeschnitten durch Erdwälle, durch Betonblöcke, durch Felsblöcke, durch tiefe Gräben. Sie verhindern die Ausfahrt von den Dörfern auf die Hauptstraße.

Die Menschen nutzen meistens Sammeltaxen um von einem Ort zum anderen zu kommen. Und die Sammeltaxen befinden sich an zwei Seiten der Checkpoints. Man kommt auf einer Seite an, man überquert den Checkpoint zu Fuß und nimmt wieder ein Taxi. Das kostet Geld. Die meisten Palästinenser leben in großer Armut. Das soziale Elend wird auch dadurch hervorgerufen, dass sich die Menschen in keiner Form frei bewegen können. Der Verkauf von Waren ist so fast unmöglich, denn der Transport ist lahm gelegt. Häufig verlieren Menschen ihre Arbeit, weil sie entweder regelmäßig zu spät oder gar nicht zur Arbeit kommen. Ärzte und Krankenschwestern kommen nicht in die Krankenhäuser, Lehrer und Schüler nicht in die Schulen! Zusätzlich haben ca. 150.000 Menschen ihre Einnahmequelle verloren, weil sie nicht mehr nach Israel hinein können um dort zu arbeiten. Der Gesundheitszustand der Palästinenser ist auf einem äußerst niedrigen Niveau. Es ist ein Riesenproblem zu einem Arzt zu kommen. Es ist ein Riesenproblem in eine Stadt zu kommen um eine dringend nötige Operation durchführen zu lassen.

Seit 2001 mussten 37 Frauen unter äußerst unwürdigen und unhygienischen Bedingungen an den Checkpoints ihre Kinder gebären. Warum? Weil sie dort auf ihrem Weg ins Krankenhaus nicht durchgelassen wurden, etwa weil die Soldaten ihnen nicht geglaubt haben, dass sie schon Wehen haben. Oder weil aus irgendwelchen Gründen der Checkpoint an diesem Tag total abgeriegelt war. 60 Prozent dieser Säuglinge sind gestorben! Immer mehr Palästinenserinnen gebären jetzt zu Hause mit der Konsequenz, dass die Kindersterblichkeit weiter steigt. Wenn ein Kind plötzlich krank wird – und jede Mutter weiß, dass dies gerade bei kleinen Kindern häufig passiert – bleibt keine Zeit, um Bewilligungen einzureichen. Dann muss die Frau versuchen, die Soldaten davon zu überzeugen, dass das Kind krank ist.

Sie hat 18jährige oder 19jährige Soldaten vor sich, die keine Ahnung haben, dass Kinder eben plötzlich sehr krank



Eine israelische Kollegin von Machsom Watch gibt einem »bestraften« Palästinenser etwas zu trinken.



Die Drehkreuze im Qualandiyah »Terminal« nördlich von Jerusalem

werden und wie Kinder aussehen, wenn sie krank sind. Sie behaupten, dass die Frauen die Kinder als Vorwand benutzen, um auf diese Weise schneller auf die andere Seite der Checkpoints zu kommen.

Sehr negative Auswirkungen gibt es auch auf das Bildungssystem: Häufig findet der Schulunterricht nicht statt: Kinder gehen nicht in die Schule, weil die Lehrer nicht in die Schule kommen. Oder die Schüler kommen selbst nicht in die Schule. Das allgemeine Bildungsniveau der Kinder sinkt. Es gibt im südlichen Teil der Westbank, südlich von Hebron, Kinder, die in die Schule von der Armee begleitet werden müssen, weil die Siedler die Kinder auf ihrem Schulweg immer wieder belästigen und bedrohen und zwar deshalb, weil sie angeblich über das Land der Siedler gehen. Die Siedler hetzen ihre Hunde auf die Kinder!

Manchmal müssen Kinder riesige Umwege gehen um zur Schule zu kommen. Ihr Schulweg dauert dann über zwei Stunden.

Die Willkür ist groß. Manchmal spielen uns die Soldaten gegen die Palästinenser aus. Sie sagen: »Wenn ihr Machsom Watch Frauen jetzt hier bleibt, dann schließen wir den Checkpoint und lassen keinen mehr durch.« Natürlich ziehen wir uns dann zurück. Manchmal sagen sie zu den Palästinensern:« Du hast versucht die Warteschlange zu umgehen, jetzt wirst du deswegen bestraft. Was ist eine solche Bestrafung? Man nimmt den Leuten die Personalausweise weg, die Hände werden gefesselt, die Augen verbunden – dann müssen sie stundenlang in einer winzigen Zelle sitzen, die eigentlich für Leibesvisitationen gebaut wurde. Oder sie müssen draußen in der Sonne sitzen oder im Regen.

Das Warten ist also zu der palästinensischen Lebenserfahrung überhaupt geworden. Wenn sich Palästinenser treffen, dann sprechen sie ganz automatisch davon, wie lang sie gebraucht haben, um von einem bestimmten Ort zu einem anderen zu kommen. Kein Wunder, dass diese vielen Erniedrigungen die Palästinenser radikalieren und sich immer mehr Hass aufbaut.

Die israelische Regierung begründet Checkpoints und Mauerbau mit Sicherheitsinteressen. Dadurch sollen Selbstmordattentate verhindert werden.

In den letzten Monaten, man könnte sogar sagen im letzten Jahr, gab es sehr viel weniger Selbstmordattentate – nicht weil die Mauer oder die Checkpoints ihre Wirkung gehabt hätten, sondern weil eine Art Waffenstillstand geschlossen wurde zwischen den Palästinensern und den Israeli, und zwar zwischen Hamas und Israel. Und Hamas hat sich erstaunlicherweise ganz strikt an die Waffenstillstandsbedingungen gehalten. Das wurde zwar nicht als Waffenstill-

stand, sondern als ‚Hudna‘ benannt, was aber mehr oder minder dasselbe ist. Erst als die Israeli wieder einmal gezielte Tötungen in den besetzten Gebieten durchgeführt haben, hat dieser Waffenstillstand nicht mehr gehalten.

Hat die israelische Regierung überhaupt Interesse an echten Friedensgesprächen?

Die Fakten, die in den besetzten Gebieten gesetzt werden, sehen danach aus, als hätte die israelische Regierung nicht das geringste Interesse an Friedensgesprächen. Denn: sie hat es durch diese Beschränkung der Bewegungsfreiheit auf verschiedenen Wegen – durch die Mauer, durch die verbotenen Straßen, durch die Checkpoints – soweit gebracht, dass heute schon die Westbank in voneinander getrennte Kantone geteilt ist. Häufig kann sich die Bevölkerung von einem dieser Kantone nicht in die anderen bewegen. Heute schon ist die Westbank mit einem Netz von Straßen überzogen, die nur als Apartheidstraßen zu bezeichnen sind, weil die Palästinenser darauf nicht fahren dürfen. Und mit einem Netz von Checkpoints – und mit Siedlungen, die sich täglich ausweiten. Die Verpflichtung, die Siedlungen abzubauen oder jedenfalls nicht wachsen zu lassen, hat Israel völlig ignoriert. Die Siedlungen wachsen täglich. Es sieht danach aus, als wäre es eigentlich unmöglich, auf diesem zerrissenen Gebilde je einen lebensfähigen palästinensischen Staat gründen zu können.

Es sieht auch danach aus, als hätte Israel keinerlei Interesse daran: nur durch den Mauerbau allein sind 9,5 Prozent der Westbank sozusagen besetzt worden. Die Mauer wird sich über 700 km lang schlängeln und mindestens 60 m breit sein. Das heißt, man kann sich ausrechnen, wie viel Land das braucht. Zusätzlich ist die Mauer, die angeblich aus Sicherheitsgründen gebaut werden sollte, nicht an der »Grünen Linie«, an der Grenze zwischen Israel und den besetzten Gebieten gebaut, sondern innerhalb der Westbank. Und noch dazu schlängelt sie sich ganz tief in die Westbank hinein und nimmt dadurch viel Land auf die israelische Seite. Das heißt, dass diese Mauer eine Art zukünftige Grenze des palästinensischen Staates sein soll. Und der wird von Tag zu Tag kleiner durch diesen Landraub. Aber auch wenn das Land nicht offiziell geraubt wird, ist es dennoch nicht zugänglich für die Palästinenser: die meisten Dörfer befinden sich östlich der Mauer, ihr Land aber ist westlich davon. Und um an ihr Land

Wer die Aktivitäten der israelischen Frauen unterstützen möchte, kann seine **Spende** über eine deutsche Bank an folgende Adresse überweisen:

Bank Hapoalim,
HaPalmach Branch No. 574, Jerusalem,
For beneficiary »Women's Fund for Human Rights LTD.«,
AC number 333401, Jerusalem

zu kommen, brauchen sie wieder Bewilligungen und wieder sind sie administrativen Schikanen ausgesetzt. Es wäre nicht im Sinne einer friedenswilligen Regierung, solche Fakten zu schaffen, wenn es wirklich um einen Frieden ginge.

Wir dagegen sagen, dass jede Form der Besatzung aufgegeben werden muss. Nur der Dialog, nur das Gespräch, nur die Bereitschaft zu Kompromissen beiderseits kann zu einer

Änderung führen. Solange Israel allein die Regeln festsetzt und nicht in Gemeinschaft mit den Palästinensern, wird sich nichts ändern. Im Gegenteil: Die Situation wird schlimmer und schlimmer. Letztendlich wird dadurch auch die Sicherheit der Bevölkerung in Israel gefährdet. Deswegen ist es geradezu absurd, wenn diejenigen, die diese Politik kritisieren, als Antisemiten bezeichnet werden. ■

DEBATTE: ASPEKTE DER WELTPOLITIK

Folgende Fragen sollen geklärt werden: Wie kann sich unter den Bedingungen der Globalisierung, der Vorherrschaft der kapitalistischen Zentren mit den USA an der Spitze, in den weniger entwickelten Staaten eine Bourgeoisie herausbilden,

die eine selbstbestimmte Entwicklung der nationalen Wirtschaft zum Ziel hat? Welche konkreten Formen nehmen diese Entwicklungen an? Welche Widersprüche bilden sich dabei heraus? Die Rubrik wird fortgesetzt. Red. ■

■ US-POLITIK IM NAHEN UND MITTLEREN OSTEN

Statt Rückzug: Widersprüche ausnutzen, Zwist säen, Bürgerkriege anzetteln

Kontrolle der Energiequellen

Nach dem 11. September 2001 hatte die Bush-Regierung für sich das Recht erklärt zu entscheiden, welcher Staat eine Bedrohung für die Welt darstelle, gegen wen dann auch ein militärischer Präventivschlag gerechtfertigt sei, um z.B. einen Regimewechsel herbeizuführen. Hinter dieser Politik verbirgt sich das Ziel, die Regionen mit den größten Erdölreserven zu kontrollieren: Konkurrenz zu ihren hegemonialen Ansprüchen unter Kontrolle zu halten, dem Entstehen von Regionalmächten, die eigenständige Interessen verfolgen und sich den Zielen der US-Politik nicht unterordnen, entgegen zu wirken. Darum geht es auch im Konflikt mit dem Iran, wo auf kapitalistischer Grundlage eine selbstbestimmte Entwicklung der Wirtschaft im Lande verfolgt wird.

Erdöl ist nicht nur eine wichtige Energiequelle, sondern auch Grundlage wichtiger Industriezweige, wie z. B. die Chemieindustrie. Der 11. September hatte die innenpolitischen Voraussetzungen für den Krieg gegen Afghanistan und den zweiten Irak-Krieg geschaffen, mit dem sich die USA in der Golfregion und in Afghanistan militärisch festsetzten.

Der Irak besitzt ergiebige Energiereserven. Wenn auch die Bedeutung der gesamten Golfregion als Energiequelle für die Welt sinkt, die US-Regierung drängt auf ein irakisches Erdölgesetz, um den US-Konzernen die Hälfte der Erdölproduktion des Landes zu sichern. Das ruft nun den Widerspruch der irakischen Erdölgewerkschaft hervor. Heute produziert diese Region weniger als 30 Prozent des Rohöls der Welt, verglichen mit fast 40 Prozent um 1975. Kamen vor 30 Jahren noch 28 Prozent der Erdölimporte der USA aus dem Mittleren Osten, so sind es heute nur noch ca. 17 Prozent. Nicht gesunken ist die strategische Bedeutung der Golfregion.

Durch den enormen Energiebedarf der aufstrebenden Schwellenländern China und Indien haben die Kontrolle von Energiequellen und Transportwegen für die USA und die EU eine verstärkte Bedeutung. (Nato-Generalsekretär De Hoop Scheffer: Nato-Truppen könnten Pipelines und von Tankern befahrene Schifffahrtsrouten bewachen.) Weder China noch ein anderer Staat stellen heute für das US-Militär global eine ernsthafte Herausforderung dar. Doch Chinas wie auch Indiens Wirtschaft wachsen weiter und fordern die

Kontrolle durch den Hegemon USA heraus. Russland strebt eine »OPEC« für Erdgas an. China versucht seine Energieinteressen in Zentralasien durch ein Bündnis zu sichern (Schanghai-Konferenz).

Den Zugang zu Energiequellen und Rohstoffen zu verwehren, ist eine starke Möglichkeit in die Politik eines Staates einzugreifen. Deshalb erstreckt sich das US-Ziel der Kontrolle der Energiereserven nicht mehr nur auf die Golfregion, sondern gilt weltweit, also auch für Afrika, Zentralasien und Südamerika. Das Einrichten eines eigenen US-Regionalkommandos in Afrika (Africom) wird nicht nur von afrikanischen Staaten als strategische Antwort Washingtons auf wachsende Konkurrenz durch China bei der Sicherung des Zugangs zu afrikanischen Rohstoffen gesehen.

Die USA sind im Irak nicht Herr der Lage

Der 2. Irakkrieg zerstörte das Land und seine Folgen lassen die Bevölkerung verelenden. Er wirkte als Drohung an alle potenziellen Regionalmächte. Die Zerstörung ist geschafft, doch die Installation eines Vasallenregimes ist nicht erfolgreich. Auf die im Lande vorherrschenden Clanstrukturen lassen sich nicht einfach die Strukturen einer bürgerlichen Demokratie übertragen. Die Beherrschung des Landes bindet Kräfte, die durchaus woanders besser im Sinne der US-Kapitalinteressen eingesetzt werden könnten. Bündnispartner der USA im »Krieg gegen den Terror« haben unter innenpolitischem Druck ihre Besatzungstruppen abgezogen.

Wenn die USA nun mit Syrien und dem Iran sprechen, so zeigt dieser Schwenk der Bush-Regierung die Schwierigkeiten ihrer Politik in der Golfregion. Ein propagiertes Prinzip der Politik der Bush-Ära ist weggebrochen: dass man mit seinen autoritären Widersachern nicht reden dürfe, weil Verhandlungen mit der demokratischen Weltmacht nur die Unterdrücker legitimieren würden. Taugt ein politisches Mittel nicht mehr, wird es über Bord geworfen – ohne das Ziel aufzugeben. Diplomatie kommt ins Spiel, um die Bevölkerung im eigenen Lande und die Weltöffentlichkeit zu täuschen.

Die USA stützten sich in ihrer Besatzungspolitik bisher auf die Bevorzugung von Kurden und Schiiten. Das Ausspie-

len von Volksgruppen durch die Eroberer hat eine lange Tradition im Imperialismus. Die steigende Zahl der Opfer in der Bevölkerung sind dabei – wie bekannt – »Kollateralschaden«. Die Kurden kontrollieren das Erdölgebiet im Norden des Landes, doch an den Erlösen aus dem Erdölgeschäft wollen alle beteiligt sein. Die Schiiten rächen sich für die Privilegierung der Sunniten unter Saddam Hussein, doch die schiitische Sadr-Partei will den einheitlichen Irak erhalten, während die Anhänger des »Hohen Rats für die islamische Revolution im Irak« (Sciri) den schiitischen Süden abspalten will. Diese Koalitionen im Irak stehen im Gegensatz zu den Koalitionen im Nahen und Mittleren Osten. Die Allianz mit den Kurden im Irak steht dem Interesse des US-Verbündeten Türkei ebenso entgegen wie die Bekämpfung der Sunniten nicht im Interesse der Saudis liegt, und die Bekämpfung des Iran steht im Widerspruch zur Zusammenarbeit mit einem Teil der Schiiten im Irak. Aus diesen gegensätzlichen Koalitionen resultiert, dass die USA militärische Aktionen der Türken gegen die Kurden ebenso wie die Unterstützung der Sunniten durch die Saudis zulassen.

Krieg und Besatzung verändern die Gesellschaft im Irak.

Inzwischen sehen die US-Besatzer eine zunehmende Zusammenarbeit von sunnitischen Aufständischen und Schiitenmilizen. Muktada al-Sadr fordert ebenso wie die der sunnitischen Widerständler einen genauen Abzugsplan der US-Truppen aus dem Irak. Daraus ist zu schließen, dass diese Allianz künftig noch stärker wird. Im Gegensatz dazu treibt die soziale Verelendung, die durch den Zerfall der staatlichen und sozialen Strukturen entsteht, immer wieder Menschen dazu, sich bei den Besatzern zu verdingen. Durch diesen Überlebenskampf entsteht ein Widerspruch in der Bevölkerung der sich in Gewalttaten entlädt. Einer Annäherung der religiösen Gruppen zu einem gemeinsamen Kampf gegen die Besatzer begegnen die USA mit der Bewaffnung einiger sunnitischer Clans und dem Druck, die Sunniten an den Öleinnahmen zu beteiligen. Offizielle Begründung der USA: »zum Kampf gegen Al-Qaida«.

Rückhalt in der eigenen Bevölkerung weggebrochen

Der Schwenk in ihrer Politik ist auch Ausdruck der Tatsache, dass die US-Regierung nicht mehr den Rückhalt in der amerikanischen Bevölkerung für den Irakkrieg und die Besetzung des Landes hat. 2/3 der US-Bürger sind gegen diesen Krieg, in dem die USA schlecht aussehen. Die Menschen sehen inzwischen einen Zusammenhang zwischen der Lüge um den Kriegsgrund (Massenvernichtungswaffen wurden nicht gefunden), der opferreichen Besatzungspolitik im Irak und nun der Vernachlässigung von Kriegsversehrten in den USA.¹⁾ Ihr Vertrauen in die Regierungspolitik ist weggebrochen. Nach einer Alternative streben breite Kreise in der Bevölkerung allerdings nicht: Eine starke Friedensbewegung hat sich nicht entwickelt. Doch zunehmende Schwierigkeiten der US-Streitkräfte, Rekruten auszuheben signalisieren weiter wachsende Ablehnung.

Wirtschaftliche Not ist es nicht unbedingt, was Teile der US-Bevölkerung in Widerspruch zur Irakpolitik treibt. Die Wirtschaftskraft Amerikas ist stark gewachsen. Verschlang der Irakkrieg bisher etwa so viele Kosten wie der Vietnamkrieg, so muss ein Vergleich auch die gestiegene Produktivität der US-Wirtschaft einbeziehen. Doch auch wenn die

Kosten noch verkraftet werden können: »Der Krieg im Irak ist wesentlich teurer als die Öffentlichkeit wahrnimmt« ist von der Harvard-Professorin Linda Bilmes zu hören. Im 'Handelsblatt' war zu lesen: »Die Regierung von George W. Bush wird seit neuestem von einer Gruppe attackiert, die eigentlich als unpolitisch galt: den Ökonomen«²⁾. Die Regierung braucht also unbedingt Erfolge gegen den Widerstand im Irak wie auch in Afghanistan.

Mit Blick auf die kommenden Präsidentschaftswahlen greift die Demokratische Partei – Teil der herrschenden Klasse – die Bush-Regierung wegen der Aussichtslosigkeit ihrer Irakpolitik an. Die demokratische Mehrheit im Kongress beugt sich jedoch dem Veto des Präsidenten, und bewilligt weitere Gelder für den »Krieg gegen den Terror« ohne Rückzugsdatum für die US-Truppen. Die Demokraten haben wie die Republikaner das Ziel, die US-Vorherrschaft in der Welt zu sichern; das drückt sich z.B. in der gemeinsamen Politik gegen den Iran aus.

Palästina und Israel – Teil des gesamten Nahost-Konfliktes

Wie die Lage im Irak, so ist auch die ungelöste Lage der Palästinenser Ausdruck der US-Politik im Nahen Osten.

Israels Siedlungspolitik in der Westbank ist zusammen mit dem annektierten Ost-Jerusalem, dem ebenfalls »eingegliederten« Golan und den Flüchtlingslagern im Libanon Kern des Nahostproblems. Ohne US-Unterstützung ist diese israelische Expansionspolitik, die zur Verelendung der palästinensischen Bevölkerung führt, nicht möglich. Die USA propagieren die Einführung der Demokratie in anderen Ländern. Ihre Politik lässt jedoch – wie es besonders hier in Palästina, im Libanon, im Irak wie in Afghanistan zu sehen ist – die Entwicklung einer bürgerlichen Gesellschaft nicht zu. Sie propagieren freie Wahlen und bekämpfen die aus freien Wahlen hervorgegangene Hamas-Regierung.³⁾

Indem die USA die Präsidentengarde der Fatah für einen Bürgerkrieg gegen die Hamas finanzieren und ausrüsten, vollenden sie, was Israel mit seinen Militärschlägen begonnen hat: den völligen Zerfall der sowieso nur im Keim vorhandenen staatlichen und sozialen Strukturen in Palästina. Je mehr Abbas vom Westen und von Israel unterstützt wird, desto mehr wird er in den Augen der Palästinenser diskreditiert, denn eine glaubwürdige politische Perspektive wird

1) Im Vietnamkrieg hatte die offene Berichterstattung eine weltweite Stimmung und Massendemonstrationen ausgelöst. Jetzt ist den US-Soldaten der Zugang zum Internet blockiert worden, weil sie zu realistisch berichten und die verschickten Fotos und Videos grausame Szenen und Bilder von angsterfüllten und verzweifelten US-Soldaten zeigen. Zudem fordern zunehmend Soldaten die Regierung auf, »diesen tragischen Unsinn so schnell wie möglich zu beenden«. Die Flut von Berichten und Bildern wird aber nicht abreißen. (WK, 16.5.07)

2) Olaf Storbeck, Wirtschaftswissenschaftler kritisieren Irak-Feldzug, Handelsblatt, 15.01.2007.

Fatah gilt als korrupt und ihre zum Teil brutale Unterdrückung jeglicher Opposition insbesondere in Gaza war über die Grenzen des kleinen Küstenstreifens hinaus wohl bekannt. Beides war auch ein wesentlicher Grund für den Wahlsieg von Hamas Anfang 2006, (Die Zeit, 28.6.07)

3) Der peruanische UN-Diplomat Álvaro de Soto kritisiert, dass die USA das Einfrieren palästinensischer Steuereinnahmen durch Israel unterstützt. Das sogenannte Nahostquartett aus den USA, der UNO, der EU und Russland sich habe sich dazu nicht mehr äußern können, »da die US-Vertreter uns einschüchterten«. Der Boykott westlicher Länder gegen die Hamas-geführte Regierung in den palästinensischen Gebieten sei »bestenfalls extrem kurzfristig« und habe »verheerende Konsequenzen« für das palästinensische Volk.

4) FAZ vom 09.06.07

ihm der Westen nicht eröffnen. Die Mehrheit der Palästinenser lebt unter dem Existenzminimum. Verelendung ist der Terror, der gegen die Palästinenser ausgeübt wird. Der Bevölkerung bleibt nur noch, sich durch Stärkung der Familienbande gegenseitig zu stützen.

Um der bürgerlichen Opposition im Lande Wind aus den segeln zu nehmen, hatte Saudi-Arabien Anfang dieses Jahres versucht, sich als Vertreter der arabischen Einheit zu profilieren, indem es eine Vereinbarung als Grundlage für eine palästinensische Regierung der Nationalen Einheit vermittelte. Die USA und Israel ließen das Ergebnis, das von der palästinensischen Bevölkerung begrüßt wurde, nicht zu. Schon das Oslo-Abkommen hatte keine Basis für einen echten palästinensischen Staat geschaffen, eher die Voraussetzung für einen von milden Gaben abhängigen Staat, der israelischen und westlichen Interessen dienen sollte. Von Anfang an sollten die Zahlungen an die Fatah ein Gebilde korrupter, gefügiger Eliten finanzieren.

Die eigene Schwäche hat die Führung von Hamas wie von Fatah dazu gebracht, die Palästinenser enger an die Interessen der Vereinigten Staaten (s. o., – Saudi Arabien verfolgt durchaus eigene Interessen) zu binden. Der Kampf untereinander zerstört jegliche eigene Perspektive und schwächt eine Kraft, die sich den USA und Israel nicht unterordnet. Die USA und Israel streben an, jegliches Widerstandspotenzial der Palästinenser zu zerstören. Nachdem Hamas die Fatah im Gazastreifen ausgeschaltet hat, bietet sie ein willkommenes Ziel selbst ausgeschaltet zu werden – durch die Israelis. Da Israel die Demütigung der Palästinenser nicht stoppen will, Olmert wegen seiner innenpolitischen Schwäche kaum Zugeständnisse machen kann, werden Abbas die ganzen Dollars der Israelis, USA und Europäer nichts nützen. Er wird sich ähnlich wie Arafat im Oslo-Prozess verschleißen, nur wesentlich schneller.

Letztlich ist auch Israels Zukunftsperspektive begrenzt, wenn die Regierung weiterhin an die Unterstützung des US-Kapitals gebunden ist.

Einfluss behalten mit geringen eigenen Opfern

Die USA haben die irakische Armee aufgelöst und die Baath-Partei Saddams zerschlagen. Damit haben sie den Iran von seinem traditionellen regionalen Gegner befreit. Vier Millionen Menschen sind aus dem Irak geflohen und belasten die Nachbarländer, besonders Syrien und Jordanien. Zwar konnten die »Schurkenstaaten« Iran und Syrien zeitweilig stärker unter Druck gesetzt werden. Doch der Iran entwickelt sich zum Fürsprecher einer neuen Front, die arabischen Nationalismus und wachsenden islamischen Widerstand zusammenbringt.

Die USA hätten gerne den Iran vom Irak und von Afghanistan aus in der Zange gehabt. Doch die inneren Widerstände in beiden Ländern lassen diesen strategischen Ansatz auf dem Papier bleiben.

Die USA können den Krieg in der Golfregion nicht gewinnen. Doch sie werden alles daran setzen, eine Niederlage im Nahen und Mittleren Osten zu verhindern. Sie haben die militärische Stärke, den Krieg auszuweiten und die Atomanlagen des Iran zu zerstören, um den Iran nicht zu einer Regionalmacht werden zu lassen. Sie wissen aber auch, dass eine Zerstörung des Atomprogramms noch keine Beherrschung des Iran bedeutet. So werden zunächst einmal die Verbündeten des Iran, die Hamas und die Hisbollah bekämpft. Beim

1. Irakkrieg war es den USA noch gelungen, gegen die sich entwickelnde Regionalmacht an Euphrat und Tigris eine Front arabischer Staaten aufzubauen. Doch die Erfahrungen der arabischen Staaten mit dem 2. Irakkrieg erschweren eine solche Front gegen die neue Regionalmacht Iran. Die arabischen Regierungen würden sich in einen krassen Gegensatz zur eigenen Bevölkerung bringen. Die Opposition einer wachsenden Bourgeoisie, die ihre eigenen Entwicklungsmöglichkeiten im Lande durch die Politik des Herrscherhauses beschränkt sieht, lässt die saudische Regierung vorsichtig agieren.

So stehen die USA vor der Frage: Wie können wir den Einfluss behalten, ohne dass die eigenen militärischen Opfer zu groß werden. Der Mai 2007 war mit 127 getöteten Soldaten einer der verlustreichsten Monate für die US-Truppen seit ihrem Einmarsch 2003. U.a. die steigende Zahl der eigenen Opfer im Vietnamkrieg (58.000 GIs) hatte zum Verlust des innenpolitischen Rückhaltes geführt und war damit ein Grund für den Rückzug aus Vietnam. Zwar hatte dieser Rückzug nicht zur Folge, dass Staaten der Region aus dem Bündnis mit dem Westen kippten. Doch in Afrika bekamen Befreiungsbewegungen Auftrieb (Angola, Mosambik, Zimbabwe). Ein

Bushs Irak-Politik folgt einem Vorschlag der Baker-Hamilton-Kommission (»Iray Study Group«), der eine Übertragung der Befriedung Iraks auf die irakischen Streitkräfte vorsieht und wenige amerikanische Special Forces nur in der Jagd auf Al-Qaida im Land konzentriert. Doch wie kann sich bei diesem wachsenden Widerstand ein willfähiges Marionettenregime halten?

Indirekte Kriegsausweitung durch diplomatische Manöver vernebeln

Der Iran führt die Gespräche mit den USA im Bewusstsein des unverändert bestehenden US-Ziels, die Machtverhältnisse im Iran zugunsten des Westens zu verändern. Militärisch gesehen hätten die USA und Israel nur die Möglichkeit von Luftangriffen und begrenzten Operationen von Spezialeinheiten gegen den Iran. Deshalb versuchen sie auch, innere Widersprüche im Iran auszunutzen. Sie finanziert nicht nur Regimegegner. Mit Unterstützung der USA greift die kurdische Kampfgruppe PJAK vom Irak aus iranische Positionen an. Die Verwicklung Deutschlands in die US-Politik am Golf zeigt sich u.a. darin, dass unter den Augen von Verfassungsschutz und BND Rekruten für den Kampf gegen den Iran auch in Deutschland angeworben werden. (ARD, Monitor, 21.6.07)

Was von den diplomatischen Manövern zu halten ist, zeigt auch die Politik Israels gegenüber Syrien. Während von der israelischen Presse lanciert wird, Israel sei bereit, auf die Golanhöhen zu verzichten, wenn Syrien vom Iran abrücke, und seine Unterstützung für die Hisbollah, die Hamas und andere »Terrorgruppen« in Damaskus aufgabe, wird (wie die FAZ schreibt) seit Wochen von einem drohenden Krieg im Sommer gesprochen. Der Geheimdienstchef sagt vor einem Knesseth-Ausschuss, die Syrer zeigten eine »höhere Bereitschaft zum Krieg« als bisher. Von »Szenarien« für einen Drei-Fronten-Krieg gegen Syrien, die Hisbollah die gegen besetzten Gebiete Palästinas ist die Rede.⁴⁾

Regierungen im Nahen und Mittleren Osten haben die Erfahrung gemacht, dass die Politik der USA einen Staat nach dem anderen zerrüttet, wie die Beispiele Palästina,

Libanon und Irak, schließlich auch Afghanistan zeigen. Als Israel Krieg gegen den Libanon führte, verhinderten die USA wochenlang, dass es zu einem Waffenstillstand kam, sondern lieferten auch Nachschub für die israelische Armee. Mit dieser Erfahrung müssen sich auch die Saudis Fragen, ob die USA wirklich niemals einen treuen Verbündeten (wie Sini-ora) hängen lassen, weil ihnen die Unterstützung Israels wichtiger ist.

Wie in Palästina bestimmen auch im Libanon die USA den Takt und schüren den Zwist weiter. Hinter dem Schutzschild französischer und italienischer Truppen im Süden des Landes und den vor der Küste kreuzenden deutschen Kriegsschiffen wurden dem Westen freundlich gesonnene Kräfte zum Kampf gegen die Hisbollah aufgerüstet.

Die USA können nicht überall auf der Erde Kriege führen. Der Irakkrieg ist das Symbol für ein weltweites Anwachsen des Antiamerikanismus. Südostasien stabilisierte sich nach dem Ende des Vietnamkriegs. Aber den Mittleren Osten zu stabilisieren ist viel schwieriger. Ziehen sich die USA aus dem Irak zurück, müssen sie Unruhen in Jordanien, in Saudi-Arabien befürchten. Besonders in Saudi-Arabien hat sich eine Bourgeoisie entwickelt, die auf die Entwicklung einer

nationalen Industrie setzt, von einer Einflussnahme auf die Politik des Landes jedoch ausgeschlossen ist, ebenso wie der unterdrückte schiitische Bevölkerungsteil. Sie sehen auch, dass dann die Türkei oder der Iran ihre Interessen im Irak – wenn nötig – militärisch verfolgen könnten. Ein Rückzug aus dem Irak kommt also für die USA nicht in Frage. Wie also Verhältnisse schaffen, die dem Iran den Weg zu einer Regionalmacht versperren?

Dieser Weg ist abzulesen aus den jüngsten Ereignissen im Nahen Osten: Die USA sind dabei, Widersprüche zwischen arabischen Volksteilen auszunutzen, Zwist zu säen und innermuslimische Bürgerkriege anzuzetteln. Auf diese Weise sollen zunächst die selbstständigen arabischen Kräfte, die schon objektiv an der Seite des Iran stehen, geschwächt werden. Ist ihr militärisches Potenzial ausgeschaltet, so ist auch die Position des Iran geschwächt. Die USA wollen sich damit neue Möglichkeiten schaffen, der Selbstbestimmung des Iran besser entgegenwirken zu können. Doch ruft diese US-Politik weitere Widersprüche hervor; denn selbstbestimmte Entwicklung fordern neu entstandene Bourgeoisiefractionen, die ein Bündnis mit breiten Volksmassen eingehen (können) in vielen Ländern ein.

11.7.07 ■

■ US-POLITIK IM NAHEN UND MITTLEREN OSTEN

Bürgerliche Reformen im Nahen und Mittleren Osten

Fremdkörper Israel?

Ministerpräsident Olmert wird öffentlich der Korruption bezichtigt. Kriegsminister Peretz ist soeben - gemeinsam mit seinem Ministerpräsidenten - von der sog. Winograd-Kommission als inkompetent und urteilsschwach qualifiziert worden. Und der vor kurzem zurück getretene Generalstabchef Halutz hatte der Verwaltung seines Aktienbesitzes größere Aufmerksamkeit gewidmet, als der Vorbereitung des von ihm geführten Libanon-Feldzugs. Der Fisch beginnt am Kopf zu stinken.

"Nach einer Umfrage unter 500 Israelis denkt etwa ein Viertel der Bevölkerung an Auswanderung; bei den Jüngeren ist es fast die Hälfte... Die Angehörigen der jüngeren Generation geben fehlende Bildungschancen als Hauptgrund für ihre Unzufriedenheit an. Darauf folgt das mangelnde Vertrauen in die von Affären und Korruption belastete Führungsschicht Israels.", so der Israel-Korrespondent der FAZ, Jörg Bremer.

Rette sich, wer kann! - So könnte das Motto einer Gesellschaft, eines Staates lauten, der für seine weitere Fortentwicklung schon seit längerem keine Perspektive mehr erkennen kann. Der Lebensstandard breiter Schichten des israelischen (nicht-arabischen) Proletariats wie auch der Mittelschichten ist etwa zehnfach höher, als der ihrer libanesischen, syrischen oder jordanischen Nachbarn. Aber der Reichtum der israelischen Gesellschaft beruht vor allem auf milliardenschweren Zuschüssen aus den USA und der EU, dort vor allem Deutschlands sowie auf direkten und indirekten Handelsvergünstigungen, die andern Staaten des Nahen Ostens nicht gewährt werden. Diese Alimentierung ist der Lohn dafür, dass Israel den Wachhund für die US-amerikanischen Interessen im arabischen Lager abgibt.

Welche Perspektive aber gäbe es für ein Israel, das mit seinen Nachbarn in Frieden lebt; das ohne die Subventionen auskommen muss? Zunächst einmal wäre ein israelischer Staat ohne Gaza und ohne die Westbank ökonomisch ebenso wenig konkurrenzfähig, wie es ein Palästinenserstaat ohne das israelische Kernland wäre. Die israelische Wirtschaft wäre künstlich abgeschnitten von ihrem natürlichen Arbeitsmarkt aber auch Absatzgebiet, wie auf der anderen Seite die palästinensische Wirtschaft isoliert wäre, ohne zureichende Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen und ohne industrielle Basis. Schließlich sind Israels natürliche Konkurrenten in der Region nicht in erster Linie wirtschaftlich unbedeutende Länder wie Syrien oder Jordanien, sondern Schwellenländer wie die Türkei, Iran, Ägypten und die Ölförderstaaten am Golf, die ein enormes Entwicklungspotential besitzen.

Aber auch ein säkulares Israel unter Einbeziehung Palästinas würde, wenn es auf den Märkten mit seinen Handelskonkurrenten aus den USA, Europa und Asien in Wettbewerb tritt, seinen arbeitenden Klassen einen deutlich geringeren Lebensstandard bieten, als es dies gegenwärtig tut. Die Lebenshaltung des israelischen Facharbeiters oder des IT-Fachmanns würde sich unter solchen Umständen weit weniger von der ihrer Klassengenossen aus den arabischen Nachbarstaaten unterscheiden, als dies heute gegeben ist. So, ohne die Perspektive eines sozialistischen Weges ohne und gegen die bürgerliche Klasse, sieht sich die israelische Arbeiterklasse an der Seite ihrer Bourgeoisie vor die Wahl gestellt zwischen Pest und Cholera: Der Aufrechterhaltung eines Zustandes, in dem Israel den brutalen Schläger im arabischen Hinterhof spielt; was allerdings nur solange geht, wie es die Geldgeber aus den USA und der EU finanzieren; oder

dem sich Hineinfinden in eine weniger bedeutende wirtschaftliche und politische Rolle unterhalb der großen Mächte des Nahen und Mittleren Ostens und der reichen Erdölstaaten. Diese unter bürgerlicher Perspektive ausweglose Situation bringt es mit sich, dass selbst in den führenden Positionen von Staat und Gesellschaft eine Haltung um sich greift, welche die Absicherung der eigenen Person und der Familie als realistischeres Ziel begreift, als die Bewahrung und Fortentwicklung eines Gemeinwohls, das von einem wachsenden Teil der Gesellschaft schon als instabil und fragwürdig angesehen wird. Wer sich an fremdem Geld vergreifen kann, weil er Zugriff darauf hat, tut es immer ungenierter; wer nur sich selbst hat, aber an seine Chance glaubt, setzt auf Auswanderung nach Europa oder in die USA, oder spielt zumindest mit dem Gedanken daran.

Islamischer Kapitalismus?

Es ist vor allem die seit über einem Jahrzehnt andauernde hohe Konjunktur des Welthandels, die enorme Ausweitung des kapitalistischen Weltmarktes auf die Länder Asiens, die auch die wirtschaftliche Entwicklung des Nahen und Mittleren Ostens antreibt und dort für gesellschaftliche Unruhe sorgt.

Auch wenn aus propagandistischen und demagogischen Gründen vor allem im Hinblick auf die eigenen proletarischen Klassen die USA und andere westliche Regierungen die islamische Welt mit dem sogenannten islamischen Fundamentalismus und den islamischen Fundamentalismus mit Terror und Al Quaida gleichsetzen, so führt dies doch nur in die Irre. Parteien, die in der bürgerlichen Presse des Westens als fundamental-islamistisch bezeichnet werden, wie z.B. die Muslim-Bruderschaft in Ägypten oder die AKP des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan sind in sehr unterschiedlichen Ländern aus sehr verschiedenen Wurzeln entstanden. Wie die Muslim-Bruderschaft mögen sie ursprünglich auch eine militante Taktik verfolgt haben, in diesem Falle liegt das über dreißig Jahre zurück. Ursache dafür war, dass der Partei ein legales Wirken in der Öffentlichkeit durch die Regierung verwehrt war.

Die viel jüngere AKP hat eine solche Vorgeschichte nicht. Wenn es über die gravierenden Unterschiede zwischen den sich auf den Islam berufenden bürgerlichen politischen Parteien überhaupt Gemeinsamkeiten gibt, so liegen diese vor allem darin, dass sie in ihrem Kern bürgerliche Reformparteien sind, die bürgerliche politische Reformen in einem staatlichen Umfeld erreichen wollen, in dem die Ökonomie kapitalistischen Gesetzen folgt, in dem sich jedoch die Herrschaftsformen der bürgerlichen Demokratie (noch) nicht oder nur unvollständig durchgesetzt haben. Die Türkei und Ägypten verbindet dabei, dass beide Staaten aus von jungen Offizieren geleiteten Militärrevolten aus Feudalstaaten heraus kapitalistisch »modernisiert« wurden. Die Türkei Anfang vorigen Jahrhunderts unter Führung von Kemal Atatürk, Ägypten ein halbes Jahrhundert später unter Gamal abd el Nasser. Beide Ländern sind nach wie vor notdürftig verkleidete Militärdiktaturen, in denen die mit den ursprünglichen militärischen Führern verbundenen Familien die »alte« Großbourgeoisie ausmachen, und die zugleich auch die wichtigen staatlichen Funktionen einschließlich Polizei und Justiz kontrollieren und monopolisieren. Daneben hatte sich in den Jahren nach den ursprünglichen Militärputschen eine »neue« Bourgeoisie entwickelt, die von den politischen Ent-

scheidungen ebenso ausgeschlossen war, wie das Proletariat und die Bauern.

Der weltweite Kampf um den Anschluss an den globalen Kapitalismus

Die Ausweitung des Welthandels seit den neunziger Jahren ist zwar überwiegend den großen Industriestaaten zugute gekommen, aber es haben doch - im Einzelnen recht unterschiedlich - auch die Bourgeoisien der Entwicklungs- und Schwellenländer erheblich profitieren können. Beispiele hierfür sind die VR China, Südkorea, Indonesien, aber auch lateinamerikanische Staaten wie Mexiko und Brasilien. Die wirtschaftliche Dynamik der pazifischen Region stellt für die weniger entwickelten Regionen des Mittleren und Nahen Ostens ebenso wie für die lateinamerikanischen und auch die südafrikanischen Regionen Chance wie Bedrohung gleichermaßen dar. Nur die nachhaltige, gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung der Länder einer Region schafft in der kapitalistischen Welt die Voraussetzungen, in der internationalen Konkurrenz bestehen zu können. Bevölkerungs- und/oder rohstoffreiche Länder haben in diesem Entwicklungsprozess Vorteile gegenüber ihren kleineren oder rohstoffarmen Nachbarn, deren Märkte sie gleichwohl nicht ignorieren können, wenn sie diese nicht der globalen Konkurrenz preisgeben wollen. Die Entwicklungs- aber auch die meisten Schwellenländer tragen noch heute an der Bürde ihrer in der Regel kolonialen oder halbkolonialen Vergangenheit. In ihren Außenhandelsbeziehungen drückt sich dies darin aus, dass ihre Produkte im wesentlichen auf die Märkte der entwickelten Industriestaaten orientiert sind und diese zudem auch ihre wichtigsten Abnehmer und Lieferanten sind. Es charakterisiert die Entwicklungsregionen geradezu, dass der Handel, wie z. B. zwischen den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens fast unbedeutend ist im Vergleich zu ihrem Handel mit der EU oder den USA. Gleiches gilt für Lateinamerika und ganz besonders für Afrika südlich der Sahara. Die Ausnahme von der Regel ist die Pazifik-Region (ohne USA), wo die Industrieländer (Japan, Taiwan, Südkorea) ebenso wie einige Entwicklungsländer (z. B. VR China, Thailand) den Schwerpunkt ihrer Außenhandelsbeziehungen untereinander haben. (Die Ausnahme ist Indien, das 2006 deutlich weniger als ein Fünftel seines Außenhandels regional abwickelte.)

Für die kapitalistischen Industriestaaten gilt als Regel, dass sie über die Hälfte ihres Außenhandels jeweils regional betreiben und im übrigen den Löwenanteil des Handels regional wie überregional untereinander abwickeln.

Die neue Bourgeoisie neutralisiert und organisiert Teile des Proletariats für ihre Interessen

Allerdings sind seit einigen Jahren deutliche Bemühungen sowohl in vielen lateinamerikanischen Ländern wie auch im Nahen und Mittleren Osten erkennbar, die interregionalen Wirtschaftsbeziehungen auszubauen sowie die Infrastruktur zu verbessern und Handelshemmnisse abzubauen. All dies ist nicht möglich ohne umfangreiche staatliche Investitions- und Fördermaßnahmen. Dies aber bedeutet, dass die bisherigen Begünstigten aus dem Staatshaushalt auf Geld - viel Geld - verzichten müssen. Diese sind vor allem jene Teile der Bourgeoisie, die sich profitabel in traditionellen Sektoren eingerichtet haben und die den Staatsapparat über von ihnen kontrollierte Parteien beherrschen und die wir hier als "alte"

Bourgeoisie bezeichnen. Gegen sie sind die linksbürgerlichen Revolten insbesondere gerichtet, die sich mit Namen wie Lula oder Chavez in Lateinamerika verbinden, wo sich Teile der Bourgeoisie mit Teilen des Proletariats im Kampf um die politische Macht verbünden und ein nebulöser »Indigenismus« (indigenismo) zusammen mit einer Anti-USA-Propaganda den ideologischen Kitt zwischen den Klassen bildet. Die an durchgreifenden bürgerlichen Reformen im obigen Sinne interessierten Teile der Bourgeoisie, die wir der Einfachheit halber als die »neue« bezeichnen, kann sich nur weiter entwickeln, wenn sie die Hilfe des Staates in den vielfältigen Formen erhält, in denen der Staat auch in den entwickelten kapitalistischen Ländern die bürgerlichen Klassen unterstützt: Verkehrswegebau, Handels- und Steuererleichterungen, Subventionen, Schulen und Universitäten, funktionierende staatliche Verwaltung und Gerichtsbarkeit usw.

Hier stößt die neue Bourgeoisie auf die Konkurrenz der alten Bourgeoisie, die weder die Macht noch die damit verbundenen Einkünfte freiwillig teilen will. So bleibt der neuen Bourgeoisie nicht anderes übrig, als sich politisch, d.h. als Partei zu organisieren und den Kampf um ihren Anteil an der politischen Macht zu führen. Gewisse ideologische Gegensätze zwischen neuer und alter Bourgeoisie in den beiden oben angeführten Fällen rühren aus den unterschiedlichen Entstehungsbedingungen der jeweiligen Klasselemente.

Die umstürzlerischen türkischen Offiziere hoben den »Kemalismus« aus der Taufe; die Türkei sollte per Dekret verwestlicht werden, z.B. wurde die arabische Schrift durch das lateinische Alphabet ersetzt, verwestlichende Bekleidungsvorschriften wurden erlassen und administrativ durchgesetzt.

Die Ideologie der ägyptischen Offiziere orientierte sich im Zeitalter der antkolonialen Befreiungskriege vorübergehend am Entwicklungsmodell der Sowjetunion um bald darauf in die Propagandaphrase des panarabischen Nationalismus zu münden.

Es ist klar, dass die Elemente der heutigen, neuen Bourgeoisie mit diesen alten Ideologien wenig oder nichts verbindet und dass ihre Ideologie sich aus den aktuellen Lebensbedingungen ihrer Gesellschaften heraus entwickeln muss. Der Westen kann für sie kein uneingeschränktes Vorbild mehr sein, so wie noch für Kemal Atatürk; auch die Sowjetunion existiert nicht mehr, an der sich Putschisten wie Revolutionäre in der Mitte des vorigen Jahrhunderts orientierten. Die Berufung auf den Islam ist so mehr als nur ein religiöses Bekenntnis; es bedeutet für die neue Bourgeoisie die Betonung einer kapitalistischen Entwicklung aus den eigenen gesellschaftlichen Voraussetzungen heraus. Dies ist sowohl positives Programm (und gleichzeitig allgemein genug, um genügend Spielraum für viele Einzelinteressen zu lassen) als auch Abgrenzung zur alten Bourgeoisie mit ihrer alten Ideologie. Der Vorteil der neuen Ideologie ist aus Sicht ihrer Träger zudem, dass mit der religiösen Verpackung des »Islamismus« eine Leimrute für die proletarischen und bäuerlichen Massen gelegt wird, die den Klassencharakter der bürgerlichen Oppositionsparteien verdecken und eine Mobilisierung der Massen für die bourgeoisen Interessen ermöglicht. Die kemalistische Elite dagegen, die ihre Hauptquartiere in den höchsten Rängen der Staatsbetriebe, des Militärs, der Staatsbürokratie und der Justiz hat, ruft unter dem Portrait Kemal Atatürks die Massen gegen die angeblich EU- und USA-

Türkei und Ägypten – Kontraste

Bei gleichen Bevölkerungszahlen (2004: jeweils ca. 73 Mio. Einwohner) ist die Wirtschaftsleistung beider Länder recht unterschiedlich: Ägypten importierte 2005 Waren im Wert von 19,8 Mrd. US-Dollar und exportierte Waren im Wert von 10,4 Mrd. US-Dollar. Demgegenüber betragen die Importe in die Türkei im gleichen Jahr 116,8 Mrd. US-Dollar, die Exporte 73,5 Mrd. US-Dollar. Die Türkei hat also ein etwa 6-fach größeres Außenhandelsvolumen als Ägypten und außerdem ein deutlich geringeres Außenhandelsdefizit. Die Exportstruktur Ägyptens weist auf ein Entwicklungsland hin (Hauptausfuhrüter waren 2004 Brennstoffe, technische Öle, Vorerzeugnisse, Nahrungsmittel und Rohstoffe, die zusammen etwa 75 Prozent der Gesamtausfuhr ausmachten); die Hauptausfuhrüter der Türkei waren 2006 Bekleidung, Kraftfahrzeuge, Maschinen, Textilien, Eisen und Stahl (zusammen ca. 51 Prozent der Gesamtausfuhr), was auf eine höhere Wertschöpfung im Lande selbst verweist. Bei beiden Ländern liegt der Schwerpunkt ihrer regionalen Handelsbeziehungen im Handel mit den Ländern der EU; doch ist auch hier der Schwerpunkt bei der Türkei wesentlich ausgeprägter: Die türkischen Unternehmer wickelten 2004 über die Hälfte ihres Exports und knapp 40 Prozent ihrer Importe mit EU-Partnern ab; Ägypten dagegen etwa 42 Prozent der Ausfuhren und etwa 36 Prozent der Einfuhren.

Dem entsprechen entwickeltere kapitalistische Klassenstrukturen in der Türkei: Auf Seiten der Bourgeoisie ein im Vergleich zu Ägypten weiter entwickelter Parlamentarismus mit einer differenzierten Parteienlandschaft, in der z. B. die AKP Regierungspartei werden konnte, während die Moslebruderschaft in Ägypten nicht einmal zu Wahlen kandidieren darf. Auf der Seite des Proletariats gibt es in der Türkei entwickeltere gewerkschaftliche Organisationen. ■

hörige AKP auf. Dabei steht die heutige AKP dem Geist Atatürks sicherlich näher als die Kemalisten; stand er doch zu seiner Zeit für die forcierte Westorientierung der Türkei gegen alle Widerstände.

Die Rolle der USA

Grundsätzlich ist es durchaus das Bestreben der US-Bourgeoisie wie auch erklärtes Programm der US-Regierung, auch in den islamischen Staaten bürgerliche Herrschaftsstrukturen - in ihrer Sprache: »Demokratie« oder »Freiheit« - zu verankern. Doch wie soll das verwirklicht werden? Man muss daran erinnern, dass es vor allem die kapitalistischen Kolonialmächte England und Frankreich waren, die im Nahen und Mittleren Osten und am Bosphorus vorkapitalistische Herrschaftsstrukturen konservierten und die kapitalistische Modernisierung und das, was heute als "«nation-building» bezeichnet wird, verhinderten bzw. wenigstens nach Kräften behinderten. Das geschah sicherlich nicht aus Liebe zur Herrschaftsform der Monarchie oder der Militärdiktatur. Aber eine stabile, verbündete Diktatur sicherte ihre Interessen nun einmal besser als eine schwächelnde und eventuell wankelmütige bürgerliche Regierung.

Dass jeder gewaltsame Eingriff in eine Gesellschaft, insbesondere wenn ihn eine fremde Macht vornimmt, unwäg-

Staaten haben Interessen

Staaten haben keine Freunde und keine Feinde - sie haben Interessen, so heißt es. Und dies gilt auch für die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens. Der Krieg zwischen Irak und Iran von 1980 bis 1988 sollte nach damaliger irakischer Vorstellung den Iran als Regionalmacht ausschalten. Das ging schief. Im Wirtschaftsjahr 2005/06 (nach iranischer Zeitrechnung von März bis März) erreichten die iranischen Exporte in den Irak einen Umfang von etwa 1 Mrd. US\$, hinzu kommt noch ein wahrscheinlich bedeutender grenznaher Handelsverkehr im Wert von einigen Hundert Mio. US\$, der zur Versorgung der Bevölkerung und zum Wiederaufbau des Irak beiträgt. Es sind Vereinbarungen zwischen beiden Regierungen über Strom- und Gaslieferungen von Iran nach Nord- und Südirak sowie über die Grenzgewässer mit ihren reichen Ölvorkommen getroffen worden. Mit dem Bau von Bahnverbindungen zwischen beiden Ländern wurde bereits begonnen. Iran hat eine Kreditlinie in Höhe von 1 Mrd. US\$ für Irak bei einem Zinssatz von 1 Prozent vorgesehen.

»Presseberichten zufolge soll sich auch die US-Armee aus Kostengründen mit Konsumgütern aus Iran verproviantieren. Dies geschehe, indem die Ware zunächst nach Dubai exportiert, dort umgepackt und umetikettiert würde.«

Der Nahe und Mittlere Osten (NMO) ist ein Wirtschaftsraum mit mehr als 525 Mio. Einwohnern; Pakistan, Ägypten und Iran sind die bevölkerungsreichsten Länder. Sechs der zwanzig zu diesem Gebiet gezählten Länder haben weniger als 5 Mio., zwei weitere gar nur unter 1 Mio. Einwohner (2004). Israel z.B. zählt gerade einmal 6,6 Mio. Einwohner. Die wirtschaftlichen Schwergewichte sind vor allem die Öl- und Gasförderländer, neben Iran vor allem Bahrain, Kuwait, Katar, Oman, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), zu denen in absehbarer Zeit wieder der Irak kommen wird.

Eines der wirtschaftlichen Hauptprobleme dieser Länder ist, dass die Steigerung ihrer Wirtschaftsleistung in den vergangenen Jahren fast ausschließlich vom steigenden Ölpreis abhing. So haben Länder wie Algerien und Iran mit ca. 3.500 US\$ ein fast doppelt so hohes Bruttoinlandspro-

dukt (BIP) pro Kopf wie die VR China, aber dieses hängt ganz überwiegend von einem einzigen Rohstoff ab, während Chinas Exportstruktur überwiegend die eines Industrielandes ist. Gleiches lässt sich von Saudi-Arabien und Südkorea sagen: 2006 lag das BIP pro Kopf in Saudi-Arabien bei über 15 Tsd. US\$, dasjenige Südkoreas bei über 18 Tsd. US\$, aber damit endet der Vergleich auch schon, denn das südkoreanische Ergebnis ist im Wesentlichen das Produkt der Wertschöpfung der Menschen, das saudi-arabische überwiegend das der Natur.

Die Bevölkerung der arabischen Länder wächst schnell an. In Iran und Saudi-Arabien hat sich die Einwohnerzahl in den letzten 25 Jahren verdoppelt. Mehr als 40 Prozent der Bevölkerung in den arabischen Staaten ist zwischen 0 und 14 Jahren alt, die 25- bis 64-jährigen machen knapp 39 Prozent aus. Der Anteil der Erwerbstätigen liegt bei 38 Prozent. Zum Vergleich: In Deutschland sind es ca. 68 Prozent.

Die ungenügende wirtschaftliche Struktur und Durchdringung der arabischen Märkte wird auch von Teilen der dortigen Bourgeoisie und den Mittelschichten wahrgenommen - sowohl als politisches wie auch als ökonomisches Problem. Die zunehmende Eroberung der arabischen Märkte durch asiatische Produkte, vor allem durch chinesische Konsumgüter, zwingt die einheimische Bourgeoisie letztlich, ihren Wirtschaftsraum auch gemeinsam zu entwickeln. Unilaterale Entwicklungsbemühungen sind vor allem beim Tourismus zu erkennen, wo einzelne Golfstaaten und Mittelmeeranrainer den Fremdenverkehr für Mittel- und Oberklassepublikum ausbauen. Grenzüberschreitende Projekte hängen von politischen Entscheidungen ab; es gibt sie z.B. in der Stromwirtschaft zwischen Algerien und Tunesien oder, wie oben angeführt, zwischen Iran und Irak. Ob sich die Kräfte in den nationalen Bourgeoisien durchsetzen werden, die als »Modernisierer« mit oder ohne islamistischen Anstrich die staatlichen Mittel in die regionale Entwicklung leiten wollen, muss sich noch weisen. Die »Kräfte der Beharrung« sind stark, auch und vor allem, weil es um viel Geld geht, das zur Zeit noch in die Taschen ihrer Familien fließt. ■

bare Risiken in sich birgt, wird im Irak vor Augen geführt. Welches Ziel die US-Regierung auch beim Beginn des Krieges im Frühjahr 2003 gehabt haben mag, es lag bestimmt nicht in der Entfesselung eines andauernden Bürgerkriegs und der Zerstörung der nationalen Einheit des Irak, die eine Welle von Folgekriegen auslösen könnte.

Die führende Militär- und Wirtschaftsmacht hat größere Handlungsoptionen als alle anderen Staaten für sich genommen, aber sie war und ist gleichwohl nicht Herr über die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen, unter denen sie handelt. Insoweit ist sie den schwächeren Staaten gleich gestellt.

Die Interessen der US-Bourgeoisie im Nahen und Mittleren Osten liegen auf der Hand: In erster Linie bestehen sie darin, die eigene Versorgung mit Mineralöl zu günstigen Preisen zu sichern. Soweit es die Preise und die Konditionen der Kontrakte betrifft, wird man von Meinungsverschiedenheiten ausgehen können. Im Hinblick auf die Sicherheit überwiegen die gemeinsamen Interessen der herrschenden Klassen der Ölförderstaaten wie jene der Abnehmer. Aber

wie und womit lassen sich Ruhe und Sicherheit für die Profitmacherei am besten bewirken?

Die Antworten unterscheiden sich je nach den Umständen. Sie lauteten während der Existenz des sozialistischen Lagers anders als heute, fast zwanzig Jahre nach dessen Untergang.

Die lebhafteste und anhaltendste Konjunktur des Welthandels hat die Bourgeoisien der entwickelten Industriestaaten am meisten begünstigt. Sie hat aber auch vielen Entwicklungsländern und Schwellenländern mächtigen Auftrieb gegeben und die Gesellschaften im kapitalistischen Sinne weiterentwickelt. Das beinhaltet sowohl die zahlenmäßige Ausweitung der bürgerlichen Klassen wie auch der Arbeiterklassen und der Mittelschichten, als auch Landflucht in großem Maßstab und das Wachsen großer Elendsgürtel um die städtischen Ballungszentren. Die ökonomische Weiterentwicklung (in der Regel als »Liberalisierung« bezeichnet) bewirkt in fast allen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens wirtschaftliche und politische Widersprüche, wie sie am Beispiel der Türkei und Ägyptens skizziert wurden. Da die Klassenwidersprüche in den meisten dieser Länder ähnlich

gelagert sind, kommt es auch dort zu einer religiösen Verbrämung der bürgerlichen politischen Opposition, selbst wenn diese sich politisch eher an den USA und den westlichen Industriestaaten orientiert als am politischen Islam, wie er etwa vom Iran oder Libyen repräsentiert wird.

Diese neue Bourgeoisie wäre eigentlich für die USA der natürliche Partner für die kapitalistische Modernisierung des südlichen und östlichen Mittelmeerraums. Doch fürchtet die US-Macht die Instabilität, die sich aus dem Kampf der alten und der neuen gesellschaftlichen Eliten um Einfluss und Reichtum ergeben kann, vor allem, wenn die ausgebeuteten Klassen, das städtische und ländliche Proletariat, die Kleinbauern und auch die junge arbeitslose Bevölkerung am Rande der Städte in diese Auseinandersetzungen einbezogen wird. Vor die Wahl gestellt, die Kräfte der (kapitalistischen) Modernisierung oder die Kräfte des bürgerlichen status quo zu unterstützen, hat die US-Politik fast immer ebenso gehandelt, wie es vor ihr die klassischen imperialistischen Regierungen Englands oder Frankreichs taten: Sie hat sich auf die Seite der alten Eliten geschlagen, die sie seit langem kennt und denen sie vertraut und durch die sie ihre eigenen Interessen am besten gewahrt sieht – gegen die bürgerliche Reformpartei.

Gleichwohl hatte etwa der Versuch der Isolierung Irans, den die USA als »Ansteckungsherd« für islamistische Ideen fürchteten, keinen Erfolg, weil die Annahme von vornherein falsch war, der politische Islamismus im Nahen und Mittleren Osten würde von einem »Schurkenstaat« oder gar mehreren davon in andere Länder exportiert. Wo immer religiös verkleidete politische Parteien entstanden, sind sie jeweils aus den eigenen inneren Bedingungen und gesellschaftlichen Strukturen dieser Länder heraus gewachsen. Die Repression durch die alten Eliten, die ihrerseits durch US-Militär- und Geheimdienstaktionen unterstützt werden, spitzt die gesellschaftlichen Widersprüche zu, ohne indes am Gang der gesellschaftlichen Entwicklung Wesentliches zu ändern.

Die arbeitenden Klassen ohne eigene politische Stimme

Es fällt auf, dass die neue Bourgeoisie heute in der Regel sehr zurückhaltend ist, wenn es darum geht, in den innenpolitischen Machtkämpfen die Massen für ihre Ziele zu mobilisieren. Das war nicht immer so, denn in früheren Zeiten, wo die staatliche Repression durchaus nicht geringer war, mobilisierten z. B. die Muslimbrüder gleichwohl die Straße. Aktuelles Beispiel ist der Machtkampf innerhalb der türkischen Bourgeoisie um die Wahl des Staatspräsidenten, wo die »weißen Türken« Massenkundgebungen veranstalten und die AKP ausdrücklich darauf verzichtet, ihre Anhänger zu Gegendemonstrationen aufzurufen, obwohl sie zweifellos bei der Massenmobilisierung mithalten könnte. Die wirklichen Gründe für den Verzicht auf Massenproteste oder doch einen sehr zurückhaltenden Umgang mit diesem politischen Instrument sind selbst politischer Natur: Zum einen geht es der bürgerlichen Opposition ausschließlich darum, an der bereits bestehenden Klassenherrschaft entsprechend ihrem ökonomischen Gewicht angemessen beteiligt zu werden. Zum anderen will die neue Bourgeoisie die Früchte des Kampfes nicht teilen müssen – am wenigsten mit den städtischen oder ländlichen Arbeiterklassen. Und schließlich will sie möglichst das Risiko vermeiden, welches sie mit einer Mobilisierung der arbeitenden Klassen eingehen würde, das

darin besteht, dass diese ihre eigenen Interessen erkennen und dafür selbständig den Kampf weiter entwickeln.

Das Fehlen einer eigenständigen politischen Stimme der arbeitenden Klassen ist auch im Nahen und Mittleren Osten die eigentliche politische Tragödie unserer Zeit. Diese hat im Kern zwei Ursachen: Einmal den Untergang der Sowjetunion und mit ihr des sozialistischen Lagers, sowie die Art und Weise dieses Untergangs, die schmälicher nicht sein konnte. Zum anderen die bereits erwähnte Blüte der Weltkonjunktur, die auch in den Entwicklungs- und Schwellenländern den Lebensstandard breiter Schichten der proletarischen Klassen zum Besseren wendete. Zum Verschwinden der real existierenden gesellschaftlichen Alternative gesellt sich für große Massen das Erleben eines individuellen Vorkommens, vor allem dann, wenn es einschließt, den Kindern eine bessere Ausbildung und damit eine Zukunftsperspektive zu ermöglichen. Von Ausnahmen abgesehen verbinden die Menschen diese für sie positive Entwicklung mit dem kapitalistischen Aufschwung und sehen nicht dessen Begrenztheit und das notwendige Umschlagen der Konjunktur in die Depression und die daraus erwachsenden Folgen für sich und ihre Familien.

Diese Situation lässt sich nicht durch kommunistische Agitation – und wären es auch mehr Agitatoren als die wenigen, übrig gebliebenen – ändern. In den entwickelten Industriestaaten sieht es ja nicht anders aus. In einer Vielzahl von Kämpfen um konkrete Klasseninteressen gegen ihre herrschenden Klassen und deren Staat müssen und werden sich in jedem einzelnen Land Kerne und Strukturen einer politischen Arbeiterklasse, eines Proletariats, neu herausbilden müssen, die dann auch proletarischen Klasseninteressen politisch Ausdruck verleihen können.

Gegenwärtig lässt sich nicht erkennen, ob die national um politische Macht konkurrierenden alten und neuen Bourgeoisien zu friedlicher Einigung, d. h. Kompromissen, kommen werden und wie schnell oder langsam dies geschehen wird. Ein verbürgerlichter Naher Osten ist jedenfalls für das existierende Israel mit seiner Ideologie vom Judenstaat eine größere Gefahr, als es Hamas und Hisbollah je sein könnten. Mit ihrer Politik der Konservierung der alten Macht behindern die USA die Anpassung der innenpolitischen Machtverhältnisse in den von ihnen beeinflussten islamischen Staaten an die gewachsenen wirtschaftlichen Gegebenheiten und verschärfen so die innenpolitischen Konflikte. Solange aber die arbeitenden Klassen dort nicht eingreifen bzw. nicht eingreifen können, wird die Lage für die herrschenden Klassen auch beherrschbar bleiben. Allerdings würde durch das Aufrechterhalten des aktuellen status quo das Entwicklungstempo der Wirtschaften dieser Ländern behindert und verlangsamt werden, mit negativen Folgen auch für die arbeitenden Klassen. Dabei können sich die arbeitenden Klassen von einer Einigung ihrer alten und neuen Ausbeuter auch bei anhaltendem Wirtschaftsaufschwung keine gesicherte Existenz versprechen, wie das Beispiel der entwickelten Industriestaaten zeigt, wo die Modernisierung der Wirtschaft mit ungeheurer Rationalisierung und Produktivitätssteigerung auf der einen Seite und mit wachsender Massenarbeitslosigkeit, Lohn- und Sozialabbau auf der anderen Seite Hand in Hand geht. Eine Lösung ihrer Probleme durch im kapitalistischen Sinne erfolgreiche Wirtschaftspolitik ihrer herrschenden Klassen gibt es auch für das Proletariat in den Entwicklungs- und Schwellenländern des Nahen und Mittleren Ostens nicht. 26. 05 07 ■